

206/KOMM XXIV. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen (910/GO XXIV. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll der 21. Sitzung vom 12. April 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL
Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
21. Sitzung/ öffentlicher Teil
vom 12. April 2012
Gesamtdauer der Sitzung:
11.05 Uhr – 18.03 Uhr

Wien, 2012 04 12

Mag. Wolfgang Gerstl
Schriftführer

Dr. Gabriela Moser
Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

21. Sitzung/ öffentlicher Teil

Donnerstag, 12. April 2012

Gesamtdauer der 21. Sitzung
11.05 Uhr – 18.03 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(21. Sitzung; Donnerstag, 12. April 2012)

| | |
|---------------------------------|-----------|
| Dr. Peter HOCHEGGER | 3 |
| Ing. Mag. Rudolf FISCHER | 73 |

Beginn der Sitzung: 11.05 Uhr

Obfrau Dr. Gabriela Moser eröffnet die 21. Sitzung des Untersuchungsausschusses **medienöffentlich** und ersucht darum, die **erste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

11.05

Auskunftsperson Dr. Peter Hohegger

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen zur **Anhörung** von Herrn **Dr. Peter Hohegger** als **Auskunftsperson**.

Herr Dr. Hohegger ist bereits im Saal. Noch eine kurze Film- und Fotorunde.

Inzwischen mache ich die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Hohegger, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie wieder an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Dr. Peter Hohegger. – Ihre Personaldaten liegen ja bereits der Parlamentsdirektion und mir vor.

Sie standen und stehen in keinem öffentlichen Bedienstetenverhältnis im Zeitraum, der die Untersuchungsmaterien umfasst.

Herr Dr. Hohegger, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Das war jetzt alles für das Protokoll.

Jetzt ist wirklich ein Ende des Fotografierens und des Filmens. Bitte, jetzt wirklich den Saal zu verlassen! Ich habe sowieso als Zugeständnis, damit Sie länger fotografieren können, meine Belehrungen in Ihrer Anwesenheit vielleicht zu schlecht verständlich für die Auskunftsperson vorgetragen.

Ich frage deshalb noch einmal: Dr. Hohegger, soll ich die Belehrung nochmals wiederholen? Oder ist sie Ihnen bekannt? Und fühlen Sie sich nicht in Ihren Rechten eingeschränkt? (**Dr. Hohegger: Ist mir bekannt!**)

Wir können mit der Befragung beginnen, außer Sie wollen nochmals Ihre Sicht der Dinge in Form einer zehninütigen Erzählung darlegen. *(Die Auskunftsperson verneint dies. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Pilz das Wort.)*

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Hochegger! Ich möchte sie zuerst befragen – lege Ihnen das auch vor – zu Rechnungen der Werbeagentur „Headquarter“.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Es handelt sich hier um drei Rechnungen. Alle drei Rechnungen stammen vom 26. September 2008 und sind gerichtet an die „Valora Unternehmensberatungs- und Beteiligungs AG“, zu Handen Herrn Peter Hochegger.

Kennen Sie diese Rechnungen? *(Dr. Hochegger: Ja!)* – Ich gehe jetzt mit Ihnen diese Rechnungen etwas detaillierter durch.

Wir haben hier die Rechnung 08/290. Auf dieser Rechnung 08/290 steht: „MEDIUM: Druck Geschäftsdrucksorten“.

Und: „Für den Druck von Geschäftsdrucksorten verrechnen wir wie vereinbart 4.700,00“ Euro, plus Mehrwertsteuer, „RECHNUNGSBETRAG in EURO 5.640,00“.

Können Sie mir einmal zuerst sagen, welche Person für „Headquarter“ hat Ihnen diese Rechnung gestellt?

Dr. Peter Hochegger: An das kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir entnehmen der Paraphe, und da gibt es auch eine Zeugenaussage vom zweiten Geschäftsführer der Firma „Headquarter“, dass es sich hierbei um den Herrn Malaun handelt.

Kennen Sie Herrn Malaun? *(Dr. Hochegger: Nein!)* – Ich komme jetzt zum Rechnungsinhalt:

„Für den Druck von Geschäftsdrucksorten verrechnen wir wie vereinbart ...“

Können Sie genauer ausführen, um welche Geschäftsdrucksorten es sich hierbei gehandelt hat?

Dr. Peter Hochegger: Wie ja schon durch die Medien gegangen ist, handelt es sich bei diesen drei Rechnungen um eine Druckkostenunterstützung für die Frau Abgeordnete Hakl.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Eine Unterstützung mit welchem Zweck? Was sollte da unterstützt werden?

Dr. Peter Hochegger: Es war gedacht als Druckkostenbeitrag für ihre Publikationen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was hat die Frau Abgeordnete Hakl publiziert?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe nicht nachgefragt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich kenne die Diplomarbeit von Frau Mag. Hakl; die empfiehlt sich nicht zur Drucklegung; sie ist auch aus guten Gründen nicht vervielfältigt worden.

Nachdem Sie hier selbst eine Rechnung gelegt bekommen, da müssen Sie ja genauer wissen – sonst nehme ich ja an, dass Sie die Rechnungen nicht bezahlen –, um welche Art von Drucksorten es sich gehandelt hat.

Vereinfachen wir das Ganze: War das ein Beitrag zum Wahlkampf der Frau Abgeordneten Hakl?

Dr. Peter Hochegger: So wurde das nicht vereinbart. Es war vereinbart als Druckkostenbeitrag für Publikationen, die sie entweder verteilt oder produziert hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat das bezahlt?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe es bezahlt, meine Firma Valora.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und von wem haben Sie dafür das Geld bekommen – oder haben Sie das aus eigener Tasche bezahlt?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe Aufträge bekommen von der Telekom Austria. Im Rahmen dieser Aufträge war es auch meine Aufgabe, Netzwerke aufzubauen, zu pflegen – und es war meine freie Entscheidung, das zu tun.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, das waren Telekom-Gelder, die da verwendet worden sind?

Dr. Peter Hochegger: Die Telekom Austria hat an mich Aufträge vergeben mit klar definierten Leistungszielen, und die habe ich auch erbracht. Und aus diesen Budgets habe ich dann auch solche Projekte finanziert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und in welchem klar definierten Leistungsziel findet sich die Frau Abgeordnete Hakl?

Dr. Peter Hochegger: Politische Rahmenbedingungen. Man darf nicht vergessen, dass Frau Abgeordnete Hakl für die Telekom Austria eine wichtige politische Ansprechperson war, weil sie nämlich die Themen von Informations- und Kommunikationstechnologien sehr nachhaltig transportiert hat.

Und daher war es auch ein Anliegen, dass Frau Abgeordnete Hakl weiterhin so aktiv diese Themen artikuliert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Im Interesse der Telekom?

Dr. Peter Hochegger: Erstens einmal im Interesse der Telekom, aber auch im Interesse der Branche.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sagen Sie: Warum hat die Telekom das Geld nicht direkt der Frau Abgeordneten Hakl gegeben?

Dr. Peter Hochegger: Diese Frage müssen Sie der Telekom Austria stellen; die kann ich nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben sich das nicht gefragt, warum sie da den Dr. Hochegger brauchen, um das Geld durchzuschleusen? Sie haben sich diese Frage nicht gestellt?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe mir diese Frage nicht gestellt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die zweite Rechnung, die Rechnung 08/289, vom selben Datum: Da steht wieder

„Entwicklung und Gestaltung von diversen Drucksorten inkl. Abstimmung und Abwicklung“, „5.800,00“ Euro netto, brutto „6.960,00“ Euro, abgezeichnet von Malaun, bezahlt – alles drauf.

Die dritte Rechnung halte ich für wesentlich interessanter. Das ist die Rechnung 08/288, wieder vom 26. 9. 2008, „9.500,00“ Euro netto, Rechnungsbetrag brutto „11.400,00 – wieder abgezeichnet von Malaun, wieder persönlich an Sie.

Und da steht – Rechnungsinhalt –: „Für die Konzeption und Entwicklung der Strukturdarstellung mit Organigramm und Firmenprofil verrechnen wir wie vereinbart ...“.

Herr Dr. Hochegger, um welches Firmenprofil ist es da gegangen?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe schon eingangs erwähnt, es wurde ein Betrag von 20 000 € als Druckkostenunterstützung zugesagt. Diese 20 000 € sind in Form von drei Rechnungen abgerechnet worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie etwas anderes gefragt. Hier steht „Für die Konzeption und Entwicklung der Strukturdarstellung mit Organigramm und Firmenprofil verrechnen wir wie vereinbart“.

Um welches Firmenprofil – das ist Rechnungsinhalt – handelt es sich?

Dr. Peter Hochegger: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber Sie haben ja dafür bezahlt.

Dr. Peter Hochegger: Richtig! Ich habe eingangs schon erwähnt, ich habe mit Frau Hakl einen Druckkostenbeitrag von 20 000 € ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es ein Firmenprofil gegeben? Hat Frau Hakl ein Firmenprofil geliefert? Hat „Headquarter“ ein Firmenprofil geliefert?

Dr. Peter Hochegger: Es war nicht meine Absicht, dass sie mir ein Firmenprofil liefern ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum schreiben sie es dann in die Rechnung hinein?

Dr. Peter Hochegger: Das müssen Sie die Werbeagentur „Headquarter“ fragen. Ich habe einen **Druckkostenbeitrag** zugesagt. Für mich war die Investition sinnvoll, und deswegen habe ich es auch gemacht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Hochegger, das ist eine klassische Scheinrechnung, und ich frage Sie weiter dazu. Da wird auch ein Organigramm von Ihnen bezahlt an die Agentur „Headquarter“.

Um welches Organigramm handelt es sich?

Dr. Peter Hochegger: Es ist keine Scheinrechnung. Ich habe einen Druckkostenbeitrag zugesagt. Einen Druckkostenbeitrag deswegen, weil es um die Thematisierung von wichtigen – für die Telekom Austria – Themen gegangen ist, und deswegen habe ich das gemacht. Und außerdem: Es ist keine Scheinrechnung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es handelt sich um einen Zuschuss – das ist ja öffentlich bekannt – zum Wahlkampf der Abgeordneten Hakl.

Zweitens – und ich bleibe dabei –, Sie haben bezahlt, und es ist Ihnen in Rechnung gestellt worden von der Agentur „Headquarter“ ein Organigramm und ein Firmenprofil, und es gibt offensichtlich kein Organigramm und kein Firmenprofil.

Warum bezahlen Sie dann dafür?

Dr. Peter Hochegger: Wie schon vorher erwähnt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War Ihnen klar, als Sie das gesehen haben, dass das ein falscher Rechnungsinhalt ist?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe dazu alles gesagt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, Sie haben dazu nicht alles gesagt. Ich habe Sie gefragt, war Ihnen klar oder ist Ihnen klar, ist Ihnen heute klar, dass das ein falscher Rechnungsinhalt ist?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe einen Druckkostenbeitrag von 20 000 € zugesagt und ich bin davon ausgegangen, dass das so stimmt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist das der richtige Rechnungsinhalt – Organigramm und Firmenprofil? Ist das richtig? Ist das sachlich richtig? Haben Sie bezahlt für ein Organigramm und ein Firmenprofil? Haben Sie dafür bezahlt?

Dr. Peter Hochegger: Ich kann Ihnen nur wieder dieselbe Antwort geben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, Sie können mir eine sachliche Antwort auf eine sachliche Frage geben, und diese Ausflüchte beenden.

Haben Sie für ein Organigramm und für ein Firmenprofil bezahlt?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe der Frau Abgeordneten Hakl 20 000 € zugesagt. Es ist vereinbart worden, dass die Agentur „Headquarter“ diese 20 000 € abrechnet, und so ist es auch erfolgt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Wir haben das alles im Protokoll. Es gibt kein Organigramm. Es hat nie ein Organigramm gegeben. Es gibt kein Firmenprofil. Es hat nie ein Firmenprofil gegeben.

Wir bräuchten jetzt natürlich als Auskunftsperson den Herrn Malaun, damit er uns erklärt, warum er das in diese Rechnung hineingeschrieben hat, warum er einen falschen Rechnungsinhalt hineingeschrieben hat, warum der Wahlkampf der Abgeordneten Hakl mit einer Scheinrechnung über einen falschen Rechnungsinhalt finanziert worden ist, und ob dieser falsche Rechnungsinhalt der Verschleierung und der Täuschung über den wahren Finanzierungszweck gedient hat.

Das können ja nicht Sie wissen – möglicherweise wissen Sie es auch –, das wird in erster Linie der Herr Malaun wissen.

Noch einmal: Haben Sie gewusst, dass das irgendetwas mit dem Wahlkampf der Frau Abgeordneten Hakl zu tun hat?

Dr. Peter Hochegger: Zum damaligen Zeitpunkt nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wann haben Sie es erfahren?

Dr. Peter Hochegger: Jetzt, aus den Medien.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hatten Sie in diesem Zusammenhang irgendeinen Kontakt mit der Frau Abgeordneten Hakl?

Dr. Peter Hochegger: Es hat ein Telefonat gegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie uns sagen, wann dieses Telefonat stattgefunden hat?

Dr. Peter Hochegger: Ich würde das einordnen Juni/Juli 2008.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Juni/Juli 2008. Können Sie uns sagen, was der Inhalt dieses Telefonats war?

Dr. Peter Hochegger: Der Inhalt des Telefonats war, dass es anscheinend vorher schon eine Besprechung mit der Telekom Austria gegeben hat. (*Abg. Dr. Pilz: Zwischen wem?*) – Zwischen Frau Hakl und jemandem von der Telekom Austria. Die Telekom Austria ist dann auf mich zugekommen. Ich kann heute nicht mehr sagen, wer es war. Es kommen drei Personen dafür in Frage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Welche drei Personen?

Dr. Peter Hochegger: Herr Michael Fischer, Herr Rudolf Fischer, oder jemand von der „Business Solutions“ Austria, aber das würde ich jetzt eher ausschließen. Mit mir ist diskutiert worden, ob ich es befürworte, die Frau Hakl mit einem Druckkostenbeitrag von 20 000 € zu unterstützen, aus einem meiner Budgets. Ich habe das als sehr sinnvoll erachtet, habe gesagt, ja, ich werde das machen. Dann ist mir mitgeteilt worden, dass die Frau Hakl auf mich zukommen wird. Sie hat mich auch angerufen und ich habe ihr die Koordinaten oder die Daten der Firma Valora gegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, die Frau Abgeordnete Hakl wusste, dass es sich um Telekom-Gelder handelt? Ist das richtig?

Dr. Peter Hochegger: Das weiß ich nicht, ob sie wusste, dass es sich um Telekom-Gelder gehandelt hat. Sie hat vorher mit der Telekom gesprochen. Ich weiß nicht, was zwischen Telekom und ihr besprochen wurde, daher möchte ich diese Frage nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Damit wir das chronologisch haben: Wie haben Sie erfahren, dass die Frau Abgeordnete Hakl mit der Telekom dieses Gespräch geführt hat?

Dr. Peter Hochegger: Durch die Telekom Austria.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Durch wahrscheinlich entweder Rudolf Fischer oder Michael Fischer. (*Dr. Hochegger: Richtig!*) – Der Herr Fischer – egal, ob Rudolf oder Michael –: Was hat der Herr Fischer Ihnen über dieses Gespräch zwischen Hakl und Telekom gesagt?

Dr. Peter Hochegger: Dass man ein Gespräch geführt hat, dass man es sinnvoll erachtet, sie zu unterstützen und ich das bitte sozusagen übernehmen und prüfen soll.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und dann hat sich, nehme ich an, der Herr Fischer an Sie gewandt. – Ist das richtig?

Dr. Peter Hochegger: Ja, das habe ich ja gerade gesagt. Also einer von den beiden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der hat sich dann an Sie gewandt, hat Ihnen das gesagt und dann hat im, glaublich, Juli 2008 die Frau Abgeordnete Hakl Sie angerufen.

Hat die Frau Abgeordnete Hakl zu diesem Zeitpunkt eine Summe in dem Telefonat genannt?

Dr. Peter Hochegger: Ob sie eine Summe genannt hat, das kann ich heute nicht mehr sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber für Sie ist festgestanden, dass es sich um die Summe von 20 000 € netto handelt? (*Dr. Hochegger: Richtig, ja!*) – Es war dieses Gespräch mit der Frau Abgeordneten Hakl im Juli 2008. Die Rechnung stammt aus dem September 2008. Das heißt, wir können davon ausgehen, dass von Telekom und der Frau Abgeordneten Hakl gemeinsam, das heißt von einem Fischer und der Frau Abgeordneten Hakl gemeinsam, ab Juli 2008 ihre Wahlkampffinanzierung durch die Telekom vorbereitet worden ist, und es offensichtlich eine Vereinbarung zwischen der Frau Abgeordneten Hakl und der Telekom gegeben hat, das aus den schon bekannten Gründen nicht direkt abzuwickeln, sondern über die **Valora** abzuwickeln und, wie wir jetzt wissen, mit zumindest einer Scheinrechnung – das ist jetzt meine Interpretation, damit es kein Missverständnis gibt –, mit einer Scheinrechnung und zwei absolut nichtssagenden Rechnungen.

Ich nehme an, Sie werden ja die Frau Abgeordnete Hakl nicht im Juli 2008 kennengelernt haben.

Wann haben Sie die Frau Abgeordnete Hakl kennengelernt?

Dr. Peter Hochegger: An das kann ich mich nicht mehr erinnern, aber sicher einige Zeit davor.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich weise nur darauf hin, die ersten 7 Minuten sind abgelaufen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das war jetzt ohnehin ein Komplex. Ich würde dann zu einem anderen Komplex kommen. Das mache ich in der nächsten Runde. – Okay. Danke schön.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Guten Morgen, Herr Hochegger! Sie sind ja schon das zweite Mal im Ausschuss und wissen natürlich, dass Sie hier unter Wahrheitspflicht stehen. Es wird hier heute sicherlich von meiner Seite noch zu Fragen kommen, wo wir das auch ganz gerne überprüfen.

Ich möchte aber vorher einmal auf diesen Hochegger-Geldtopf zu sprechen kommen. Es erscheint uns so, nachdem wir schon mehr als 20 Ausschusstage hinter uns haben, dass Sie hier in der Republik und mit allem, was rund um die Telekom war, der große Geldverteiler waren.

Können Sie uns erläutern, wie es zu diesem System und zu diesem Geldtopf gekommen ist?

Es scheint so, als wären da Aufträge gewesen, die Sie an die Telekom, oder die die Telekom an Sie gegeben hat und es scheint so, als würde immer ein bestimmter Prozentsatz von diesen Honorarnoten, die für diese Leistungen gelegt werden, zur Seite gelegt.

Können Sie uns erklären, wie es dazu gekommen ist?

Dr. Peter Hochegger: Es hat keinen „Geldtopf“ gegeben. Es hat nur Aufträge mit definierten Auftragszielen gegeben und die wurden erfüllt. Und im Rahmen dieser Aufträge sind natürlich auch diese Netzwerke, wie ich es gesagt habe, aufgebaut und gepflegt worden.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, da gab es keine bestimmten Beträge, oder keine bestimmten Prozentsätze, die beiseitegelegt wurden. Wurden diese Netzwerkzahlungen quasi irgendwo extra erfasst?

Dr. Peter Hochegger: Es hat ganz am Anfang der Zusammenarbeit einmal ein Gespräch gegeben mit dem Einkaufsleiter, mit Herrn Frauenholz, und er hat erwähnt, dass immer wieder Wünsche an die Telekom Austria herangetragen werden, die aus den normalen Marketingbudgets nicht erfüllt werden können. Wir haben dann sozusagen einen Rahmen festgelegt, bis zu 10 Prozent, wo man solche Zahlungen tätigt, sofern sie in die Auftragsziele hineinpassen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, 10 Prozent Ihres Auftragsvolumens mit der Telekom?

Dr. Peter Hochegger: Der jeweiligen Aufträge. Aber es lag in meinem Ermessen, das zu machen oder auch nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, es hat sehr wohl gewisse Prozentsätze der Honorarnoten, die Sie an die Telekom gelegt haben, gegeben, die man quasi, wenn das Geld geflossen ist, zumindest jetzt einmal buchhalterisch,

beiseitelegen konnte, um solche Marketingbudgets für Netzwerke zu erfüllen. – Ist das richtig?

Dr. Peter Hohegger: Es ist buchhalterisch nicht beiseitegelegt worden, man hat es sich immer anlassbezogen angeschaut und entschieden.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): War das nur mit Hohegger.Com, war das nur mit Valora, war das mit beiden Firmen, oder mit allen Ihren Firmen?

Dr. Peter Hohegger: Es war, ich würde sagen, zu 95 Prozent in der Valora. Es kann durchaus sein, dass es das eine oder andere Mal auch in der Hohegger.Com vorgekommen ist.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie haben vorhin gesagt, der Herr Frauenholz hätte gemeint, dass Wünsche kommen, die aus dem normalen Marketingbudget nicht erfüllt werden können.

Sie würden also sagen, dass diese Idee für diesen sogenannten Geldtopf vom Herrn Frauenholz gekommen ist? Oder von wem ist diese Idee gekommen? Ich nehme an, von Herrn Frauenholz – oder?

Dr. Peter Hohegger: Also ich gehe davon aus, dass er das nicht alleine artikuliert hat. Er war ja nur der Einkaufschef; er wird sich sicher mit anderen Entscheidungsträgern auch abgesprochen haben. Der Hintergrund war ja der, dass man gesagt hat, wenn das durch die normalen Sponsoring-Kanäle durchgeschleust wird, dann ist es oft zu schwierig und zu aufwendig, und das war sicher mit ein Hintergedanke.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Da im Ausschuss in den letzten Ausschusswochen mittlerweile sehr oft das Wort „Scheinrechnungen“ gefallen ist – und Rechnungen, wo es entweder keine Leistungen oder sehr fragwürdige Leistungen gibt, sind eben ganz einfach Scheinrechnungen –:

War Ihnen klar, als solche Rechnungen ausgestellt worden sind, dass die eigentlich **nicht** die tatsächlichen Leistungen erfüllen, die auf den Rechnungen draufgestanden sind – wenn jemand an Sie eine Rechnung gestellt hat, weil das aus diesem besonderen Marketingtopf fließen musste?

Dr. Peter Hohegger: Vom Grundsatz her hat es Zahlungen gegeben, wenn dadurch ein Wert entstanden ist – ein Wert für meinen Kunden Telekom Austria – und wenn ich der Ansicht war, es trägt dem Leistungsziel bei.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Was waren das zum Beispiel für Leistungsziele? Was war zum Beispiel das Leistungsziel, ein Jahr, nämlich nicht alle Jahre von 2005 bis 2009, sondern zum Beispiel nur ein Jahr, nämlich das Jahr 2008, das Theaterprojekt Filmhof zu sponsern? Was war da das Ziel für die Telekom Austria, nämlich gerade in diesem Jahr Sie dazwischenzuschalten, wo doch die Filmhof jährlich von 2005 bis 2007 25 000 € netto und dann wieder 2009 30 000 € netto von der Telekom als Sponsoring für dieses Theaterprojekt bekommen hat? Und 2008 waren das dann plötzlich Sie.

Wie können Sie sich das erklären?

Dr. Peter Hohegger: Ganz einfach. Die Frau Langthaler hat die Telekom Austria angesprochen und hat um dieses Sponsoring ersucht. Wäre dieses Sponsoring sozusagen durch die normale Sponsoring-Abteilung gegangen, dann hätte man es wahrscheinlich nicht gemacht, weil die Kosten-Nutzen-Relation nicht gestimmt hat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aber 2005, 2006 und 2007 war es ja so. Da ging es ja von der Telekom, offenbar von der Sponsoring-Abteilung, an die Filmhof GesmbH. Und 2009 wieder, sogar statt 25 000 € netto 30 000 €.

Wieso gerade 2008 über Sie?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe mich mit Herrn Fischer und mit Frau Langthaler getroffen. Das Projekt ist besprochen worden, und ich habe das dann aus einem ganz einfachen Grund gemacht. Das Sponsoring alleine hätte diese Zahlung nicht gerechtfertigt, aber die angenommene Nähe zu einem bestimmten politischen Spektrum durch die Frau Langthaler hat diese Zahlung gerechtfertigt, denn es war ja wichtig und es war eine Aufgabe für mich, sozusagen in alle politische Richtungen hin Netzwerkpflege zu betreiben. Und dass die Telekom Austria mit diesem Anliegen an mich herangetreten ist, zeigt ja, dass es auch für die Telekom Austria wichtig war, mit Frau Langthaler weiterhin gute Geschäftsbeziehungen zu haben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Frau Langthaler war gestern hier als Auskunftsperson. Frau Langthaler hat zu allen Vorwürfen, die von Ihrer Seite kämen – zum Beispiel eben, dass Sie mit ihr gesprochen haben, dass Sie einen Nutzen darin gesehen haben, dass Sie zu mehreren politischen Parteien Ihre Kontakte pflegen –, nicht nur gemeint, Sie schießen hier mit Nebelgranaten, sondern sie hat auch gemeint, sie weise alle Beschuldigungen oder alle Dinge, die Sie sagen, alle Vorwürfe zurück.

Mir ist da eines nicht klar: Frau Langthaler hat gestern gesagt, sie ist bei der Filmhof GmbH nicht im operativen Bereich tätig, sie hat sich damit überhaupt nicht befasst. Das Sponsoring ging seit 2005. Da hat es einen ganz klaren Vertrag gegeben, die Telekom hat jährlich diese 25 000 € geliefert. Sie hat uns aufgezeigt, was da alles die Leistung war. Sie hat auch gesagt, sie hätte sich nicht mit Ihnen getroffen, sondern sie hat selbst gar nicht gewusst, dass die Rechnung im Jahr 2008 von der Filmhof an die Valora gegangen ist.

Wie erklären Sie sich das?

Dr. Peter Hohegger: Mir liegt fern, der Frau Langthaler etwas zu unterstellen. Tatsache ist, ich hätte das nicht bezahlt, wenn ich daraus nicht für mich und für meinen Kunden einen Nutzen gesehen hätte. Ich bin ja Unternehmer und muss meine Ausgaben argumentieren. Auf der einen Seite habe ich das Sponsoring gesehen, das war ein Teil, aber auf der anderen Seite war für mich viel wichtiger, dass das Netzwerk für den Kunden Telekom Austria auch in Zukunft in der Form bestehen bleibt.

Und wenn Frau Langthaler sagt, sie hat mich nicht getroffen, dann ist sie vielleicht etwas vergesslich. Ich habe sie und den Herrn Fischer im Hotel Ambassador getroffen (*Abg. Tamandl: Welchen Herrn Fischer?*) – Rudolf Fischer –, wo dieses Projekt besprochen wurde. Der Herr Fischer hat mir das dann nahegelegt, und ich habe für mich entschieden, das aus meinen Projektbudgets zu finanzieren.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Frau Langthaler hat gesagt, es hat überhaupt keinen Kontakt mit Ihnen gegeben, und sie hat gesagt, sie wusste auch überhaupt gar nicht, dass die Rechnung im Jahr 2008 über die Valora gelaufen ist.

Ich möchte aber jetzt schon noch ganz gerne wissen, von wem ging das aus, dass die 2008-er Rechnung über die Valora gegangen ist: Von der Frau Langthaler, die an Sie herangetreten ist und gesagt hat, bitte sponsern Sie mein Theater-Projekt in Niederösterreich – oder ist der Herr Fischer zu Ihnen gekommen und hat gesagt, wir haben das jetzt immer gesponsert, das ist momentan aus dem Marketing-Budget nicht möglich, machen wir das lieber über die Valora? Wie ist das zustande gekommen?

Dr. Peter Hochegger: Wie ich vorher erwähnt habe, habe ich beide im Hotel Ambassador getroffen. Dort ist mir das Projekt vorgestellt worden, und Herr Fischer hat es mir dann freigestellt, ob ich das unterstütze, wiewohl er natürlich darauf hingewiesen hat, dass ihm eine gute Zusammenarbeit und das Netzwerk von Frau Langthaler sehr wichtig sind.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Erstens einmal hätte ich ganz gerne gewusst, wann war dieses Treffen im Hotel Ambassador? Können Sie sich noch daran erinnern?

Dr. Peter Hochegger: Wann war die Zahlung?

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Da schaue ich nach, das kann ich Ihnen in der zweiten Runde dann sagen.

Dr. Peter Hochegger: Es wird einige Zeit davor gewesen sein.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Es ging jedenfalls um das Sponsoring für 2008. Aber, wie gesagt, mich würde interessieren: Warum dieser Ausreißer im Jahr 2008? Wieso hat der Herr Fischer, der angeblich für die Frau Langthaler der Ansprechpartner war und ihr die ganzen Jahre vorher, nämlich drei Jahre vorher, 2005, 2006 und 2007, bereits für dieses Projekt das Sponsoring gegeben hat und angeblich für ihn auch die Gegenleistung in einer Relation war, sodass diese 25 000 € Sponsoring gerechtfertigt sind, wieso hat der Herr Fischer dann zu Ihnen gesagt, Sie sollen sich das anschauen, wenn das für Sie in Ordnung ist, wenn Sie das gut finden, dann sollen Sie das bezahlen?

Erstens einmal haben Sie es nicht selbst gezahlt, das Geld ja ist von der Telekom gekommen, und das möchte ich jetzt schon ganz gern wissen: Wie kam es dazu? Denn 2009 kam das Sponsoring dann wieder direkt von der Telekom. Wie kommt es dazu? Es ist ja nicht ein ganz anderes Projekt gewesen, es war jedes Jahr das **gleiche Projekt**, von 2005 bis 2009. Die Frau Langthaler hat uns gestern auch die Leistungen gesagt: das Logo auf den Eintrittskarten, das Logo auf den Inseraten, das Logo auf den Plakaten, das Logo in den Programmheften. Sie hat sogar gesagt, die Telekom wäre ein Premium-Sponsor gewesen.

Wie kommt es, dass der Herr Fischer Sie dann fragt: Ist das Projekt für dich in Ordnung; kannst du dir vorstellen, dass du das sponserst?

Dr. Peter Hochegger: Da müssen Sie ihn fragen. Ich bin mit ihm nicht so in die Tiefe gegangen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Die Gelegenheit werden wir heute noch haben. Danke für die Information.

Ich hätte jetzt ganz gern noch eines gewusst: Wir sind jetzt draufgekommen, das, was Sie sagen, und das, was die Frau Langthaler sagt, driftet auseinander. Als Sie das letzte Mal hier waren, am 16. Februar 2012, hat Ihnen Abgeordneter Petzner folgende Frage gestellt: „Jetzt wird es besonders spannend.“ Um welche grünen Personen handelt es sich? Und Sie haben damals gesagt: Monika Langthaler, Christian Nohel, Brigitte Reiter. Dann haben Sie gesagt, an die beiden anderen Namen können Sie sich nicht mehr erinnern.

Daher: Wissen Sie die fehlenden Namen jetzt schon? Wissen Sie, wer die weiteren Personen der Grünen sind, mit denen Sie da Kontakt hatten?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe mir den Kopf nicht zerbrochen. Einer ist durch die Medien gegangen, aber ich habe mir den nicht mehr gemerkt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Der durch die Medien gegangen ist? Das können Sie nicht sagen?

Herr Hochegger, wie erklären Sie sich, dass alle Ihre Partner, Geschäftspartner, diejenigen, die auf Ihrer Payroll gestanden sind – wie Sie selbst gesagt haben, sind Leute aus allen Parteien auf Ihrer Payroll gestanden –, ehemalige Mitarbeiter, ehemalige Weggefährten grundsätzlich alles dementieren, was Sie sagen, egal, ob Sie das in den Medien sagen oder ob Sie das hier im Ausschuss sagen? Was eben die Leute betrifft, die auf Ihrer Payroll gestanden sind, die Ihnen viel Geld gegeben haben, et cetera?

Wie kann man sich das erklären, dass sich die alle so von Ihnen distanzieren und sagen, alles, was der Dr. Hochegger sagt, stimmt nicht?

Dr. Peter Hochegger: Können Sie mir ein paar Beispiele nennen?

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich habe Ihnen jetzt das mit der Frau Langthaler genannt. Gestern war der Herr Stefan Krenn da, der auch gesagt hat, er war nie Gruppenleiter, er war ein Mitarbeiter in Teams, aber bei vielen Projekten, die Sie da angegeben haben bei Ihrer Beschuldigten-Einvernahme, war er überhaupt gar nicht involviert. Herr Krenn hat auch angeblich eine Klage gegen Sie eingebracht.

Wie erklären Sie sich das?

Dr. Peter Hochegger: Zum Herrn Stefan Krenn. Der Herr Stefan Krenn sagt, er war kein Gruppenleiter, er war nur Junior-Berater. Er hatte das Pouvoir, sich Mitarbeiter selbst auszusuchen. Herr Stefan Krenn hat sich den Herrn Andreas Schneider ausgesucht; der ist zu uns in die Agentur gekommen. Herr Stefan Krenn hat sich den Herrn Patrick Minar ausgesucht; er ist zu uns in die Agentur gekommen. Herr Stefan Krenn hat sich noch eine weibliche Mitarbeiterin ausgesucht, die Monika Racek. Das heißt, er hat eine **Führungsfunktion** gehabt, und er hat auch ein Firmenauto gehabt.

Sie können auch den Herrn Trummer fragen. Der Herr Trummer hat Herrn Krenn ja auch eingestellt, und für den Herrn Trummer war wichtig, einen Leiter für die Public-Affairs-Abteilung zu finden. Der Herr Stefan Krenn war ja davor Büroleiter bei Herrn Lopatka, so hat er uns das zumindest dargelegt. Also der junge Mann hatte bei uns eine Führungsfunktion.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Habe ich noch Zeit, Frau Vorsitzende?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein, eigentlich nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Dann stelle ich meine nächsten Fragen in der nächsten Runde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Hochegger, wenn man Befragungen von manchen Auskunftspersonen und auch von Ihnen irgendwie unter einen Hut bringen möchte – gerade aufgezählt am Beispiel Monika Langthaler –, dann investieren Sie in bestimmte Personen, Firmen, die diesen Personen nahestehen, um eine gute Stimmung für die Telekom zu machen.

Kann es sein, dass manche Menschen in Österreich überhaupt nicht mitbekommen, dass sie für Ihre Lobbying-Zwecke **benutzt** werden? (*Dr. Hochegger: Kann auch sein, ja!*) – Spricht das für die Intelligenz dieser Personen oder eher weniger? Wenn Sie das beurteilen könnten?

Dr. Peter Hochegger: Nein, das kann und möchte ich nicht beurteilen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Um beim Beispiel Langthaler zu bleiben: Es werden 25 000 € Subvention gegeben, mit Rudi Fischer abgesprochen, für Sie auch eine sinnvolle Investition, um die Kontakte zu nützen.

Meine Frage: Wie sind denn dann in weiterer Folge diese Kontakte auch konkret genützt worden?

Dr. Peter Hochegger: Es hatte zwischen Frau Langthaler und der Telekom Austria ein eingespieltes Verhältnis gegeben. Ich gehe davon aus, dass die relevanten Personen der Telekom Austria mit ihr ständige Kontakte gepflegt haben. So ist mir das auch vermittelt worden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es ist so, dass die Frau Langthaler gesagt hat, dass sie auch konkrete Projekte, Studien aus ihrem Bereich Umwelttechnologien und Ähnliches, Nachhaltigkeitsstudien für die Telekom erstellt hat. Das ist ihr Spezialgebiet, das hat sie ordnungsgemäß abgeliefert und ist dafür entsprechend entlohnt worden. Wie hoch, hat sie uns bedauerlicherweise nicht sagen können oder wollen.

Aber hat es zum Beispiel etwas gegeben, wo Sie gesagt haben: Frau Langthaler, wissen Sie, die Telekom hätte ein Anliegen; gehen Sie damit zum Herrn Pilz ins Parlament und machen dort etwas, damit der Herr Pilz im Parlament die Hand so oder so hebt oder aufsteht, wie auch immer – Hat es so etwas gegeben? (**Dr. Hochegger: Nein!**) – Dann möchte ich jetzt auf die Person **Stefan Krenn** zu sprechen kommen, der sich eben anders dargestellt hat gestern in seiner Position, als Sie das gemeint haben.

Der Herr Stefan Krenn hat zugestellt bekommen von der „ZehnVierzig“ des Herrn Meischberger die laufenden monatlichen Rechnungen für Beratungsleistungen, Teamarbeit, Projektentwicklung und Ähnliches im Bruttowert von 3 000. Es sind im Akt ungefähr 17 Rechnungen ersichtlich, die alle an die Valora, zu Händen Herrn Stefan Krenn, gegangen sind. Der Herr Stefan Krenn hat gesagt, er weiß nicht, warum das zu ihm gekommen ist; er wundert sich eigentlich darüber. Herr Krenn hat das geöffnet und hat es dann der Buchhaltungsabteilung gegeben oder dem Herrn Trummer, ohne näher nachzufragen, warum er der Adressat ist.

Haben Sie eine Erklärung, warum Herr Stefan Krenn der **Adressat** dieser Rechnungen war?

Dr. Peter Hochegger: Ich müsste jetzt auch mutmaßen. Tatsache ist, dass natürlich Herr Stefan Krenn und Herr Walter Meischberger vor allem beim Projekt **Internet Gaming** eng zusammengearbeitet haben. Vielleicht war das der Grund, weil sich die beiden kannten, aber ich müsste raten, warum das so war.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt ein anderer Komplex, wo ein aktiver Politiker in Ihrem System tätig war. Es geht um den Herrn Gartlehner, SPÖ-Abgeordneter und Telekom-Sprecher. Da hat bereits bei Ihrer ersten Einnahme hier im Haus Kollege Pilz zitiert aus einem E-Mail vom 12.2.2009, das Sie an den Herrn Ametsreiter geschickt haben.

Der Inhalt: „Lieber Hannes! Erstens, RTR-Powerplay: Ich habe mich zu diesem Thema mit Kurt Gartlehner getroffen. Er wird uns im abgestimmten Powerplay gerne unterstützen und dir bei Kontakten und Meinungsbildung innerhalb der SPÖ behilflich sein. Die Planung der Aktivitäten erfolgt zuerst in der Arbeitsgruppe mit Martin Fröhlich und Alois Schrems, die diese mit dir abstimmen. Kurt Gartlehner bittet, die ÖVP-Kreise in der Telekom über seine Tätigkeiten nicht zu informieren“.

Das heißt, der Herr Ametsreiter hat dieses E-Mail bekommen. Worum ist es dabei gegangen? Was ist „Powerplay“? Ich kenne das nur vom Eishockey.

Dr. Peter Hohegger: Der Hintergrund war, dass die Telekom Austria beim Thema „Mietleitungen“ von der RTR ein bisschen unter Druck gesetzt wurde, ihre Kostenrechnung offenzulegen, und im Raum stand ein Margenverlust bis zu 25 Millionen €.

Mein Vorschlag war, dieses Thema auch mit den Konsequenzen zu verknüpfen, nämlich dass dadurch 500 Arbeitsplätze gefährdet wären. Ich habe in Abstimmung mit der Regulierungsabteilung – eben mit Herrn Fröhlich, mit Herrn Schrems – ein Konzept entwickelt, das wir dem Herrn Ametsreiter vorgelegt haben, nämlich dass wir – auf der einen Seite Betriebsrat und auf der anderen Seite mit der Unterstützung des Abgeordneten Gartlehner – Druck in Richtung Ministerium machen, um das Ministerium dazu zu bewegen, wieder Druck auf die RTR zu machen. Und das Ganze ist sozusagen geschehen.

Darüber hinaus haben wir dann auch noch mit einem Kommissionsmitglied Gespräche geführt, auch Herrn Gartlehner ersucht, mit dem Kommissionsmitglied die Gespräche zu führen und immer wieder darauf hinzuweisen, dass es hier um 500 Arbeitsplätze in der Telekom Austria geht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das heißt, der Herr Ametsreiter war in diese Vorgangsweise eingebunden. (*Dr. Hohegger: Richtig!*) – Hat der Herr Ametsreiter gewusst oder nachgefragt, warum Sie so einen guten Kontakt zum Herrn Gartlehner haben, dass er diese Interessen transportieren würde?

Dr. Peter Hohegger: Der Herr Ametsreiter hat gewusst, dass Herr Gartlehner bei mir ein Beratungsmandat hat und von mir auch Geld bekommt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das heißt, es hat einen Beratungsvertrag gegeben zwischen Ihnen, Valora, und dem Herrn Gartlehner? Über welches Thema war dieser Beratungsvertrag?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe das schon mehrmals erwähnt. Mit Herrn Gartlehner habe ich ausgemacht, dass die bezahlte Beratung seine Leistungen für mich im Bereich Windparks betrifft. Er wollte das selbst, er sagte, die Telekom-Fragen klammern wir aus.

Natürlich habe ich diese Beziehung dafür genutzt, um die Themen, die für meinen Kunden wichtig waren, entsprechend auf die Reise zu schicken.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das heißt – da kehre ich wieder zu meinem Eingangsstatement oder meiner Frage zurück –, Sie haben einen Beratungsvertrag für Windparks genauso wie ein Sponsoring für einen Filmhof oder verschiedene Bereiche mit Menschen, die in irgendeiner Form für Sie von Nutzen sein können, gemacht. Aus dem heraus, aus dieser rein wirtschaftlichen – unter Anführungszeichen – „Abhängigkeit“ heraus oder aus wirtschaftlichem Interesse heraus sagen Sie dann: Geh, du bist doch auch dort und dort, du kennst doch den oder den. Kannst du mir da behilflich sein? Und diese Bitte um Hilfe schlagen die Menschen, die ein entsprechendes wirtschaftliches Interesse bei Ihnen haben, dann eigentlich meistens bis nie aus.

Dr. Peter Hohegger: Ja, es ist nicht vorgekommen, aber ich habe niemandem etwas „aufs Auge gedrückt“, sondern ich habe immer die Kraft der **Argumente** gesucht, um einfach die Dinge schlüssig zu erklären und Win-Win-Situationen aufzuzeigen.

Bei diesem Cost Cutting bei der Telekom Austria wäre das für die, die vielleicht gewonnen hätten, so marginal gewesen, denn da geht es ja um Großkundenleitungen. Auf der anderen Seite wäre das Unternehmen Telekom Austria noch stärker unter

Druck geraten, denn der „Beamten-Rucksack“ – das brauche ich nicht zu erwähnen – ist bekannt. Das heißt, da sind einfach Arbeitsplätze konkret in Gefahr gestanden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Meine umgekehrte Frage: Hätten Sie dem Herrn Gartlehner einen Vertrag über die Beratung für Windpark-, Windenergieprojekte gegeben, wenn er *nicht* bei der SPÖ Telekom-Sprecher gewesen wäre? (*Dr. Hochegger: Nein!*) – Ist daher dieser gesamte Beratungsvertrag über die Windparksachen mit Geldern der Telekom finanziert worden, die Ihnen zur Verfügung standen?

Dr. Peter Hochegger: Der Herr Gartlehner hat bis ins Jahr 2010 für mich im Bereich Windpark gearbeitet. Da war die Telekom Austria kein Kunde mehr.

Natürlich habe ich aus den Überschüssen, die aus den Aufträgen übriggeblieben sind, auch solche Beratungsmandate finanziert, und natürlich hat auch die Telekom Austria gewusst, dass Herr Gartlehner in meinem Netzwerk ist. Das war ja auch eine meiner Aufgabenstellungen, entsprechend gute Kontakte zu den Telekom-Sprechern zu pflegen, weil das für das Unternehmen Telekom Austria ganz wichtig war.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das haben Sie ja auch schon eingangs gesagt. Sie haben natürlich, wenn Sie Sponsoring angeboten haben – egal, ob das die Telekom selbst macht oder ob das über die Valora abgewickelt wird –, zuvor auch immer Rücksprache gehalten.

Ich erinnere da auch an die Befragung meinerseits, was den Herrn Rahimi betroffen hat, der einmal gesagt hat: Wie wäre es denn, wenn die SPÖ oder die SPÖ Wien einmal etwas bekäme? – Und Sie haben gesagt, Sie werden das prüfen und halten dann immer auch Rücksprache mit einem Vorstandsmitglied dazu.

Wer von den Vorständen war da chronologisch eingebunden, dass Gartlehner bei Ihnen steht?

Dr. Peter Hochegger: Das hat der Herr Schieszler gewusst, das hat der Herr Fischer gewusst und das hat der Herr Ametsreiter gewusst.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Für den Herrn Ametsreiter war das auch ein ganz normaler Vorgang, dass über den Herrn Gartlehner bei der SPÖ lobbyiert wird?

Dr. Peter Hochegger: Die Telekom Austria hat ein Damoklesschwert von 25 Millionen € Margenverlust gehabt. Für die war das ganz wichtig, dass entsprechende politische Meinungsbildung oder Druck aufgebaut wurde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dieser Margenverlust von 25 Millionen € erinnert mich jetzt ein bisschen an die Kostenschätzung von Herrn Schieszler bei der Universaldienstverordnung. Da ist auch so mit Millionenbeträgen in schwindelerregender Höhe – für mich zumindest – jongliert worden, und das hat dann in Wirklichkeit gar nicht gehalten nachher.

Haben Sie diese 25 Millionen € in irgendeiner Form hinterfragt gehabt – oder war das eine Zahl, die Ihnen die Telekom oder jemand in der Telekom genannt hat? Peter Hochegger, du bist unser Lobbyist, bei uns drohen 25 Millionen Margenverlust! Tu was! Mach was!

Dr. Peter Hochegger: Die Zahl ist intern in der Regulierungsabteilung ausgerechnet worden. Man hat gesagt: Was ist das Worst-Case-Szenario? – Bis zu 25 Millionen €; das Wunsch-Szenario war 5 Millionen €, und ich glaube, das ist auch eingetreten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Diese Vorbereitung auch von Ihnen, betriebsintern – nämlich, dass Sie eine Linie machen: Wie kann man am besten

jemanden zur SPÖ losschicken? –, das ist einmal Verlust von Arbeitsplätzen und Ähnliches, diese Strategie. Das hat uns gestern der Herr Lederer auch so ähnlich erklärt, wie gute PR-Arbeit aussieht: dass man vorbereitet, dann macht man die mundgerechten Happen – was könnte dem Widerpart dort am besten schmecken? –, dann gibt es halt das Treffen zwischen Vorstand und dem politischen Entscheidungsträger und Ähnliches und dann allenfalls noch eine Nachbereitung.

Der Herr Lederer war ja auch direkt mit Ihnen als Sub-Unternehmer tätig, bevor er direkt mit der Telekom vertraglich eins geworden ist. Es wird da ein Betrag kolportiert von 90 000 €, die Sie ihm bezahlt hätten. – Wenn ja: in welchem Zeitraum?

Dr. Peter Hochegger: Ich glaube, die Zusammenarbeit mit dem Herrn Lederer hat 2002 begonnen und hat im ersten Quartal 2007 geendet.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Diese 90 000 €: War das für den gesamten Zeitraum oder war das pro Jahr, pro Monat, pro Tag? (*Dr. Hochegger: Das war pro Jahr!*) – Danke, keine weiteren Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, Herr Dr. Rosenkranz, dass Sie ja als Anwalt besonders darüber Bescheid wissen, welche Fragen zulässig sind und welche nicht.

Die Intelligenzfrage steht **unter** Ihrer persönlichen Intelligenz. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Zur Geschäftsordnung!*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich kann auch durchaus die Auskunftsperson nach persönlichen Wertungen befragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe von der Parlamentsdirektion den Hinweis bekommen, dass das eine unzulässige Frage ist, aber ich wollte Sie nicht unterbrechen, und jetzt habe ich es zum Schluss noch vermerkt. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Zur Geschäftsbehandlung!*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): War die Auskunft, dass diese Frage **unter meiner Intelligenz** steht, auch seitens der Parlamentsdirektion – oder ist das Ihre Wertung?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein, das ist wirklich meine Wertung, zu der ich im vollen Umfang stehe. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Ich wollte nur sichergehen!*) – Ja, zu der stehe ich im vollen Umfang.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich schließe an die Befragung meiner geschätzten Kollegin Tamandl an, die schon herausgearbeitet hat, dass rund 10 Prozent der Umsätze der Valora für Finanzierungen Ihres Beziehungsgeflechtes – Beziehungsgeflecht haben Sie das genannt ... – Ich zitiere dazu auch aus einer Beschuldigtenvernehmung vom 6. Juni 2011 von Ihnen, wo Sie auch wieder von diesem **Beziehungsgeflecht** sprechen und dazu ausführen, dass es darum gegangen sei, das Beziehungsgeflecht von den handelnden Personen auch miteinzubeziehen und zu optimieren.

Zitat: Ich habe in meiner Funktion bei Aufgabenstellungen für die Telekom Austria als Mastermind dann auf dieses Gesamtbeziehungsnetzwerk zurückgegriffen beziehungsweise Vorschläge gemacht, wie es zu nutzen ist. – Zitatende.

Wie dieses Beziehungsgeflecht aussieht, dazu trage ich ein paar Beispiele vor und möchte dann auf einen konkreten Fall – nämlich die Firma White House – näher eingehen. Dieses Beziehungsgeflecht sieht so aus, dass Sie für den Herrn Molterer den SV Sierning mit 65 000 € gesponsert haben, für die Stadt Wien den Weinmarketing-Preis im Sinne des Bürgermeisters Häupl mit 40 000 €, den Pressverein/ÖAAB mit 10 000 €, eine Flugreise des Herrn Mensdorff mit 22 000 €, den Herrn Gartlehner mit 100 000 €, die Frau Hakl mit 20 000 €, das „Forum Land“ mit über 1 Million €, die Frau Langthaler mit 25 000 €, den Herrn Gaugg mit 36 000 €, die Firma „Headquarter“ mit 24 000 €, Studien über das Meinungsforschungsinstitut market für Politiker mit 40 000 €, die MediaSelect mit 109 000 €, den Mathias Reichhold mit 72 000 €, den Sohn von Mathias Reichhold mit 10 000 €, den Franz Kusin mit 3 000 € für Kugelschreiber, noch einmal 140 000 € extra für den Gewerkschafter Franz Kusin, die Frau Kröll-Maier, die Sekretärin vom Herrn Gorbach, mit 268 800 €, den Wirtschaftsbund Wien mit 2 000 € für ein Golfturnier, den FCG mit 221 000 €, die JVP über White House mit 96 000 € – und so weiter, und so weiter, und so weiter.

Der zentrale Punkt bei diesem Beziehungsgeflecht, Herr Hohegger, ist folgender – und das frage ich Sie jetzt, und ich drehe die Frage um – und auch die strafrechtlich relevante Frage ist: All diese Beispiele, die ich jetzt aufgezählt habe, alle Finanzierungen, die Sie über die Valora im Auftrag oder in Absprache mit der Telekom gemacht haben – und die Valora ist ja eigentlich auch dafür gegründet worden, allen diesen Finanzierungen, diesen Sponsorings für Vereine, Druckkostenbeiträgen, Verträgen mit Politikern und Ex-Politikern, die alle – viele – mündlich geschlossen wurden, wo manche hier keine Gegenleistung nennen konnten, wie der Herr Reichhold, auch diesen Finanzierungen von Parteien, von Politikern, von Vorfeldorganisationen:

Stehen allen diesen Finanzierungen zu 100 Prozent immer konkrete Gegenleistungen gegenüber oder nicht?

Diese Frage ist insofern relevant, als wir, wenn keine Gegenleistung gegenübersteht, im Verdacht der Untreue und der Beihilfe zur Untreue drinnen sind. Daher stelle ich diese Frage auch an Sie.

Können Sie garantieren – über sämtliche Finanzierungen, die ich jetzt aufgezählt habe –, dass es da immer eine konkrete Gegenleistung gibt, eine gesetzlich korrekte Gegenleistung?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe klar definierte Aufträge mit Leistungszielen erhalten. Es lag in meinem Ermessen, die Gelder für die Erreichung dieser Leistungsziele auszugeben. Ich habe das auch schon mehrmals erwähnt: Die Telekom Austria hat durch meine Leistungen und durch meine Aktivitäten im Rahmen der 16 Aufträge, die über die Valora abgewickelt wurden, unterm Strich einen hohen Nutzen erfahren – und das ist das, was zählt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben gesagt, vom Auftragsvolumen der Telekom an die Valora seien immer rund 10 Prozent dieser Gelder für Beziehungsnetzwerkpflege verwendet worden. Die Verwendung dieser 10 Prozent – auch das Abzweigen dieser 10 Prozent – ist für Sie strafrechtlich korrekt und moralisch wahrscheinlich nicht – oder wie sehen Sie das?

Dr. Peter Hohegger: Die 10 Prozent waren ja nur eine Deckelung. Es lag immer in meinem Ermessen, zu entscheiden: Trägt so eine Ausgabe dem Auftragsziel bei oder nicht? – und nach diesen Kriterien ist entschieden worden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gehen wir zu **White House**. Wir haben ja viele, viele Fälle gehabt – und das ist genau das Problem, das auch Sie haben, Herr

Hochegger –, wo überhaupt keine Gegenleistung gegenübersteht, wo Ihre Angaben, auch die Aussagen, die Sie hier getätigt haben – unter Wahrheitspflicht im Untersuchungsausschuss; ich verweise auf die strafrechtliche Relevanz –, offensichtlich zumindest sehr widersprüchlich sind, weil viele Zeugen haargenau das **Gegenteil** von dem, was Sie gesagt haben, ausgesagt haben.

Wenn Sie sagen, diese 10 Prozent seien auf ein Gespräch mit dem Einkaufsleiter – Zitat Frauenholz – zurückgegangen: Ja, Sie haben sich die Politik im wahrsten Sinne des Wortes **gekauft**, und ich halte Ihnen dazu konkret etwas vor. Gehen wir zur Firma White House. Sie haben hier vor dem Untersuchungsausschuss unter Wahrheitspflicht bezüglich der 96 000 € an die White House ausgesagt – Zitat Hochegger auf Befragen des Herrn Pilz –:

„Die Agentur White House hat dieses Honorar als Abschlagszahlung für eine nicht gewonnene Präsentation bekommen, in der es um Vorzeigeland Kärnten Breitband gegangen ist, und ein schon gewonnener Auftrag wurde dann wieder zurückgezogen. Und die Telekom Austria hat verlangt, dieser Agentur“ –

die ja auch das Konzept erstellt hat –

„(...) diese 80 000 € als Konzeptiononorar (...) zukommen zu lassen. Das habe ich auch gemacht.“

Das sagen Sie unter Wahrheitspflicht.

Die Frau Ullmann – beziehungsweise sie hat jetzt, glaube ich, geheiratet; mittlerweile heißt sie Stimpfl-Abele; die Frau Vorsitzende hat mich schon einmal darauf hingewiesen – sagt unter Wahrheitspflicht etwas ganz anderes. Sie hat hier vor dem Untersuchungsausschuss unter Wahrheitspflicht ausgesagt, dass Ihre Aussagen absolut **nicht korrekt** sind. Ich habe das dann die Frau Ullmann gefragt, Zitat Gabriele Stimpfl-Abele beziehungsweise Ullmann:

„Nein, das ist nicht korrekt.“

Und jetzt kommt´s:

„Ich habe sogar Herrn Dr. Hochegger letztes Jahr getroffen“ –

also das muss 2011 gewesen sein –,

„weil er nicht mehr wusste“ –

also Sie –

„wie diese Rechnung zuzuordnen ist, und ich habe ihm erklärt, dass es die Rechnung ist, die diese erbrachten Leistungen für den Jugendwahlkampf“ –

in Klammern: JVP –

„aus dem Nationalratswahlkampf betreffen.“

Frau Stimpfl-Abele sagt auf weiteres Befragen, dass Sie eben hier gesagt hätten ... – Ich habe sie dann noch einmal gefragt: Ich halte Ihnen die Aussage des Hochegger vor dem Untersuchungsausschuss vor, der behauptet, das seien 96 000 € für eine verlorene Breitbandbewerbung im Land Kärnten gewesen. Und Stimpfl-Abele antwortet noch einmal auf den Vorhalt, dass Sie das unter Wahrheitspflicht hier ausgesagt haben:

„Diese Aussage ist **nicht** korrekt.“

Das sagt die Frau Stimpfl-Abele hier, und sie sagt das auch in ihrer Beschuldigtenvernehmung mehrmals, dass Sie sogar auf sie zugekommen sind und den Rechnungszweck wissen wollten im Jahr 2011. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie hier

im Ausschuss die Unwahrheit gesagt, oder was stimmt jetzt und was nicht? Was hat es mit diesen 96 000 € an die Firma White House, die – und das ist durch die Zahlungsflüsse belegt – am Ende des Tages sehr wohl – genau, wie es die Frau Stimpfl-Abele sagt – in die JVP-Kassa für den Wahlkampf 2008 geflossen sind, was hat es also mit diesen 96 000 € auf sich? War das eine Finanzierung für die JVP? – Das Geld ist auch am Ende des Tages dort gelandet. Oder bleiben Sie dabei – Sie haben jetzt die Chance, Ihre offensichtlich unrichtigen Angaben zurückzunehmen – und sagen weiter, das waren 96 000 € für eine verlorene Bewerbung – Weisung Haider damals, Breitbandinitiative, Kärnten –? Wer hat jetzt Recht?

Dr. Peter Hochegger: Herr Petzner, ich bleibe bei meiner Aussage, werde sie aber **präzisieren**. Es ist richtig: Ich habe nicht gewusst, wofür die Bezahlung war, habe – weil ich ja die Rechnungen erklären musste – an den Herrn Michael Fischer ein SMS geschickt – das kann alles durch mein Büro nachvollzogen werden – mit der Bitte, mir zu sagen, wofür diese Rechnung war.

Aufgrund dieser SMS-Anfrage hat dann die Frau Ullmann mit mir Kontakt aufgenommen, ist zu mir ins Büro gekommen mit einem Konzept, das Sie mir erklärt hat, hat mir auch die Position gezeigt – Konzeption: 80 000 € – und dass das das Abschlagshonorar war.

Ich habe das so zur Kenntnis genommen, habe das auch bei meiner Einvernahme so ausgesagt. Das war die Information, die mir die Frau Ullmann gegeben hat. Und das Konzept habe ich heute noch bei mir.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das haben Sie bei Ihrer ersten Vernehmung alles nicht gesagt, dass Sie die Frau Ullmann vor einem Jahr offensichtlich getroffen haben, bis die Frau Ullmann hier auch unter Wahrheitspflicht ausgesagt hat – auf Vermittlung von mir aus auch des Herrn Michael Fischer; was auch interessant ist, dass der sich da ausgerechnet schon wieder einschaltet. Der spielt ja auch eine sehr zwielichtige Rolle; da gibt es auch Zahlungsflüsse – aber dazu später.

Warum sagen Sie das erst jetzt? Und heißt das zusammenfassend gesagt, Ihre Darstellung ist nunmehr wie folgt: 96 000 € insgesamt, 80 000 € davon waren Ihrer Meinung nach Abschlagshonorar für diese verlorene Breitbandinitiative, und der Rest, also was die Frau Ullmann damit gemacht hat, geht Sie nichts mehr an?

Dr. Peter Hochegger: Für mich war die Argumentation schlüssig, weil ja auch die Information gekommen ist, es dem Projekt **digitales TV Landeshauptstädte** zuzuordnen, und weil ich auch wusste, dass es eine gemeinsame Präsentation zwischen der Agentur White House und unserer in Kärnten gegeben hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine ganz, ganz kurze Schlussfrage; was ich mir da nicht erklären kann: Frau Ullmann hat hier unter Wahrheitspflicht auf mein Befragen hin ausgesagt, dass diese 96 000 € – auch die 80 000 € – überhaupt nichts – null, gar nichts – zu tun haben mit der Bewerbung für die Breitbandinitiative Kärnten; überhaupt nichts, sagt die Frau Ullmann.

Was sagen Sie dazu?

Dr. Peter Hochegger: Sie hat mir eine andere Information gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber hier hat Sie unter Wahrheitspflicht ausgesagt; also einer von Ihnen beiden hat jetzt ein Problem.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es gibt eine Reihe von Auskunftspersonen, die wir nach Ihrer Einvernahme einvernommen haben, die eigentlich alle miteinander relativ stark im Widerspruch mit dem stehen, was **Sie**

gesagt haben. Wir wollen versuchen, das natürlich jetzt hier aufzuklären, um tatsächlich zu wissen, was da stattgefunden hat.

Sie haben gerade erwähnt – beim Vorhalt des Kollegen Petzner –, Sie haben diese Studie, diese Unterlage noch, was die Breitbandinitiative Kärnten anlangt. Könnten wir die haben? Könnten Sie uns die zusenden? (*Dr. Hochegger: Selbstverständlich!*) – In welcher Zeit ist das möglich, glauben Sie?

Dr. Peter Hochegger: Wenn ich heute Nachmittag ins Büro gehe, stecke ich sie in ein Kuvert, Sie nennen mir eine Adresse, und wir schicken es per Boten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): An die Frau Vorsitzende adressiert – sehr gut, danke.

Sie haben einige andere Sachen auch noch gesagt, wo sich etwa der Herr Strasser bei seiner Einvernahme hier auf die Zehen getreten gefühlt hat, und zwar haben Sie unter anderem gesagt, Sie haben dem Herrn Strasser 100 000 € gegeben, wo unter anderem der Bulgarien-Auftrag, aber auch andere Aufträge mitumfasst waren.

Herr Strasser sagt, das stimmt überhaupt nicht. Er hat eine Tätigkeit durchgeführt, und das war Bulgarien, dafür hat er 100 000 € bekommen. Und überdies – da gab es ja dieses Interview in einer bulgarischen Zeitung, wo Sie berichtet haben, dass Sie mit Strasser unterwegs sind und er sich da eingesetzt hat – hätte er überhaupt nie mit bulgarischen Beamten oder bulgarischen Personen Kontakt gehabt, sondern ausschließlich mit Ihren Mitarbeitern und wüsste eigentlich auch nicht, welche Kenntnis Ihre Mitarbeiter zu dem Thema, das er bearbeiten musste – nämlich Sicherheit –, überhaupt hatten. Er hat den ganzen Auftrag etwas seltsam dargestellt.

Meine Frage an Sie ist: Können Sie uns noch einmal darlegen, was die Beauftragung des Herrn Strasser war und was aus Ihrer Sicht tatsächlich stattgefunden hat?

Wiederholung: Strasser sagt, 100 000 € nur für Bulgarien, keine weiteren Projekte.

Frage: Welche weiteren Projekte gab es?

Zweite Frage: Strasser sagt, er hat nie mit irgendjemanden aus Bulgarien Kontakt gehabt – steht mit Ihrem Interview massiv im Widerspruch – und darüber hinaus nur mit den Mitarbeitern Ihres Instituts, und die hätten sich bei dem Thema eigentlich gar nicht ausgekannt, wo sie eine Studie hätten schreiben sollen. – Bitte

Dr. Peter Hochegger: Herr Strasser hat zwei Jahre lang für unsere Agentur gearbeitet. Es waren 50 000 € pro Jahr ausgemacht. Ich habe einen Vertragsentwurf gefunden, ob der dann so unterschrieben wurde, weiß ich nicht, aber er wurde gelebt, weil der Herr Strasser insgesamt 100 000 € erhalten hat.

Ich habe diesen Entwurf, den kann ich zu dem Konzept dazugeben, und daraus ist ersichtlich, was seine Aufgaben waren.

Es ist richtig, ich persönlich habe einmal auf Herrn Strasser zugegriffen. Das war im Zuge des Bulgarien-Projektes. Wir standen in Verhandlung mit der dortigen Regierung um einen Auftrag. Da wir schon den Vertrag mit Herrn Strasser hatten, haben wir ihn ersucht, uns bei dieser Reise zu begleiten und seine Einschätzung der Sicht der europäischen Innen- und Justizminister darzulegen und wie Bulgarien und die Reformen und der bevorstehende EU-Beitritt gesehen werden.

Herr Strasser ist mitgefahren, wir sind auch dort über Nacht geblieben. Wir haben uns an diesem Abend mit dem Premierminister Stanishev getroffen, da waren einige andere Leute auch dabei, und Herr Strasser hat sozusagen im Rahmen unseres Teams (*Abg. Dr. Jarolim: Dieses Abendessen bestätigt er, das ist die einzige*

Ausnahme; das ist richtig!), im Rahmen dieses Abendessens seine Expertise zum Besten gegeben. – Das war mein Kontakt mit Ernst Strasser.

Mir ist auch noch in Erinnerung, dass wir ein Projekt hatten, da ging es um ein Hochhausprojekt in Vösendorf. Von der Gemeinde war das schon abgesegnet, es zeichneten sich aber Widerstände im Land ab, und die zuständigen Projektmitarbeiter haben den Herrn Strasser ersucht, einfach ihnen die Entscheidungsnetzwerke und die Strukturen darzulegen und welche Chance das Projekt hat.

Darüber hinaus wurde mir auch zur Kenntnis gebracht ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Können Sie das ein bisschen näher präzisieren, denn wir haben natürlich den Herrn Strasser damit konfrontiert und ihm gesagt, dass er dieses Hochhausprojekt dankenswerterweise für Sie unterstützt hat, und ihn gefragt, welche konkreten Leistungen er in dem Zusammenhang erbracht hat, worauf er – er war damals, zu dem Zeitpunkt noch relativ fröhlich drauf – lauthals gelacht und gesagt hat: Das ist völlig absurd. Wem fällt so etwas ein?

Fällt Ihnen, Herr Dr. Hohegger, dazu etwas ein?

Dr. Peter Hohegger: Ich kann mich nur erinnern, dass wir das Projekt hatten. In der Kommune gab es die Zustimmung in Vösendorf, und auf Landesebene gab es Schwierigkeiten. Da damals Ernst Strasser bei uns unter Vertrag war, schien es logisch, ihn darauf anzusprechen und um seine Einschätzung zu bitten. Ich war aber bei diesem Gespräch nicht dabei. Ich habe ein einziges Mal mit Herrn Strasser Kontakt gehabt: im Zuge dieser Bulgarien-Reise.

Mir wurde aber auch zur Kenntnis gebracht, dass Herr Strasser für unsere Agentur Hohegger Financials das eine oder andere erledigt hat.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wissen Sie vielleicht noch, was das war? Waren das bedeutsame Sachen? Wo bedienen Sie sich eines Herrn Strasser – wie Sie sagen –, also wo greifen Sie auf ihn zu? Was muss da entstehen, welcher Bedarf an Know-how? Oder: Was ist es, wo Sie denken: Da habe ich jemanden im Talon, das ist der Herr Strasser, auf den greifen wir jetzt zu?

Dr. Peter Hohegger: Das war damals sozusagen die Überlegung, Ex-Politiker auf Grund ihrer Kontakte, ihrer Beziehungen und ihres Know-how partiell an die Agentur zu binden. Das ist geschehen mit einem Rahmenvertrag von 50 000 € im Jahr. Es war innerhalb der Agentur bekannt, und die Schlüsselleute haben gewusst, wenn sie Themen haben, wo uns Herr Strasser helfen kann, dann kann man sich an ihn wenden. Das war das Konzept.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber wenn Sie uns jetzt sagen, dass Sie die Leute quasi vorgehalten haben, damit die im Notfall dann aktiv werden, dann gehe ich ja davon aus, dass die dort aktiv werden, wo Sie eigentlich ihren Wert erkennen, nämlich dass sie in ihrem Umfeld tätig sind, weswegen sie ja beschäftigt werden.

Jetzt sagen Sie uns allerdings, das ist ja zumindest bei dem Hochhaus nicht der Fall gewesen, sondern bei dem Hochhaus wurden dann irgendwelche internen Abklärungen über Vorgänge – keine Ahnung – gesetzlicher Natur oder was auch immer, das ist ja das, was ich von Ihnen wissen wollte, gemacht, und Herr Strasser ist gar nicht aktiv geworden.

Ist Herr Strasser aus Ihrer Sicht zum eigentlichen Thema aktiv geworden, nämlich mit jemandem aus seinem Umfeld Kontakt aufzunehmen und etwas zu lobbyieren, umzusetzen, so wie er das ja auch von sich bewerbend in diesem Werbespot mitgeteilt hat?

Dr. Peter Hohegger: Ich würde Sie bitten, dass Sie da den Herrn Trummer befragen, weil er war ja hauptsächlich für die Geschäftsführung der Hohegger Com verantwortlich. Den Vertrag mit dem Herrn Strasser gab es von der Hohegger-Gruppe. Ich persönlich habe nur ein einziges Mal auf Herrn Strasser zugegriffen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das einzige Mal, das war Bulgarien? *(Dr. Hohegger: Richtig!)* – Und das zweite Mal ist, was Ihnen in Erinnerung ist, das Hochhaus gewesen.

Dr. Peter Hohegger: Und ich weiß auch, dass er für die Hohegger Financials im Zuge der Auseinandersetzung Meinl-Rebellen, Meinl Power für den Herrn Stempel gearbeitet hat.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber was das genau war? *(Dr. Hohegger: Weiß ich nicht!)* – Nicht einmal ansatzweise?

Dr. Peter Hohegger: Nein, weil es hat zwischen den einzelnen Firmen nicht diesen regen Austausch gegeben, was wer in welchem Projekt wann wie macht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber Stempel ist Finanzierungen, nicht? Das ist Finanzachse. *(Dr. Hohegger: Ja!)* – Aber wo kann da der Strasser ...?

Dr. Peter Hohegger: Ich würde bitten, dass Sie da den Herrn Stempel fragen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Zu Ihrer Kontaktaufnahme mit dem Herrn Wittauer: Sind Sie irgendwie mit dem Herrn Wittauer zusammengekommen? Und wenn ja, wie hat das stattgefunden? Er hat uns da nämlich geschildert, dass Sie längere Zeit Kontakt zu ihm gesucht haben und dass es letztlich dann auch geklappt hat. Und das hat mich ein bisschen verwundert.

Können Sie uns erklären, wie Sie erstmals mit dem Herrn Wittauer zusammengekommen sind und warum? Haben Sie Kontakt mit ihm gesucht und warum?

Dr. Peter Hohegger: Ich kann mich nicht erinnern, dass *ich* den Kontakt gesucht hätte. *(Abg. Dr. Jarolim: Wittauer sagt das so!)* – Ich glaube, das war eher umgekehrt. Ich habe das auch so ausgesagt. Ich glaube, dass ich ihn in Kitzbühel näher kennengelernt habe, wo er einige Leute zum Hahnenkamm-Rennen, in Abstimmung mit der Telekom Austria, eingeladen hat. Und dort habe ich mich auch mit ihm unterhalten. Für mich war aber klar, dass Herr Wittauer seine eigene Achse zur Telekom Austria hatte, und daher habe ich mich auch inhaltlich mit ihm kaum ausgetauscht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, das war ein auf einen einmaligen Anlass reduzierter Social Event.

Dr. Peter Hohegger: Ich habe Herrn Wittauer ab und an getroffen, auch bei Veranstaltungen, aber es ist nicht so, dass ich meine Anliegen für die Telekom Austria über ihn gespielt hätte, weil ich wusste, dass er seine eigenen Kontakte zur Telekom Austria hat, und er hat das auch immer wieder betont.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie eine Notwendigkeit gesehen oder mit ihm besprochen, Kooperationen durchzuführen, nachdem ja Sie für die Telekom und er für die Telekom, da kann man ja unter Umständen Synergien und die Kräfte bündeln.

Gab es da irgendein Projekt, das Sie gemeinsam mit ihm angedacht haben?

Dr. Peter Hohegger: Ich kann mich an kein Projekt erinnern und ich glaube, wir haben uns eher auch als Konkurrenten wahrgenommen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wir haben das heute schon einmal in den Raum gestellt und Sie gefragt, die Valora ist ja ein Unternehmen gewesen, das eigentlich den Mitarbeitern Ihres Hauptunternehmens, der Com, nicht so recht bekannt war. Und wenn man sich die Aussagen von Zeugen durchliest, dann sagen die alle, eigentlich haben wir darüber nichts gewusst, das ist so mehr oder weniger das Vehikel des Herrn Hohegger gewesen. – War das so?

Können Sie uns erzählen, wie die in Ihrem Konzern, was die Valora dort für einen Stellenwert hatte und welche Bedeutsamkeit sie hatte? Mit einem schlechten Wort ist es die Schmiergeld-Gesellschaft. Ich glaube nicht, dass das so war. Aber was war der eigentliche Wert? Warum kommen Sie drauf und sagen, ich brauche jetzt die Valora?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe im Zuge meiner Einvernahmen zur Gründung der Valora ja ausführlich Stellung genommen. Ich bin sicher, das haben Sie sich auch durchgelesen. Aber kurz im Zeitraffer:

Die Valora wurde gegründet für die Ausschreibung des Dorotheums. Wir waren damals sozusagen mit einem Konsortium verbunden um die Raiffeisen Oberösterreich, um einen Antiquitätenhändler Hesz aus Oberösterreich und um den Immobilienmakler Plech. Die Valora war sozusagen die Schnittstelle, die das Ganze prägt und die Bewerbung mitgestaltet hat. Damals hatte die Valora einen Vorstand, das war Herr Peter Newole, und der hat auch das Projekt betreut.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Die Valora hat insgesamt fakturiert an die Telekom ...

Dr. Peter Hohegger: Ich wollte nur ganz gerne, dass man den Schritt zur Telekom ... (*Abg. Dr. Jarolim: Gerne, ja! Entschuldigung!*) – Es kam nicht zu dieser Beauftragung. Dann hat die Valora als Aktiengesellschaft einige Jahre sozusagen geruht, und im Jahr 2003 sind dann einige Geschäftsfälle an mich herangetragen worden, wo ich mit dem Herrn Walter Meischberger zusammengearbeitet habe. Und da Herr Meischberger in der Agentur Hohegger Com, wie schon oft thematisiert wurde, nicht so gern gesehener Gast war, habe ich mich dann entschlossen, diese Projekte über die **Valora** abzuwickeln. Das waren im Jahr 2003 zwei Projekte. Das war die Raiffeisen und dann die M-Tel in Österreich. Und im Jahr 2004 begann die Zusammenarbeit mit der Telekom Austria.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Jetzt haben Sie insgesamt ausfakturiert 7 Millionen €, 7 099 000 €, und haben das eingenommen, wobei wir über die Rechnung dann in der nächsten Runde reden, über die Ausgänge haben Sie 3 625 000 € verzeichnet. Also 7 Millionen € zu 3,6 Millionen €. Die Differenz ist wohin geflossen, vorhanden, verwendet worden? Das ist nicht unmaßgeblich. Oder ist das Ihr Ertrag, Ihr Gewinn gewesen?

Dr. Peter Hohegger: Das ist ja eine Aktiengesellschaft. Es wurde jedes Jahr eine Bilanz abgegeben. All das ist in den Buchhaltungsunterlagen ersichtlich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Die 7 Millionen zu 3,6 Millionen – Sie müssen das ja wissen, nachdem das ja quasi Ihr Vehikel war, werden Sie ja die Zahlungsströme und auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Kopf haben –, kann das ungefähr stimmen, dass der Gewinn zwischen 3,6 Millionen € und 7 Millionen € die Differenz war? Wie viel ist das dann ungefähr? – 3,4 Millionen €.

Dr. Peter Hohegger: Über einen Zeitraum von vier Jahren, wenn Sie sich das ausgerechnet haben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich rechne es jetzt gerade aus.

Dr. Peter Hochegger: Ich habe es nicht ausgerechnet. Ich habe auch die Bilanzen nicht im Kopf.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich komme auf den Fall Hakl dann später noch zurück. Da habe ich noch eine ganze Reihe von Fragen.

Jetzt komme ich aber einmal zum Wiener Pressverein und der Rechnung vom 30. Jänner 2007 an die

„Valora Unternehmensberatung und Beteiligung AG

z.H. Herrn Dr. Peter Hochegger“

„Rechnung Nr. 21002

über den Druckkostenbeitrag IP-Telefonie

Gesamtbetrag EUR 10.000,00“.

Was können Sie uns über den Grund für diese Rechnung sagen?

Dr. Peter Hochegger: Es gab ja damals an unsere Agentur, an die Valora, einen Auftrag von der Telekom Austria: Optimierung des Rufnummernsystems im Bund, IP-Telefonie, und im Zuge dieses Projektes wurde auch dieser Druckkostenbeitrag vereinbart.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, wer der *Wiener Pressverein* ist?

Dr. Peter Hochegger: Heute weiß ich es.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Damals haben Sie es nicht gewusst?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe gewusst, dass es sich hierbei um ein Medium des ÖAAB handelt, aber wie genau, das habe ich nicht hinterfragt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und was hat der ÖAAB zur Modernisierung der österreichischen Telefonnummern beitragen können?

Dr. Peter Hochegger: Diskutiert wurde das Ganze mit Herrn Steinringer. Herr Steinringer war der ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es nach dieser Zahlung bessere Telefonnummern gegeben?

Dr. Peter Hochegger: Diskutiert wurde das mit Herrn Steinringer, weil es ja sozusagen um ein Projekt im Bund gegangen ist, wo auch die Beamten von dieser Modernisierung betroffen waren, und Ziel war es, dass das Ganze entsprechend thematisiert wird. Wie sich heute herausstellt, hat es keine Veröffentlichung gegeben, und daher habe ich auch das Geld wieder zurückgefordert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist ein anderes Kapitel.

Ich halte Ihnen vor aus der Beschuldigtenvernehmung von Herrn Rudolf Habeler vom 29.2.2012, der gefragt wird, wer zum Geschäftsfall Auskunft geben kann. Herr Habeler sagt:

„... und weiters möglicherweise der Obmann AMON Werner, der damalige Finanzreferent des Vereins war mit solchen Angelegenheiten überhaupt nicht befasst und kann deshalb dazu keine Angaben machen. Im Regelfall wurde ein Anbot durch den Obmann gelegt, zum damaligen Zeitpunkt eben Werner AMON.“

Haben Sie dazu irgendeine Wahrnehmung? (*Dr. Hochegger: Nein!*) – Ich halte Ihnen weiter eine Rechnung vor vom 19. November 2007, wieder von Rudolf Habeler unterschrieben, diesmal als Bundesorganisationsreferent. Es ist eine Rechnung des

ÖAAB an die Valora Unternehmensberatung und -beteiligung AG, diesmal an den Herrn Perger, über dessen Funktion wir mit Ihnen ja schon einmal gesprochen haben.

Da geht es um Folgendes: „Für Marketingunterstützungsmaßnahmen im Jahr 2007, im Bereich der ÖAAB-Bundesorganisation dürfen wir Ihnen vereinbarungsgemäß einen Betrag in Höhe von € 15.000,00 in Rechnung stellen.“

Was wissen Sie über diesen Vorgang?

Dr. Peter Hohegger: So, wie Sie das gesagt haben: Es wurde vereinbart, dass der ÖAAB mit einer bestimmten Summe für seine Kommunikationsaktivitäten, für Anliegen der Telekom Austria, für IP-Telefonie und Vorteile des Festnetzes diese Unterstützung erhält, dass nämlich der ÖAAB in seinem Umfeld, in seinem Netzwerk das so entsprechend macht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was hat denn der ÖAAB gemacht? Weil Sie gesagt haben: die Vorteile des Telefonierens. Hat er seinen Mitgliedern erklärt, wie gut man über das Telefon miteinander reden kann, oder was hat der ÖAAB getan im Interesse der Telekom?

Dr. Peter Hohegger: Herr Pilz, mein System war nicht auf Kontrolle aufgebaut. Ich bin davon ausgegangen, dass, wenn man sich in solche Netzwerke einklinkt, wenn man Dinge vereinbart, die dann auch entsprechend gehalten und durchgeführt werden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich werde das der Telekom weitersagen, dass ein Lobbyist von ihr sehr, sehr viel Geld bekommt und dann nicht einmal schaut, ob dafür eine Leistung erbracht wird.

Ich komme aber jetzt zu einem anderen Punkt. In seiner zweiten Beschuldigtenvernehmung sagt Herr Habeler am 8. März 2012 Folgendes – und das ist jetzt um eine Spur ausführlicher – auf die Frage:

„Ihnen wird eine Rechnung des ÖAAB vom 19.11.2007 an die VALORA AG vorgehalten“ – das ist genau diese Rechnung, die ich Ihnen jetzt vorgehalten habe.

Und da sagt Habeler Folgendes: „Ich wurde vom Generalsekretär AMON Werner zeitlich nahe am Rechnungsdatum, dem 19.11.2007, soweit erinnerlich, beauftragt, diese Rechnung in der vorliegenden Form verfassen und ausstellen zu lassen.“

Und dann geht es weiter. Frage der Beamten:

„Mit welcher Person konkret wurde die Leistung vereinbart?“

Antwort:

Die konkrete Vereinbarung zwischen dem ÖAAB und der Telekom wurde im Vorfeld durch Werner AMON durchgeführt und entspricht auch dem Regelfall.

Ich wurde erst nach Abschluß der Vereinbarung von Werner AMON über die Sponsoring-Tätigkeit der Telekom im Jahr 2007 in Kenntnis gesetzt und auch die zu verrechnende Rechnungshöhe. Auch diese Vorgangsweise entspricht dem Regelfall und wird in dieser Form bis heute aufrecht erhalten.

Mit den Vereinbarungen mit den Sponsoren bin ich nicht befasst und habe dazu keine Wahrnehmungen.“

Und des Weiteren:

„Mit welcher Person konkret wurde der Zahlungsbetrag und der Rechnungsbetrag vereinbart?“

Antwort:

Diese Vereinbarung wurde von Werner AMON durchgeführt und ich habe dazu keine Wahrnehmungen.

Der Rechnungsbetrag wurde mir erst nach diesen Vereinbarungen von AMON mitgeteilt."

Und abschließend:

„Frage:

Wer waren für diesen Geschäftsfall die handelnden physischen Personen im eigenen Unternehmen (die hauptsächlich mit dem Vertragspartner tatsächlich befassten Personen)?

Antwort:

Im ÖAAB ist für solche Verhandlungen immer der Generalsekretär, im Jahre 2007, eben Werner AMON, zuständig und wurden alle Verhandlungen von diesem geführt.

Ob im gegenständlichen Fall AMON von sich aus aktiv auf die Telekom zugeht oder sich die Telekom an den ÖAAB bzw. AMON gewandt hat, kann ich nicht angeben, dazu habe ich keine Wahrnehmungen.“

Das sagt Herr **Habeler**, dessen Zeugenladung nach wie vor durch den hier genannten Herrn **Amon** in diesem Untersuchungsausschuss **blockiert** wird. Ich merke nur an, dass es eine außergewöhnliche Situation ist, dass in Gegenwart des Herrn Amon genau dieser Fall behandelt wird. Aber wir können uns das ja nicht aussuchen.

Jetzt frage ich Sie in diesem Zusammenhang: Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen in Bezug auf die Verhandlungstätigkeit über das sogenannte Sponsoring, das heißt meiner Meinung nach verdeckte ÖAAB- und damit ÖVP-Finanzierung, teilweise ohne Gegenleistung, was die Staatsanwaltschaft dazu gebracht hat, bereits das öffentlich bekannte Ermittlungsverfahren einzuleiten?

Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen in Bezug auf die Tätigkeit von Herrn Amon in diesem Zusammenhang?

Dr. Peter Hochegger: Die Interna, die Sie jetzt gerade vorgetragen haben, sind mir nicht bekannt. Ich habe eine Person gehabt, mit der ich gesprochen habe, das war Herr Gajdosik, und so habe ich das auch ausgesagt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie jemals in diesem Zusammenhang mit dem Herrn Habeler zu tun gehabt? (*Dr. Hochegger: Kann mich nicht erinnern!*) – Es gibt eine weitere Befragung zum Herrn Gajdosik und zu Rechnungen. Sie sind ja von den Beamten genau befragt worden zu den Rechnungen FCG, zu den Rechnungen ÖAAB.

Wir haben hier Ihre Beschuldigtenvernehmung vom 31. Oktober 2011, und da werden Sie befragt zu der zitierten Rechnung ÖAAB, 15 000 €, zu einer Rechnung FCG Wien, 15 000 €, und zu einer Rechnung FCG Wien, 196 600 €. Da haben Sie den vernehmenden Beamten geschildert eine Vereinbarung, die Sie mit Herrn Gajdosik getroffen haben wollen.

Können Sie etwas sagen über die Aufteilung der Gelder?

Dr. Peter Hochegger: Die Aufteilung der Gelder hat Herr Gajdosik vorgeschlagen. Die Summe stand fest, erinnerlich 30 000 €.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Entschuldigung! Noch einmal: Wie viel? Die Summe?

Dr. Peter Hochegger: Wir reden von einem Jahr. Das waren, glaube ich, 30 000 €, und die sind, wenn ich mich richtig erinnere, je zur Hälfte aufgeteilt worden. Das war der Vorschlag von Herrn Gajdosik: eine Hälfte FCG und die andere Hälfte ÖAAB.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wo haben Sie Herrn Gajdosik in diesem Zusammenhang getroffen?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe ihn nie getroffen. Ich hatte mit ihm nur telefonisch Kontakt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt also ein Telefonat. Wer hat da wen angerufen?

Dr. Peter Hochegger: Ich gehe davon aus, dass er mich angerufen hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie jetzt möglichst genau den Inhalt dieses Telefonates schildern?

Dr. Peter Hochegger: Also den kann ich nicht genau schildern, denn das ist sehr lange her.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Soweit es Ihnen erinnerlich ist.

Dr. Peter Hochegger: Ich bin sicher, der Herr Gajdosik hat mir erklärt, was seine Organisationen alles für die Telefonieanliegen machen können, wie die Marketingleistungen ausschauen. Ich kann mich aber im Detail heute nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Hochegger, ich wollte Sie etwas anderes fragen. Woher wusste Herr Gajdosik, dass dem Block ÖAAB-FCG pro Jahr von der Telekom 30 000 € „zustehen“? Woher wusste das der Herr Gajdosik?

Dr. Peter Hochegger: Ich gehe davon aus, dass es vorher Gespräche auch mit der Telekom Austria gegeben hat. Nach diesen Gesprächen zwischen der Telekom Austria mit Herrn Gajdosik oder wem auch immer habe ich dann mit der Telekom Austria gesprochen. Ich habe das befürwortet, dass den Projekten Aufträge im Bund zugeordnet werden, weil ich darin für die Telekom Austria einen hohen Nutzen gesehen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bei dem Telefonat Gajdosik – Hochegger hat Herr Gajdosik schon gewusst: Uns stehen gemeinsam, also FCG und ÖAAB, pro Jahr diese 30 000 € von der Telekom zu. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist dann von ihm der Vorschlag gekommen, das halbe-halbe aufzuteilen.

Dr. Peter Hochegger: Ich gehe davon aus, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War damit für Sie klar, dass für ein Jahr Rechnungen aus dem ÖAAB-Bereich über 15 000 € und Rechnungen aus dem FCG-Bereich über 15 000 € zu stellen wären? (*Dr. Hochegger: Sicher, ja!*) – Und sind diese Rechnungen auch gestellt worden?

Dr. Peter Hochegger: Wenn Sie sich in der Buchhaltung befinden, dann sind sie gestellt worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, sie finden sich auch in der Buchhaltung.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Nachdem Herr Abgeordneter Pilz jetzt da das lang und breit ausgebreitet hat, was auch meinen Kollegen und unseren Fraktionsführer Werner Amon betrifft, möchte ich gerne aus einem Schriftstück zitieren, das die Staatsanwaltschaft an den Untersuchungsausschuss, also an uns geschickt hat, wo also Akten gesendet wurden, und unter anderem sind auf der letzten Seite

Bemerkungen. Und das lautet: Zu 614 St 3/10m, und hier steht Folgendes – ich zitiere –:

Ausdrücklich festgehalten wird, dass diese Ermittlungsmaßnahmen in keinem Zusammenhang mit der Person des Abgeordneten Werner Amon beziehungsweise seiner Tätigkeit als Fraktionsführer im Untersuchungsausschuss stehen und dass dessen Tätigkeit im Ausschuss von Seiten der Staatsanwaltschaft als für das Ermittlungserfahren komplett unproblematisch gesehen wird. – Zitatende.

Herr Kollege Pilz, vielleicht könnten Sie sich das zu Herzen nehmen, damit Sie hier auch im Ausschuss nicht immer auch noch darauf verweisen müssen. Die Staatsanwaltschaft sieht das nämlich völlig anders als Sie.

Ich möchte aber in meiner Befragung auf Frau Langthaler noch einmal zurückkommen. Herr Hochegger, ich glaube, ich habe vorher in meiner Euphorie, Sie zu befragen, etwas überhört, nämlich Sie hätten gesagt, dass offenbar bei diesem Theatersponsoring an die Filmhof GmbH die Telekom gemeint hätte, dass dieses Sponsoring zwischen Kosten und Nutzen für die Telekom nicht mehr gepasst hätte.

Können Sie mir das noch einmal ausführen. Warum ist es 2008 an Sie gegangen? Warum hat der Herr Fischer zu Ihnen gesagt: Schauen Sie sich das an, ob das für Sie in Ordnung ist!?

Hat die Telekom da erkannt, dass die Kosten-Nutzen-Rechnung nicht mehr zusammenstimmt, sodass dieses Sponsoring an Sie gegangen ist?

Dr. Peter Hochegger: Das war von mir jetzt sozusagen eine Annahme. Ob dem so war, müssen Sie den Herrn Fischer fragen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aha, also das können Sie jetzt nicht bestätigen, so wie wir das vernommen haben. (*Dr. Hochegger: Nein!*) – Das heißt, Sie haben dann aber offenbar eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufgestellt und haben sich gedacht, ja, Logos auf Eintrittskarten, die die Leute nach einer Veranstaltung nehmen und in den Mistkübel schmeißen, sind einen Nutzen von 25 000 € für Ihren Kunden Telekom wert. – Darf ich das so verstehen?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe das anders argumentiert. Ich habe gesagt, wären es nur die Logos gewesen, dann hätte ich das nicht finanziert. Meine Aufgabe war es ja, für die Telekom Austria in Richtung **Politik** entsprechende Netzwerke aufzubauen, die man dann, wenn es aktuelle Projekte oder Probleme gab, nutzen konnte. Und mir war klar, dass Frau Langthaler für die Telekom Austria eine wichtige Person war. Und aus dem heraus, aus dem Wert ihres Kontakt-Potentiales, ihres angenommenen, wahrgenommenen, wie auch immer, habe ich das befürwortet.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt aber, die Telekom Austria konnte, nachdem sie offenbar den Kosten-Nutzen nicht mehr als passend angesehen hat, den Nutzen für die Telekom Austria seitens der ehemaligen grünen Nationalrätin Monika Langthaler nicht erkennen. Jetzt ist mir nicht wirklich bewusst, welchen politischen Nutzen Sie in dieser ehemaligen grünen Nationalrätin gesehen haben, wenn es die Logos auf den Eintrittskarten, die die Leute nach der Veranstaltung in den Mistkübel schmeißen, wahrscheinlich ist auch gar nicht so eine große Anzahl von Besuchern bei diesem Festival – jedenfalls:

Welchen politischen Nutzen haben Sie da gesehen für Ihren Kunden? Waren es gesetzliche Dinge? Waren es Gesetzesänderungen? Welcher Nutzen war da dahinter für Sie?

Dr. Peter Hochegger: Bei solchen Netzwerken, wenn man sie pflegt, errichtet, ist das aktuelle Ereignis ja im Vorhinein nicht bekannt. Wesentlich ist, dass ein Unternehmen

wie die Telekom Austria, die mit so viel öffentlichen Themenstellungen konfrontiert war, gute Kontakte in alle politischen Richtungen hatte. Und Frau Monika Langthaler war sicher ein möglicher Zugang in das grüne Spektrum. Und wenn ich mich richtig erinnere, hat sie ja auch von sich oder dargestellt, dass sie zur ÖVP Niederösterreich gute Kontakte hat.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Dr. Hochegger, das heißt aber im Grunde genommen, Sie sahen durch das Sponsoring im Zusammenhang mit Frau Langthaler einen Nutzen, der sozusagen über den werblichen Effekt hinausgegangen ist, weil der werbliche Effekt natürlich nicht dem Gegenwert in Geld entsprochen hat. – Kann man das so sagen? (*Dr. Hochegger: Richtig, ja!*) – Das bedeutet aber eigentlich, dass Frau Langthaler zumindest zum Teil eine Scheinrechnung ausgestellt hat, weil sich ja die Rechnung über den Gesamtbetrag ausschließlich auf den werblichen Nutzen bezieht.

Dr. Peter Hochegger: Ich würde das nicht so sehen. Die Rechnung wurde auf das ausgestellt, das ist auch bezahlt worden.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber als Werbefachmann würden Sie sagen, der rein werbetechnische Wert hat nicht dem Betrag entsprochen, sondern es gab einen Zusatznutzen.

Dr. Peter Hochegger: Genau. Für mich war wesentlich der Zusatznutzen, und das war ja meine Aufgabe für die Telekom Austria.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Hochegger, ich möchte gerne auf einen anderen Komplex eingehen, und zwar möchte ich auf Ihre Befragung, die wir hier schon erlebt haben am 16. Februar 2012 vor diesem Untersuchungsausschuss eingehen, wo Sie auf eine Frage meines Kollegen Abgeordneten Amon über Ihre Mitgliedschaft im Verein **Zukunft**, Ihrer Freimaurerloge angegeben haben – ich zitiere Sie –:

„Das ist ein Verein, der sich mit einer privaten, geistigen, spirituellen Entwicklung beschäftigt und nichts mit meinen Geschäften zu tun hat.“

Herr Amon hat dann weiter gefragt:

„Haben Sie Kontakte aus diesem Netzwerk genutzt, um in Sachen UDVO“

Universaldienstverordnung –

„oder Initiativantrag Telekommunikationsgesetz Einfluss auszuüben?“

Sie haben damals Nein darauf gesagt.

Dann hat Herr Kollege Amon weiter gefragt:

„Welche ehemaligen Vereinskollegen haben Sie für die Umsetzung des Telekom-Projektes ‚Parlamentarische Überzeugungsarbeit‘, wie das aus dem ‚Flieder‘-Bericht“ – das ist der Bericht von der KPMG –

„der Telekom hervorgeht, kontaktiert?“

Und damals haben Sie gesagt:

„Ich habe keine Vereinsmitglieder in meine beruflichen Tätigkeiten involviert.“

Amon hat wieder gefragt: „Auch für keine anderen Telekom-Projekte?“

Und Sie haben gesagt: „Es ist niemand in meinem Verein, der Verständnis für solche Projekte hat. Die Mitglieder sind von ihrer beruflichen Orientierung her anders ausgelegt.“

Und dann hat Amon eine letzte Frage gestellt in diesem Zusammenhang – ich zitiere –: „Gibt es keinerlei im politischen Umfeld bekannte Mitglieder in diesem Verein?“

Und Sie haben gesagt: „Nein!“

Ich frage Sie, Herr Hochegger, und ich habe Ihnen vorher ja bei der ersten Fragerunde schon gesagt, Sie stehen hier unter Wahrheitspflicht, und ich möchte Sie halt noch einmal an das erinnern.

Meine Frage heute an Sie lautet: Bleiben Sie bei diesen Aussagen, die Sie am 16. Februar getätigt haben?

Dr. Peter Hochegger: Auch bei scharfem Nachdenken finde ich in meinem Verein niemanden, der mir dabei geholfen und genutzt hätte. Nur, Sie dürfen nicht verwechseln die gesamte Freimaurerei und meinen Verein „Zukunft“, denn es gibt, glaube ich, in Österreich eine Vielzahl von Vereinen, und das darf man nicht in einen Topf werfen.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Bei dieser Gelegenheit halte ich Ihnen ein E-Mail vor, das von Ihnen an den Herrn Friedrich Rödler gegangen ist. Und ich würde Sie bitten, dass Sie dem Ausschuss den markierten Text, der mit „Lieber Fritz!“ beginnt, vorlesen.

Dr. Peter Hochegger: Lieber Fritz! Ich habe heute Vormittag noch ein langes Gespräch mit Wolfgang Bachmayer von OGM geführt. Er ist natürlich sehr gerne bereit, mit uns gemeinsam Reichhold zu beraten. Er war auch gestern bei Reichhold, der ihm die Zusammenarbeit mit uns angekündigt hat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wenn Sie vielleicht weiterlesen.

Dr. Peter Hochegger: Ach so, ich habe mir gedacht, nur das markierte.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich halte Ihnen eine zweite E-Mail vor. Und zwar können Sie uns auch hier, bitte, das gelb Markierte vorlesen?

Dr. Peter Hochegger: „lieber fritz anbei eine liste von firmen für die ausschreibung, heinisch arbeitet in der selben loge wie göweil, er ist informiert. löwe ist eine befreundete agentur, aufträge, die wir nicht annehmen können leiten wir an sie weiter. sind vier für die einladung genug?“

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Auf diesem E-Mail finden Sie jetzt noch vier Namen, und ich frage Sie: Wer ist **Heinisch**?

Dr. Peter Hochegger: Heinisch ist eine ehemaliger Geschäftsführer der Hochegger-Gruppe.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer ist **Göweil**?

Dr. Peter Hochegger: Ein Journalist des „Kurier“ oder jetzt bei der „Wiener Zeitung“.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Würden Sie sagen, dass es üblich ist, dass eine Studie, die vergeben wird, so ausgeschrieben wird oder dass das so vorbereitet wird, dass man selbst nennt, welche Agenturen eingeladen werden sollen?

Dr. Peter Hochegger: Das ist sicher nicht üblich. Warum das so passiert ist, kann ich natürlich heute nicht mehr sagen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Glauben Sie, dass damit erwiesen ist, dass Sie sehr wohl Mitglieder Ihrer Loge für geschäftliche Tätigkeiten genutzt haben?

Dr. Peter Hochegger: Alle hier Genannten sind nicht Mitglieder meiner Loge.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Dann müssen Sie mir aber die Formulierung dieses E-Mails erklären.

Dr. Peter Hohegger: Ich habe gesagt, die genannten Mitglieder oder Namen sind nicht Mitglieder meiner Loge, und so ist es.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Dann sind sie aber in einer anderen Loge, denn sonst wäre ja das E-Mail nicht so formuliert:

Heinisch arbeitet in derselben Loge wie Göweil. Er ist informiert.

Welche Loge ist das?

Dr. Peter Hohegger: Frau Abgeordnete, es ist so: Ich kann Ihnen erzählen, dass ich ein Mitglied in diesem Verein bin. Ob andere Personen dort Mitglieder sind oder nicht, kann ich, **darf** ich Ihnen auch nicht sagen, weil das einfach so gebräuchlich ist.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie würden sagen, dass die Freimaurerregeln andere Regeln sind als die, die Sie hier in diesem Untersuchungsausschuss einzuhalten haben?

Dr. Peter Hohegger: Nein, ich sage nur, dass es dort Gepflogenheit ist, dass man selbst sagen kann, man ist bei diesem Verein dabei. Und wenn ein anderer das für sich auch so hält, dann tut er das auch, aber es ist nicht üblich, dass man hergeht und sagt: Das sind die 3 000 Mitglieder dieses Vereins!

Alle hier Genannten sind **nicht** Mitglieder meines Vereins „Zukunft“.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich würde den Herrn Verfahrensanwalt bitten, dass er uns vielleicht sagt, ob nicht die Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse und die Geschäftsordnung des Nationalrates **über** den Gesetzen der Freimaurer steht in diesem Zusammenhang.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Die Antwort ist sicher nicht einfach. Ich glaube, dass diese Regeln der Freimaurerei, wenn ich das jetzt so nennen darf – ich bin nicht näher befasst damit –, nicht in einem Konkurrenzverhältnis stehen zu den Regeln und Verfahrensvorschriften des Untersuchungsausschusses hier oder eines anderen auch staatlichen oder behördlichen Verfahrens, sondern das sind Vereinbarungen von Mitgliedern eines Vereins, wie sie sich verhalten.

Und wenn es dort, das halte ich dem Herrn Dr. Hohegger zugute, eine Vereinbarung gibt – und die dürfte es geben, weil auch ich so etwas gehört habe –, dass man nicht Auskunft gibt darüber, ob ein anderer Mitglied in einer Freimaurerloge ist, sich aber selbst natürlich dazu bekennen darf, dann meine ich doch, dass man dem Herrn Dr. Hohegger zubilligen sollte, dass er sich an diese Regeln hält.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Herr Verfahrensanwalt, wenn ich dem Herrn Hohegger jetzt ein paar Namen vorlese und ihn frage, ob diese Herrschaften in seiner Loge „Zukunft“ sind, dann ...

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Aber dann, Frau Abgeordnete, kommt es ja wieder darauf an, in welcher Beziehung diese Personen, die Sie jetzt einer gewissen Vereinigung zuordnen oder meinen zuordnen zu können, zu einem Untersuchungsgegenstand stehen, zu einem Beweisthema stehen. Sie erfragen jetzt Personen, ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich erfrage Personen, die sehr wohl zu den Beweisthemen gehören, und ich möchte gerne herausarbeiten, ich möchte gerne wissen, ob das stimmt, was der Herr Hohegger bei seiner letzten Befragung am 16. Februar gemeint hat, als er gesagt hat, er benutzt seine Logenfreunde nicht für

berufliche Zwecke. Ich möchte wissen, ob diese Aussage am 16. Februar gestimmt hat.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Es wurden ja Namen genannt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte jetzt noch weitere Namen nennen, weil der Herr Hochegger ja schon gesagt hat, dass Heinisch und Göweil und Löwe nicht in seiner Loge sind. Das habe ich zur Kenntnis genommen.

Ich habe auch zur Kenntnis genommen, dass er nicht sagen darf, in welcher Loge sie sind, aber ich hätte ganz gerne jetzt noch bei ein paar anderen Leute abgefragt, ob sie in seiner Loge sind, um eben zu erfahren, ob die Aussage vom 16. Februar gestimmt hat.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich glaube, dass die Namen begründet werden müssen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das sind Geschäftspartner.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das Problem liegt auch darin, dass sie Geschäftspartner sein können, nur muss das Geschäft im Zusammenhang mit dem **Beweisthema** stehen. (*Abg. Tamandl: Na selbstverständlich!*) – Noch sozusagen übergeordnet – nur damit Sie es wissen –: Ich gebe Ihnen noch 2 Minuten, die ich von der nächsten Runde abziehe, damit Sie den Komplex abschließen können, falls sich niemand anderer dagegen verwehrt. – Gut, dann klären wir das.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte beginnen mit dem Herrn Rudolf Fischer: Ist der in Ihrer Loge? (*Dr. Hochegger: Nein!*)

Herr Heinz Sundt: Ist der in Ihrer Loge? (*Dr. Hochegger: Nein!*)

Herr Alois Schrems? (*Dr. Hochegger: Nein!*)

Herr Dr. Prochaska? (*Dr. Hochegger: Nein!*)

Herr Dr. Havranek? (*Dr. Hochegger: Nein!*)

Herr Dr. Lansky? (*Dr. Hochegger: Nein!*)

Herr Schieszler? (*Dr. Hochegger: Nein!*)

Herr Ungar-Klein? (*Dr. Hochegger: Nein!*)

Herr Schlaff? (*Dr. Hochegger: Nein!*)

Ihr Bruder, Herr Paul Hochegger? (*Dr. Hochegger: Nein!*)

Heinisch und Göweil haben wir schon abgefragt. Dann ist das für diese Runde meine letzte Frage gewesen; der Herr Kollege Hornek meldet sich in der nächsten Runde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Zu den heutigen Befragungen noch ergänzend: Hat der Abgeordnete Gartlehner im Zuge dieses „RTR Powerplay“, bei dieser PR-Linie das getan, was Sie von ihm erwartet haben, nämlich hat er im SPÖ-Klub, im Ministerium entsprechend guten Wind für die Telekom gemacht? Hat er das getan und umgesetzt? (*Dr. Hochegger: Ja!*)

Haben auch andere Personen, von denen Sie das wissen, dieses Ziel verfolgt?

Dr. Peter Hochegger: In der Telekom haben das sicher die relevanten Personen verfolgt, weil das ja für sie ganz wesentlich war.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Welchen Tätigkeitsbereich hatte der Herr Lederer, als er noch bei Ihnen in einem Dienstverhältnis oder mit seinem Subvertrag verbunden war?

Dr. Peter Hochegger: Herr Lederer hatte zwei Funktionen. Er war ja lange Jahre im Kommunikationsgetriebe der SPÖ tätig und kannte dieses. Bei Herrn Lederer war auch bekannt, dass er einige Schlüsselpersonen in der SPÖ gut kannte und mit ihnen befreundet war. Und der Herr Lederer war nach seinem Abgang von der SPÖ in der Privatwirtschaft tätig, bei „Libro“, und aus diesem Erfahrungsmix heraus war er sicher eine interessante Persönlichkeit: Erstens einmal hat er die Thematik verstanden, nämlich Kommunikation, und zweitens hatte er einen guten Zugang zur SPÖ und auch zu Schlüsselredakteuren und -herausgebern, die diesem politischen Spektrum nahe stehen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es war dann irgendwann einmal so, dass der Herr Lederer offensichtlich auch für die Telekom direkt interessant wurde. Das heißt, dass nicht Sie zwischengeschaltet waren, sondern dass die Telekom gesagt hat: Den Herrn Lederer, den nehmen wir eigentlich selbst und direkt unter Vertrag! – Wurde das mit Ihnen abgesprochen?

Dr. Peter Hochegger: Nein, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Die Situation hat sich geändert. Im Jahr 2007 gab es ja dann eine andere Regierungskonstellation. Es war einfacher, das zwischen Telekom und Herrn Lederer direkt zu machen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben das auch verstanden und nicht als einen bösen Akt seitens der Telekom Ihnen gegenüber verstanden?

Dr. Peter Hochegger: Nein, ich habe das nicht als bösen Akt verstanden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Kommen wir zurück zur Befragung zum Thema *White House*. Sie haben das jetzt entgegen der Darstellung von Frau Ullmann, nunmehr Stimpfl-Abele, so geschildert: Herr Michael Fischer ruft Sie an und sagt, diese Agentur hat ein bisschen Pech gehabt mit einem Konzept in Kärnten. Die Telekom hat Interesse daran, dass die eine gewisse Abgeltung für diese geleistete Tätigkeit in Kärnten bekommen.

Dr. Peter Hochegger: Ich habe dem Herrn Michael Fischer ein SMS geschickt mit der Bitte, mir zu erklären, wofür die Rechnung war, weil ich mich nicht mehr erinnern konnte.

Das Ergebnis dieser SMS war, dass die Frau Ullmann mit dem Konzept, das ich heute Nachmittag schicken werde, bei mir aufgetaucht ist, mir erklärt hat, dass das gedacht war als Abstandshonorar, und sie hat mir auch das dargelegt.

Für mich war die Sache damit erklärt, und ich habe das auch so den Behörden gegenüber ausgesagt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da steht ja durchaus ein strafrechtlicher Vorwurf für den Herrn Michael Fischer im Raum, vielleicht sogar für die Dame von „White House“ – zumindest wenn für die Handelnden klar war – Ihnen gegenüber nicht –, dass es sich um eine Umwegfinanzierung der ÖVP handelt, und damit ist das ja an sich durchaus bemerkenswert.

Sie haben jedenfalls *nichts* davon gewusst, dass diese 96 000 € in Wirklichkeit für einen ÖVP-Wahlkampf verwendet werden?

Dr. Peter Hochegger: Das wurde mir verschwiegen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt eine andere Sache, es geht da um den Verein „*Wider die Gewalt*“. Im Jahr 2007 wurde eine Benefizveranstaltung organisiert, und in ihrer Zeugeneinvernahme schildert die Frau Marika oder Marica Lichter das so:

Es hat eine Versteigerung gegeben von diversen Objekten, unter anderem auch eines Bildes, und das Bild hat der Herr Ali Rahimi um 7 000 € ersteigert. Dieses Bild stammt vom Maler Christian Ludwig Attersee, also von einem durchaus renommierten Maler. Das Bild ist dann an Rahimi geschickt worden mit der Rechnung, und Rahimi hat dann dem Verein gesagt: Bitte, lasst mir noch ein bisschen Zeit; ich habe da jemand anderen, der das unter Umständen gerne haben möchte!

Der Herr Rahimi hat sich dann später auch gerührt bei diesem Verein mit der Information, das möchte der Herr Peter Hochegger haben und man soll die Rechnung an die Valora Solutions schicken. Und das ist dann auch ... (*Dr. Hochegger: An die Valora!*) – Na ja, es steht im Protokoll: Valora Solutions Projektentwicklung GmbH. (*Dr. Hochegger: Okay!*) – Es steht im Protokoll so da.

Das ist erfolgt und es ist dann auch bezahlt worden. – So.

Auch Sie sind ja mit diesem Vorhalt bereits einmal konfrontiert worden, nämlich in Ihrer Einvernahme vom 6. Juni 2011, und da sagen Sie im Vorspann, dass Marika Lichter Sie aufgesucht und um Unterstützung einer Veranstaltung gebeten hat, nachdem sie gewusst hat, dass Sie für die Telekom Austria tätig waren, und ob das eben eine Aktivität wäre, die von der Telekom Austria zu unterstützen wäre.

Und Sie sagen dann Folgendes:

Ich habe diesen Vorschlag an Herrn Rudolf Fischer herangetragen und er hat meinem Vorschlag zugestimmt. Es kam dann zu einer finanziellen Zuwendung von, glaube ich, 7 000 €. Eine schriftliche Vereinbarung oder einen Vertrag gab es nicht. Als Gegenleistung wurde von mir im Namen der Telekom Austria ein Bild ersteigert. Ich habe Rudi Fischer von diesem Bild erzählt, er hat das aber wahrscheinlich vergessen. Dieses Bild liegt nach wie vor im Lager des Büros Valora AG.

Das ist jetzt ein bisschen anders: Also die Frau Lichter sagt, der Herr Rahimi hat es ersteigert; Sie sagen, Sie haben es ersteigert. – Wie kann dieses Missverständnis aus Ihrer Sicht ausgeräumt werden?

Dr. Peter Hochegger: Der Herr Rahimi hat es ersteigert, das ist richtig. Ich meine, das ist auch schon etwas länger her. Bei solchen Dingen sind diese Anliegen meistens von Herrn Rahimi an mich herangetragen worden, weil er ja wusste, dass ich für die Telekom Austria arbeite und er hat Finanzierungsvorschläge, die in den sozialdemokratischen Bereich hineingehen, artikuliert.

Ich habe das auch immer befürwortet, einfach aus der Überlegung heraus, auch in diese Richtung für die Telekom Austria Netzwerkpflge zu machen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist zumindest ab einem gewissen Zeitpunkt, als zum Beispiel ein für die Telekom interessantes Ministerium mit der SPÖ besetzt wurde, durchaus logisch nachvollziehbar für einen Lobbyisten: dass man ein entsprechende Netzwerk auch anderswo sucht.

Warum? – Deshalb, weil dieser Verein „Wider die Gewalt“ hauptsächlich von SPÖ-Politikern und Alt-Politikern kuratiert wird.

Ist das so der Zusammenhang zur SPÖ gewesen?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe Frau Lichter auch immer wieder bei diversen SPÖ-Veranstaltungen, an denen auch ich teilgenommen habe, gesehen, und für mich ist sie Teil dieses Spektrums.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt zur Tätigkeit des Herrn *Rahimi*. Ich habe da jetzt im Akt Ihre Aussage gefunden, wo es um – wir haben das schon beim ersten Mal abgefragt – diese 20 000 € gegangen ist am Rand einer Veranstaltung, um

die Stimmungslage in der SPÖ Wien ein bisschen zu verbessern – Wahlkampf Gusenbauer. Jetzt haben wir hier diese Frage eines Vereins, wo zumindest SPÖ-Prominente, Angehörige der Sozialdemokratie in diesem Verein drinnen sind, der kein vordergründig politisches Anliegen hat, sondern ein allgemeines, unterstützungswertes Anliegen.

Weil Sie gesagt haben, der Herr Rahimi war so ein Ansprechpartner oder der ist mit SPÖ-Wünschen gekommen.

Hat es da mehrere Versuche von Herrn Rahimi gegeben: Da könnte man in Richtung SPÖ etwas für die Telekom unternehmen?

Dr. Peter Hochegger: Ja, sie sind ja alle bekannt, und dazu habe ich schon Stellung bezogen. Das war der Weinmarketing-Preis, das sind diese ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aha, gut. Diese Dinge meinen Sie damit.

Dr. Peter Hochegger: Ja, oder auch die Unterstützung von Frau Rudas.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben schon einmal gemeint, die Unterstützung von Frau Rudas, das sei nicht für eine Studie gewesen, sondern das sei ein Integrationsprojekt gewesen.

Hätten Sie das unterstützt, wenn es *nicht* von der Frau Rudas gewesen wäre?

Dr. Peter Hochegger: Ich meine, das ist heute schwer zu sagen. Das Projekt war sicher gut. Sie hat ja auch andere Sponsoren gehabt, wie die Raiffeisen, und auch diese Organisationen haben sich überlegt, warum sie das sponsern. Für mich war das durchaus schlüssig, auch vom Projektziel her.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt haben Sie diesen Weinmarketing-Preis erwähnt, diese Förderung des Projekts von Frau Rudas. – Sind diese Dinge immer über den Herrn Rahimi an Sie herangetragen worden?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe zu Herrn Rahimi ein sehr enges Verhältnis gepflegt. Er hat gewusst, dass ich für die Telekom Austria arbeite und daher hat er diese Wünsche an mich artikuliert, und ich habe in ihm sozusagen eine Schnittstelle in Richtung Sozialdemokratie gesehen und habe das natürlich auch dort und da auch beruflich genutzt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War es auch so, dass Sie zum Herrn Rahimi gekommen wären und gesagt hätten – wenn Sie mit ihm so eng waren und vielleicht auch per Du –: Geh, gibt es nicht gerade irgendetwas im Bereich der SPÖ, das wir unterstützen könnten? Fällt dir etwas ein?, oder ist an sich immer Herr Rahimi gekommen und hat gesagt: Ich hätte wieder etwas für dich! – Oder waren beide Varianten denkbar?

Dr. Peter Hochegger: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich aktiv herumgegangen bin und gefragt habe: Was kann ich unterstützen? – Also das sicher nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ist sonst irgendjemand aus den Reihen der SPÖ an Sie herangetreten, so ähnlich wie der Herr Rahimi, und hat gesagt, da oder dort gäbe es dieses oder jenes Projekt; es wäre sehr nett und es würde der SPÖ gefallen, wenn das unterstützt würde?

Dr. Peter Hochegger: Ja, es kann durchaus sein, dass das eine oder andere Projekt an mich herangetragen worden ist, aber die, die sich in der Buchhaltung finden, die sind dann umgesetzt worden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): In Erinnerung haben Sie keine?

Dr. Peter Hochegger: Ad hoc fällt mir jetzt nichts ein.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also wenn, dann ist es nur das, was in der Buchhaltung ist, und das ..

Dr. Peter Hochegger: Das ist dann umgesetzt worden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Vorerst einmal keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme zurück auf diese Aussage von Ihnen, dass rund 10 Prozent verwendet wurden für – Sie nennen es **Netzwerkpflege**, ich nenne es eher das „**K-Wort**“. – Sie wissen, was ich meine.

Können Sie betreffend diese 10 Prozent eine Summe insgesamt nennen, eine Gesamtsumme über die Jahre, wie viel diese 10 Prozent von Telekom Geldern über die Jahre ausmachen, die über die Valora für – Sie nennen es Netzwerkpflege – eingesetzt worden sind? Ich frage das deswegen: In einem Medienbericht ist einmal irgendwie eine Summe gestanden von rund 140 Millionen € oder so.

Können Sie uns da irgendeinen Anhaltspunkt geben, in welcher Größenordnung wir uns da ungefähr bewegen bei diesen 10 Prozent?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe von der Telekom Austria, wenn man die Valora hernimmt, netto 7 Millionen € an Honoraren erhalten. Das waren insgesamt 16 Aufträge mit klar definierten Leistungszielen, und ich habe dann im Rahmen dieser Aufträge entschieden, ob eine Ausgabe diesem Auftragsziel dient oder nicht. Ich habe mir nicht die Mühe gemacht, alle meine Ausgaben zu kategorisieren oder irgendwo zuzurechnen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal: Wie viel ist die Gesamtsumme gewesen, die Sie hier jetzt genannt haben: 7 Millionen oder wie viel?

Dr. Peter Hochegger: Die 16 Aufträge, um die es geht, das waren 7,3 Millionen € netto.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und davon sind 10 Prozent für Netzwerkpflege. – (*Dr. Hochegger: Äh ...!*) Herr Hochegger, die Rechnung geht sich **nicht** aus, denn da sind wir dann irgendwo – ich bin ein schlechter Prozentrechner, aber mein Mitarbeiter sagt das so – bei 700 000 €. Da fehlt ein bisschen etwas, würde ich sagen.

Vielleicht können Sie diesen Widerspruch irgendwie aufklären, denn 700 000 € hat allein gekostet ... – Ich weiß nicht, wen ich da aufzählen soll. Die Gorbach-Sekretärin allein hat 300 000 gekostet. Wenn ich das alles zusammenrechne, sind wir da in **Millionenbeträgen** – und nicht in Hunderttausendbeträgen.

Rechnen Sie es noch einmal durch und sagen Sie uns, wie es wirklich war, bitte!

Dr. Peter Hochegger: Es sind das verschiedene Dinge, die Sie da in einen Topf werfen, Herr Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Erklären Sie mir es, damit ich es verstehe.

Dr. Peter Hochegger: Das, was der Herr Abgeordnete Rosenkranz vorhin angesprochen hat, die Zuwendung von 7 000 € an den Verein „Wider die Gewalt“, das würde ich sozusagen als so eine Ausgabe sehen, wo man von Fall zu Fall entscheidet, ob das einem Projektziel oder der Netzwerkpflege dient oder nicht.

Das andere Beispiel, das Sie genannt haben: Hubert Gorbach. – Mit Hubert Gorbach wurde über den Umweg seiner Assistentin ein Beratungsverhältnis vereinbart, und das hat wieder nichts mit Netzwerkpflge zu tun.

(*Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. – Dann fragen wir es anders: Wie viel konkret – nicht in Prozent, sondern welche konkrete Summe; wie Sie das dann intern verrechnet und konstruiert haben, ist Ihre Sache – haben Sie laut Ihrer Schätzung insgesamt an Telekom-Geldern über Hochegger für **Netzwerkpflge** im Rahmen von politischen Entscheidungsträgern, was auch immer, verwendet?

Dr. Peter Hochegger: Über Hochegger waren das marginale Beträge.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Über alle Hochegger-Firmen insgesamt, wurscht, welche?

Dr. Peter Hochegger: Sie meinen wahrscheinlich die Valora.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich rede jetzt einmal von allen. Ja, gut, dann nehmen wir nur die Valora von mir aus.

Dr. Peter Hochegger: Ich möchte mich wiederholen: Es hat konkrete Aufträge gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, passt. Dann tun wir alles insgesamt: Wie viel hat Hochegger insgesamt über seine Firmen für Netzwerkpflge ausgegeben?

Dr. Peter Hochegger: Herr Petzner, ich habe mir diese Summen nicht ausgerechnet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie können sicher schätzen, Sie haben alle Zahlen genau im Kopf, Sie haben keinen einzigen Zettel mit, Sie haben keinen Anwalt mit, Sie wissen alles auswendig, Sie sind auch des Lesens mächtig, wie die Frau Tamandl schon bewiesen hat, also können Sie, wenn Sie jede Zahl genau im Kopf haben, mir nicht erzählen, dass Sie mir nicht eine ungefähre Schätzung abgeben können, wie viel Sie da insgesamt an Geldern für Netzwerkpflge, wie Sie das formulieren, ausgegeben haben.

Dr. Peter Hochegger: Ich kann Ihnen keine Schätzung abgeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie können es wirklich nicht? (*Dr. Hochegger: Nein!*) – Dann frage ich so: Wie viel hat denn ein normaler Mitarbeiter irgendwo in der Werbeabteilung in der Hochegger.Com, ein Mitarbeiter mit Matura und begonnenem Studium, nicht abgeschlossen, der als normaler Werbemitarbeiter bei Ihnen in irgendeiner Werbeabteilung arbeitet und der 25 Jahre ist, im Monat zirka verdient?

Dr. Peter Hochegger: Ich kann Ihnen jetzt nur ungefähre Summen nennen. Ich war nicht für das Personal zuständig. Ich habe auch die Verträge mit den Leuten nicht verhandelt. Das geht von 2 000 bis 7 000 €.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Brutto oder netto? (*Dr. Hochegger: Brutto!*) – Ich habe mir das genau angeschaut, und das möchte ich an dieser Stelle auch sagen: Da gibt es ehrliche, anständige Mitarbeiter in den Hochegger-Firmen, die haben gar nicht so viel verdient. 2 000 brutto, das ist für die Werbebranche mittelmäßig, würde ich sagen. Die haben keine Millionenbeträge lukriert.

Das heißt, bei Ihren eigenen Mitarbeitern waren Sie eher mittelmäßig, während Sie auf der anderen Seite die Millionen nur so rausgeschaufelt haben für die Politiker. Das halte ich moralisch für sehr, sehr bedenklich. Das möchte ich an dieser Stelle auch gesagt haben.

Wir kommen wieder zur Netzwerkpflge und zu konkreten Leistungen. Ich möchte Sie da noch einmal fragen zu den Millionen, die Sie da hinausgeworfen haben. Das sind Millionenbeträge. Millionenbeträge haben Sie für **Netzwerkpflge** – ich nenne es **Korruption** oder den **Kauf der Politik in Österreich** – ausgegeben.

Stehen all diesen Zahlungen jeweils immer zu 100 Prozent konkrete Gegenleistungen gegenüber oder nicht?

Bei dieser Frage sind Sie mir vorhin ausgewichen. Vielleicht können Sie das einfach mit einem Ja oder Nein beantworten.

Haben Sie für jede dieser Zahlungen eine konkrete Gegenleistung: ja oder nein?

Dr. Peter Hochegger: In meiner Wahrnehmung habe ich diese Gegenleistung erhalten, denn sonst hätte ich ja die Ausgabe nicht getätigt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. – Dann halte ich Ihnen vor eine Zahlung über den ECHO-Verlag an das Umfeld der SPÖ, wie Sie es selber sagen.

Sie sagen, es hat immer eine Gegenleistung gegeben. Was war die Gegenleistung für die rund 20 000 €, die über den ECHO-Verlag, den Herrn Pöttler, eingefädelt auch von Ali Rahimi, mit dem Sie sehr vertraut sind – das wundert mich übrigens nicht –, also was sagen Sie zu dieser Gegenleistung?

Sie haben da zuerst wieder irgendwelche wunderbaren Aussagen getätigt, was Sie da nicht alles gekriegt haben dafür: Studie „Euro“, Fußball-Europameisterschaft 2008, und was da nicht alles geleistet worden wäre. Und dann sagen Sie in einer Beschuldigtenvernehmung vom 26. September 2011 Folgendes – ich zitiere –:

„Nunmehr ergänze ich meine Aussagen:

Im Jahr 2006 vor den NR-Wahlen sprach mich Ali RAHIMI an, ob es nicht möglich sei, seitens der Telekom Austria den Wahlkampf der SPÖ zu unterstützen. Ich erklärte ihm, ich werde die Anfrage prüfen, und schlug dann der Telekom Austria vor, EUR 20 000,- zu spenden. Bescheid wussten wahrscheinlich FISCHER, auf jeden Fall SCHIESZLER. Ich habe SCHIESZLER auch empfohlen, dann zu einer Veranstaltung in den Räumlichkeiten von Ali RAHIMI mitzukommen und diese Spende von EUR 20 000,- anzubieten.“

Dort habe man dann mit Pöttler vereinbart, dass der eine Rechnung stellt, dass dort der Inhalt definiert wird.

„Letztendlich“ – Zitat – „bekam ich eine Rechnung für die Unterstützung einer Studie ‚Werbewirksamkeit von Gratiszeitungen‘.“ – Zitatende.

Also offiziell sind Sie auch immer dabei geblieben, haben Sie auch gesagt, es gibt immer eine Gegenleistung.

Da haben Sie angegeben, die Gegenleistung war eine Studie „Werbewirksamkeit von Gratiszeitungen“.

Und dann korrigieren Sie Ihre Angaben und sagen:

„Ziel war einzig und allein der Geldtransfer. Der Vorteil für die Telekom war gute Stimmung seitens der SPÖ.“

Auf die konkrete Frage: „Wer wusste von dieser Parteienfinanzierung?“ – das fragen Sie schon die Ermittler – und auf die Frage zur Gegenleistung, wo Sie zuerst gesagt haben, Gegenleistung war die Studie „Werbewirksamkeit von Gratiszeitungen“, sagen Sie dann am 26. September 2011 – und das ist der entscheidende Punkt!; ich zitiere wieder –:

„Gegenleistung war quasi das ‚Wohlwollen‘ der SPÖ“, der Sozialdemokratischen Partei Österreichs.

Das sind die Gegenleistungen, die erbracht wurden! Und das haben wir in vielen, vielen Fällen, nicht nur hier, sondern auch bei anderen Parteien.

Und ich frage Sie jetzt dazu: Hat es jemals diese Studie „Werbewirksamkeit von Gratiszeitungen“ gegeben? Warum?

Und: Was war denn dieses „Wohlwollen der SPÖ“ konkret als Gegenleistung?

Und wie ist das Ganze denn abgelaufen mit dieser komischen Schein-Studie, wie ich sie einmal nennen würde?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe ja beim letzten Mal schon gesagt: Es ist durchaus möglich, dass die Studie an mein Büro geschickt wurde. Ich habe sie nicht aktiv in Erinnerung.

Es gibt einen Grundnutzen, der nicht so wichtig war, das ist die Studie. Und der große Zusatznutzen war einfach das Wohlwollen bei der SPÖ.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also der Grundnutzen war eine Studie, die Ihnen nicht so wichtig war.

Kennen Sie den Inhalt dieser Studie, die Sie selber bezahlt haben? Kennen Sie den Inhalt dieser Studie überhaupt?

Also diese Studie gibt es! – Kennen Sie den Inhalt dieser Studie?

Dr. Peter Hochegger: Der ist mir heute nicht mehr in Erinnerung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die SPÖ kennt sich aus bei Gratiszeitungen, glaube ich, da gibt es ja auch einige interessante Hinweise in dieser Richtung.

Also den Inhalt dieser Studie kennen Sie nicht. Sie sagen hier auch: Die Studie selber war gar nicht wichtig, sondern eigentlich war wichtig das **Wohlwollen der SPÖ**.

Warum war denn das Wohlwollen der SPÖ für Sie so wichtig oder für die Telekom? Hat es da irgendwelche konkreten Hintergründe gegeben? Oder war das einfach so: Holladrio, wir zahlen allen, zahlen wir den Roten auch was!?

Dr. Peter Hochegger: Die SPÖ war nach dieser Wahl dann in der Regierung. Es hat dann enge Kontakte zwischen der Telekom und dem Bundeskanzler gegeben, und damit war sozusagen das Signal, dass man auch eine Oppositionspartei mitunterstützt hat, sicher das Richtige und hat der Telekom viel gebracht.

Es ist schon richtig, dass das nicht in Ordnung war, aber es war halt so.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Kurze Nachfrage, weil die Zeit an und für sich um ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es war nicht in Ordnung, Herr Hochegger, wirklich nicht in Ordnung! Denn Sie haben mit einer Schein-Studie, die Sie selber nicht einmal kennen, den damaligen Wahlkampf der SPÖ unter dem damaligen Oppositionskandidaten Gusenbauer finanziert und haben sich dadurch das Wohlwollen des Herrn Gusenbauer, wie Sie selber sagen, erkaufte, der dann Bundeskanzler geworden ist.

Das ist **wirklich nicht** in Ordnung! Da sind wir uns ausnahmsweise einmal einig.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Das war jetzt keine Frage, Herr Kollege Petzner! Ich würde Sie bitten, wenn ich das nächste Mal sage: Eine letzte Frage!, dass dann von Ihnen auch eine Frage formuliert wird.

Nächster Fragesteller: Herr Abgeordneter Mag. Maier. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Hochegger, eine Frage gleich im Anschluss an den Kollegen Petzner: Haben Sie den Wahlkampf der SPÖ damals direkt finanziell unterstützt? (*Dr. Hochegger: Nein!*)

Ich komme nun zu Herrn **Stefan Krenn**. Ich muss Ihnen gestehen, dass wir alle hier im Ausschuss etwas irritiert sind: Es gibt Ihre Aussagen beim Bundesamt für Korruptionsbekämpfung, auch die Aussagen von Herrn Trummer über die Tätigkeit von Stefan Krenn, es gibt das Interview des Herrn Stefan Krenn im „profil“, und es gibt seine gestrigen Aussagen zu seiner Tätigkeit bei Hochegger.Com. Alles widerspricht sich.

Stefan Krenn hat gestern erklärt, dass er Sie geklagt hat. – Ist das richtig?

Dr. Peter Hochegger: Keine Ahnung! Aber wenn er das sagt, wird es schon stimmen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ist es richtig, dass Sie Stefan Krenn aufgrund einer Konkurrenzklausele geklagt haben, als er aus Ihrem Unternehmen ausgeschieden ist?

Dr. Peter Hochegger: Es ist richtig, dass er geklagt wurde, und zwar meines Wissens im Jahr 2009, aber nicht zu dem Zeitpunkt, zu dem er ausgetreten ist.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wie ist dieses Verfahren ausgegangen?

Dr. Peter Hochegger: Das entzieht sich meiner Kenntnis, denn zu dem Zeitpunkt, zu dem das Verfahren geführt wurde oder weitergeführt wurde, war ich nicht mehr in der Firma.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Stefan Krenn hat gestern auch dargelegt, wie er zu Ihrem Unternehmen gekommen ist.

Konkrete Frage: Haben Sie ihn angeworben oder ist Stefan Krenn von sich aus zu Ihnen gekommen?

Dr. Peter Hochegger: Den Prozess der Selektion hat Herr Trummer durchgeführt. Herr Trummer hat mit einigen Kandidaten Kontakt gehabt, und ich kann mich noch an ein Gespräch erinnern, in dem er mir den Herrn Stefan Krenn vorgestellt hat, und im Vorfeld hat er mir schon sehr viele lobende Worte über ihn erzählt. Wie genau der Herr Stefan Krenn auf uns gekommen ist, da würde ich Sie bitten, das den Herrn Trummer zu fragen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Der Herr Trummer hat ausgesagt – ich zitiere –:

„Meines Wissens hat Herr Hochegger eine Person konkret angesprochen, bei uns tätig zu werden, und das war Stefan Krenn von der ÖVP.“

Was sagen Sie zu diesem Vorhalt?

Dr. Peter Hochegger: Ich glaube das so nicht, denn für die Personalauswahl war der Herr Trummer zuständig. Wir hatten mehrere Kandidaten, die zur Auswahl standen, und wir haben uns gemeinsam für den Herrn Stefan Krenn entschieden – aufgrund seiner Vorgeschichte, seines Potentials und seiner Kontakte.

Und der Herr Trummer war Geschäftsführer in der Firma und hätte **nichts** ohne mich gemacht – oder ich hätte **nichts** ohne ihn gemacht.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Welche Aufgaben hat Stefan Krenn eigentlich bei Hochegger.Com wahrgenommen? Da gibt es ja auch sehr widersprüchliche Aussagen.

Dr. Peter Hochegger: Na ja, seine Aufgabe war es, die Public-Affairs-Abteilung aufzubauen. Und ich bin ein Mensch, der in Netzwerken denkt, und für mich war klar, dass der Stefan Krenn aufgrund seiner Vorgeschichte – er hat ja für den einen oder anderen Abgeordneten in der ÖVP gearbeitet, er war der Büro-Leiter von Reinhold Lopatka –, dass er einfach dieses politische Spektrum und seine Spieler gut kennt. Und deswegen war er für uns ein gutes Asset, weil unsere Kontakte in die ÖVP einfach nicht gut waren.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): War Stefan Krenn Leiter der Public Affairs-Abteilung: ja oder nein?

Dr. Peter Hochegger: In meiner Wahrnehmung war er Leiter der Public Affairs-Abteilung. Aber eine ganz präzise Antwort darüber wird Ihnen der Herr Trummer geben können.

Ich habe vorher schon gesagt, Herr Stefan Krenn hatte die Möglichkeit, sich Mitarbeiter auszusuchen. Das hat er auch gemacht. Einige Mitarbeiter sind von ihm ausgewählt worden. Also das kann nur jemand machen, der in einer leitenden Funktion tätig ist.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Bei Hochegger.Com gab es ja eine Lobbying-Gruppe. Es gab Protokolle über die Tätigkeit.

Kennen Sie all diese Protokolle, die von Ihren Mitarbeitern angefertigt wurden? (*Dr. Hochegger: Nein!*) – Herr Krenn hat Sie gestern als aktiven Geschäftsführer bezeichnet, der de facto überall dabei war.

Daher meine Frage noch einmal: Sind Ihnen diese Protokolle Ihrer Mitarbeiter vorgelegt worden?

Dr. Peter Hochegger: Wenn es um Aufträge ging, in denen ich involviert war, gehe ich davon aus, dass sie mir vorgelegt wurden. Ich war aber nie ein Freund des Papiers, sondern ich habe einfach die Entwicklungen bei Geschäftsfällen beobachtet und habe meinen Mitarbeitern voll vertraut. Und wenn ich das Gefühl hatte, dass etwas anders gemacht gehört, habe ich es auch gesagt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Aus diesen Protokollen ergibt sich, dass Mitarbeiter parlamentarische Anfragen geschrieben haben. – Was sagen Sie dazu? Wissen Sie darüber etwas?

Dr. Peter Hochegger: Es ist durchaus nichts Unübliches, dass parlamentarische Anfragen geschrieben werden.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Aus den Unterlagen ergibt sich auch, dass derartige Projekte abgeschlossen wurden. – Wissen Sie auch, für wen parlamentarische Anfragen geschrieben wurden?

Dr. Peter Hochegger: Das habe ich jetzt nicht mehr im Kopf. Aber wenn Sie mir das sagen, dann kann ich es vielleicht einem Projekt zuordnen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Für wen sind parlamentarische Anfragen hinsichtlich des gemeinsamen Projekts Telekom und Novomatic geschrieben worden?

Dr. Peter Hochegger: Das war ein ganz wichtiges Projekt in unserer Agentur. Beide Firmen, Telekom und Novomatic, waren Kunden. Und innerhalb der Agentur war Stefan Krenn für dieses Projekt federführend.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wissen Sie auch etwas darüber, dass Mitarbeiter von Ihnen Dossiers über Abgeordnete angelegt haben?

Dr. Peter Hochegger: Wenn Sie mir sagen, welche Dossiers, dann kann ich mich vielleicht daran erinnern, aber so jetzt ad hoc fällt mir das nicht ein.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es geht um Abgeordnete, die in der Öffentlichkeit als Gegner des „kleinen Glücksspiels“ galten, wie die ehemalige Landesrätin Christa Kranzl, die Wiener Stadträtin Ulli Sima, meine Person, der damalige grüne und jetzige sozialdemokratische Bundesrat Schennach und mehrere Beamte.

Dr. Peter Hochegger: Ich würde sagen, das ist durchaus möglich. Die Informationen sind diesbezüglich sicher von der Novomatic gekommen, denn die hat es ja betroffen. Und ein Zeichen, dass Stefan Krenn dort sehr involviert war, ist ja auch, dass Stefan Krenn, nachdem er die Agentur verlassen hat, auch für die Novomatic weitergearbeitet und den Kunden mitgenommen hat.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Was sagen Sie dazu, dass über frei gewählte Abgeordnete Dossiers angelegt werden?

Dr. Peter Hochegger: Aus heutiger Sicht ist das natürlich sehr bedenklich.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich komme zu einem weiteren Punkt, den ich ansprechen möchte: Walter Meischberger, der hier im Untersuchungsausschuss war, hat die meisten konkreten Fragen nicht beantwortet, und wenn man ihn angesprochen hat auf Verträge mit der Valora AG oder mit anderen Unternehmen, dann wies er darauf hin, dass es eben keine schriftlichen Verträge gibt. – Ist das richtig?

Dr. Peter Hochegger: Das ist richtig, ja.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Warum haben Sie mit Walter Meischberger keine schriftlichen Verträge abgeschlossen?

Dr. Peter Hochegger: Es hat sich einfach nicht so ergeben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Walter Meischberger hat für die Valora AG gearbeitet. Wie konnten Sie seine Leistungen, die er erbracht hat, in Wirklichkeit kontrollieren? Gab es eine Leistungsfeststellung: ja oder nein?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe eingangs erwähnt, ich habe ja meine Aufgabe nicht in der Kontrolle gesehen, sondern ich habe einfach aus dem Bauch heraus entschieden, ob für mich eine Leistung erbracht ist oder nicht, und wenn ich das Gefühl hatte, dann hat das für mich auch so gestimmt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Walter Meischberger war unter anderem tätig beim Geschäftsfall 6: Begleitung von Ausschreibungen im Bund. Es ging bei dieser Ausschreibung darum, zu verhindern, dass es zu einer vorzeitigen Ausschreibung der IP-Telefonie kam. Walter Meischberger hat dafür 120 000 € erhalten.

Ich halte fest: Der Bund wollte ausschreiben, und mit diesem Projekt sollte diese Ausschreibung verhindert werden, weil es Mitbewerber, wie beispielsweise Alcatel und Kapsch gegeben hat, die bereits – oder jederzeit – hätten anbieten können.

Was sagen Sie generell zu diesem Projekt? Welche Aufgaben haben Sie geleistet? Welche Aufgaben hat Walter Meischberger geleistet?

Dr. Peter Hochegger: Das Projektziel war klar, die Ausschreibung nach hinten zu verschieben, weil die Telekom Austria technologisch nicht darauf vorbereitet war, sofern ich mich richtig erinnere. Meine Aufgabe war es, dafür das Finanzministerium zu sensibilisieren und den Boden aufzubereiten, dass die Vorstände oder zuständigen Manager der Telekom auch ihre Gründe darlegen konnten. Meines Wissens hat das funktioniert.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich zitiere aus Ihrer Einvernahme beim Bundesamt für Korruptionsbekämpfung zur Tätigkeit von Meischberger:

„Dieswar deswegen so wichtig, weil es durfte nicht der Eindruck entstehen, dass die TA hier Eigeninteressen vertritt bzw. technologisch für so eine Aufgabenstellung noch nicht gerüstet ist.“

Ist das richtig? (*Dr. Hochegger: Ja!*) – Kann man also damit sagen, dass Sie de facto eine Ausschreibung verhindert oder eine spätere Ausschreibung mehr oder weniger gekauft haben?

Dr. Peter Hochegger: Nein, so kann man das nicht sehen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Halten Sie den Betrag von 120 000 € für Walter Meischberger für gerechtfertigt?

Dr. Peter Hochegger: Es ist bei diesen Dingen immer schwer zu sagen, was gerechtfertigt ist oder nicht. Bei Geschäften dieser Art wird alles in Relation zu den Volumina, um die es für die Kunden geht, gesetzt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Walter Meischberger hat auf mein Befragen eben *nicht* darlegen können, welche Leistungen für 120 000 € erbracht worden sind. Er hat gemeint, er hat Gespräche mit dem Finanzministerium und mit dem BMVIT geführt.

Wissen Sie, wie viele Gespräche Walter Meischberger geführt hat und mit wem er diese Gespräche geführt hat?

Dr. Peter Hochegger: Das weiß ich natürlich heute nicht mehr. Wichtig war ja nur, dass das Projektziel erreicht wurde. Das war für die Telekom Austria wichtig und das war auch die Aufgabenstellung.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Eine letzte Frage, Herr Kollege Maier, weil die 7 Minuten dann zu Ende sind. (*Abg. Mag. Maier: Passt!*)

Wir kommen damit zur nächsten Runde, eine fünf-Minuten-Runde, und die leitet Herr Abgeordneter Pilz ein. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir kommen jetzt wieder zur Abgeordneten **Hakl**.

Herr Dr. Hochegger, wir haben jetzt über die Wahlkampffinanzierung geredet. – Hat es sonst noch irgendwelche Ihnen bekannten Zuwendungen an Frau Abgeordnete Hakl oder ihr Umfeld gegeben?

Dr. Peter Hochegger: Ich will es nicht ausschließen, denn es hat ja zwischen der Abgeordneten Hakl und unserer Agentur, sprich Public Affairs-Abteilung, enge Kontakte gegeben. Zwei ihrer ehemaligen Mitarbeiter, Andreas Schneider oder später Martin Jenewein, haben ja für sie gearbeitet. Also ich will nicht ausschließen, dass es da immer wieder Kontakte gegeben hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber ich habe Sie nach Zahlungen an sie oder in ihr Umfeld gefragt!

Dr. Peter Hochegger: Ich kann mich an nichts erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt kommen wir zur üblichen Frage: Wo war die Leistung? Wo war für das Geld die Leistung der Abgeordneten Hakl?

Dr. Peter Hochegger: Jetzt geht es um die 20 000 €?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Was hat Sie getan?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe eingangs erwähnt, ich habe es für sinnvoll erachtet, sie mit einem **Druckkostenbeitrag** zu unterstützen, nämlich vor dem Hintergrund, dass sie eine Politikerin ist, die zur Thematik IKT ein hohes Wissen hat und das auch immer wieder artikuliert hat. Aus diesem Grund heraus hat diese Unterstützung stattgefunden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was war ihre konkrete Leistung?

Dr. Peter Hohegger: Die konkrete Leistung war, dass sie einfach diese Themen entsprechend aufgegriffen, artikuliert hat. Es ist für ein Unternehmen wie die Telekom Austria – auch aus meiner Sicht – ganz wichtig, politische Funktionäre zu haben, die ein Verständnis für diese Thematik haben. Aus diesem Grund heraus habe ich entschieden, sie zu unterstützen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist Ihnen etwas zu finanziellen Zuwendungen der Telekom für den Nationalratswahlkampf der Abgeordneten Hakl im Jahr 2006 bekannt? Denn das, was vorher erwähnt worden ist, war für 2008.

Dr. Peter Hohegger: Ist mir nicht bekannt. Meines Wissens ist über mich nichts gelaufen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt).

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, davon würde ich auch ausgehen.

Ich habe Ihnen etwas vorgelegt. Da hat es im Jahr 2006 eine Ausgabe der Zeitung „Tiroler Land“ gegeben. Das ist die Zeitung der Tiroler ÖVP. Diese Nummer ist an jeden Haushalt gegangen. Zu diesem Zeitpunkt war bereits durch gezieltes Lobbying durchgesetzt, dass in Tirol die Telekom Austria AG die höchsten Landesmittel zur Förderung des Ausbaus des Breitbandnetzes bekommen hat.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Abgeordneter Pilz, ich unterbreche Sie nur ganz kurz. Nachdem das Dokument, das Sie vorgelegt haben, **nicht** in den Ausschussakten ist, sondern offenbar von einer Homepage heruntergeladen wurde ...*(Abg. Dr. Pilz: Ist schon an die Fraktionen verteilt!)* – Danke.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich zitiere aus dem Mittelteil dieser Mitgliederzeitung, die an jeden Haushalt gegangen ist – das ist Telekom-Inserat-mäßig aufgemacht, und da heißt es:

„Die Nationalräte Hakl und Gahr freuen sich, dass auch Bundesmittel für den Ausbau des Netzes lukriert werden konnten.“

Und in dieser Tonlage geht es weiter.

Das heißt, zu diesem Zeitpunkt haben sich die Abgeordneten Hakl und Gahr von der Österreichischen Volkspartei erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Telekom Austria AG für den Ausbau des Breitbandnetzes insbesondere in Tirol Landes- und Bundesmittel bekommen hat. Und es besteht – das werden wir noch klären müssen – zumindest der dringende Verdacht, dass dafür auch im Jahr 2006 in diese Mitgliederzeitung und in den Nationalratswahlkampf der Tiroler ÖVP Geld geflossen ist, und zwar vonseiten der Telekom.

Ich frage Sie nur noch einmal, ob Sie da irgendwelche Wahrnehmungen haben, weil wir nämlich keine Hinweise aus den Akten haben, dass das über Valora gelaufen ist.

Dr. Peter Hohegger: Mir ist nichts bekannt.

Weil Sie nach der Unterstützung gefragt haben: Es kann ja durchaus sein, dass wir, weil wir für die Telekom ja intensiv gearbeitet haben, vielleicht das eine oder andere Inserat mitgestaltet haben. Aber wenn, dann ist das an mir spurlos vorbeigegangen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber das Interessante ist: Da findet sich kein Inserat! Also sollte es da einen Geldfluss gegeben haben – und das muss man einmal die Leute von der Telekom fragen –, dann kann die Gegenleistung nicht in einem Inserat bestanden haben. Aber die Gegenleistung wird ja eh geschildert: Bundes- und Landesmittel für den Netzaufbau.

Dr. Peter Hochegger: Sie haben eine Postwurfsendung zitiert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es geht auch darum: Was war die Bedeutung der Abgeordneten Hakl für das TKG 09? Sie können sich erinnern an das TKG, also das Telekommunikationsgesetz 2009. Das kommt auch in Ihren Einvernahmen vor.

Haben Sie Wahrnehmungen über die Rolle der Abgeordneten Hakl beim Gesetzwerdungsprozess im Interesse der Telekom? (*Dr. Hochegger: Habe ich nicht!*) – Dann werde ich Ihnen Folgendes dazu sagen: Da gibt es einen Mailverkehr innerhalb des Verkehrsministeriums zwischen Singer Christian, Reichhardt Andreas – die waren beide schon einmal als Auskunftspersonen zur Universaldienstverordnung in diesem Ausschuss – und anderen Personen. Das geht los am 29. April 2009. Singer informiert Reichhardt:

„Hakl hat sich gerade bei mir gemeldet, sie wird der Aufnahme der TKG-Novelle ins Budgetbegleitgesetz nicht zustimmen. Der ÖVP-Klub wird die Sache beraten und dann entscheiden, wie es weiter gehen soll, insbesondere ob sie ein Begutachtungsverfahren verlangen. Hakl kann sich – wenn alles politisch geklärt ist – einen Initiativantrag im Technologieausschuss am 9. Juni vorstellen.“

Jetzt sage ich Ihnen Folgendes dazu: Hätte es eine Regierungsvorlage gegeben – und das war der Plan –, im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes, dann wäre die Abgeordnete Hakl **bedeutungslos** gewesen und in diesem Gesetz für die Telekom Austria von **null** Interesse. Jetzt legt sich plötzlich die Abgeordnete Hakl im ÖVP-Klub quer und sagt: Nein, das machen wir nicht! Wir machen keine Regierungsvorlage!

Dann geht es weiter: Dann schreibt Singer an Schitnig Harald, Weissenburger Eva-Maria und Reichhardt Andreas am 10. Mai 2009:

„Ich vermute aber, die ÖVP – so wie sie sich bisher verhalten hat – will es nicht im Budgetbegleitgesetz, wahrscheinlich braucht Hakl irgendeinen Punkt, wo sie sich durchsetzt, vorher wird sie nicht ja sagen, wir sollten überlegen, was wir für sie im Text machen könnten.“ Das heißt, Hakl bringt sich in der ÖVP in eine Position, dass sie sagt: Nein; nur wenn mich die Telekom überzeugt, dann hat sie die Chance auf ein Gesetz!

Und da gibt es einen einfachen Weg für Abgeordnete, wenn man dieses Haus kennt: keine Regierungsvorlage zulassen, sondern schauen, dass es ein Initiativantrag wird. Der Initiativantrag hat für die Telekom Austria den Vorteil, dass es kein Begutachtungsverfahren gibt, und für die Abgeordneten den Vorteil, dass die Telekom Austria das dann mit Abgeordneten der Koalitionsparteien verhandeln muss. Das ist offensichtlich das Ziel der Abgeordneten Hakl, ganz im Gegensatz zum Plan der Bundesregierung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die Frage, denn wir sind zeitlich am Limit. (*Abg. Dr. Pilz: Ich muss den Vorhalt ...*) – Ich verstehe das, nur muss ich auch darauf hinweisen, dass die Frage gestellt werden soll.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt in der Verfahrensordnung keine zeitmäßige Beschränkung eines Vorhaltes. Aber ich bin gleich fertig.

Dann wieder ein internes Mail von Singer Christian am 26. Mai an Weissenburger: Beurteilung TKG-Novelle, Text Hakl. Es heißt:

An sich ein sinnvoller Vorschlag, aber wir können beide Varianten akzeptieren. Das muss sich die Telekom Austria mit der Frau Abgeordneten ausmachen. – Da ist sie dann plötzlich im Verhandlungsprozess.

Und dann, am Ende, 28. Mai 2009, Schitnig an eine ganze Reihe von Personen, auch Reschreiter, Kabinettschef, Singer Christian und so weiter:

„Liebe Kollegen!

Anbei die endgültige Endfassung der jetzigen TKG-Novelle für den morgigen Initiativantrag der AbgNR Hakl und Gartlehner.“

So funktioniert das: Die Abgeordneten, die sich selbst in eine Verhandlungsposition mit der Telekom bringen wollen, verhindern eine Regierungsvorlage und schauen, dass es zu einem Initiativantrag kommt, und werden dadurch zum Verhandlungspartner mit der Telekom Austria AG.

Und vor diesem Hintergrund möchte ich Sie fragen, nachdem sich die Abgeordnete Hakl da selbst in Position gebracht hat, gegen ihre eigene Regierungsfraktion: Was wissen Sie über die Rolle der Abgeordneten Hakl im Zusammenhang mit der TKG-Novelle 2009?

Zweitens – und da geht einiges aus Ihrer Beschuldigteneinvernahme hervor –: Was war Ihre Rolle beim Lobbying in Bezug auf die TKG-Novelle 2009?

Dr. Peter Hochegger: Es hat im Jahr 2008 bei der Telekom Austria im Vorstand einen Regimewechsel gegeben. Das heißt, der Herr Rudolf Fischer ist ausgeschieden, und dann kam Herr Ametsreiter. Das heißt, meine Zusammenarbeit mit der Telekom Austria im Bereich des Lobbyings hat sich gravierend geändert, weil ich einfach zum Herrn Ametsreiter nicht diese Zugänge hatte und er ja auch seine eigenen Strukturen.

Im Jahr 2009 ist es mir wieder gelungen, bei Herrn Ametsreiter „anzudocken“, das war das heute schon zitierte Projekt Mietleitungen, wo ich ihm sozusagen das Mail über das Powerplay geschickt habe.

Im TKG war ich 2009 nicht eingebunden. Ich habe im Jahr 2008 ein Konzept entwickelt, wie man die Investitionen in das Breitbandnetz mit einer Regulierungsänderung verknüpfen kann und soll. Im Jahr 2009 war ich dann in die Details von der Telekom Austria nicht mehr involviert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, so viel zu der Sache.

Für mich ist das im Großen und Ganzen klar genug, denn die restlichen Fragen zu diesem Komplex Hakl sind ja wirklich an den Herrn Malaun, an die zuständigen Herren der Telekom Austria AG und vor allem auch an Ihren Mitarbeiter Andreas Schneider, den Sie genannt haben, und vor allem an die Abgeordnete Hakl selbst zu stellen. Nur sie kann uns erklären, warum sie sich in diese Position gebracht und was ihr das genützt hat, in welcher Hinsicht auch immer.

Zuerst eine bange Frage an die Vorsitzende: Wie viel Zeit habe ich noch?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Zeit ist schon überschritten. Ich kann jetzt einmal eine Art Zwischeneinschätzung der Zeit vornehmen. Wenn diese 5-Minuten-Runde zu Ende ist, ist es 14.10 Uhr. Eine 5-Minuten-Runde dauert normalerweise 50 Minuten, also Fragen und Antworten, und das würde sich bis 15 Uhr ausgehen. Ich muss allerdings die Auskunftsperson einmal fragen, ob sie nicht eine Pause braucht. (*Dr. Hochegger: Na ja, ein bisschen halte ich es schon noch aus!*) – Ja, gut, dann ist das auch einkalkuliert. Dann besteht die Möglichkeit einer zweiten 5-Minuten-Runde, und dann wäre wieder die Möglichkeit, zu fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich komme jetzt zum ganzen Bereich Bauernbund, „Forum Land“. Das sind völlig andere Zusammenhänge, dann würde ich das in der nächsten Runde machen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich möchte einmal grundsätzlich festhalten: Es ist von den Grünen hier eine Unterlage ausgeteilt worden in Bezug auf einen flächendeckenden Breitbandanschluss. Das ist – wie so oft – eine absolute Fehlinterpretation des Herrn Kollegen Pilz.

Es hat im Jahr 2003 ein Konjunkturpaket gegeben und daraus resultierend einen flächendeckenden Ausbau der Breitbandtechnologie in Tirol 2004/2005, das ich sehr, sehr lobe. Daran können manch andere Bundesländer Maß nehmen.

Ich halte ausdrücklich fest, dass nach meinem Wissensstand kein Geld geflossen ist. Und ich frage Sie, Herr Hochegger: Haben Sie Wissensstand, dass in diesem Zusammenhang in Bezug auf dieses Inserat, das Ihnen seitens der Grünen vorliegt, Geld geflossen sei?

Dr. Peter Hochegger: Also mir ist nichts bekannt.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Danke. – Ich habe in den Unterlagen eine Aussage von Ihnen gelesen, Herr Hochegger, die ich durchaus verstehen kann. Sie sagen am 28.10. in Ihrer Aussage bei der StA:

Mir war wichtig, in schwierigen Zeiten einen Vertrauten an meiner Seite zu haben. Ich nehme an, einen langjährigen Vertrauten. Eine Vertrauensperson de facto. – Zitatende.

War diese Vertrauensperson, die Sie hier angesprochen haben, auch für Sie tätig in Bezug auf gegen Sie laufende Strafverfahren?

Dr. Peter Hochegger: Wen sprechen Sie an?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): In dieser Niederschrift wird von einem Herrn Lansky gesprochen.

Dr. Peter Hochegger: Der Herr Lansky oder seine Kanzlei war bis voriges Jahr die Kanzlei, die mich vertreten hat.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Habe ich richtig gehört: „war“, oder „ist“? (*Dr. Hochegger: War!*) – Ist es nicht eher unüblich, dass man in einer kritischen Situation eine Vertrauensperson, seinen Vertrauensanwalt auswechselt? Was gibt es für Beweggründe? Hat das mit den Themenfeldern Telekom, ÖBB, Flughafen zu tun, oder sind es private Gründe?

Dr. Peter Hochegger: Nein, nein, das habe ich ja auch in meiner Aussage angeführt. Da ging es um die Zahlung der Pörr von Herrn Pöchlhammer. Und die ÖBB ist der größte Kunde der Kanzlei Lansky, und der Herr Pöchlhammer ist Aufsichtsratsvorsitzender. Und an dem Tag, nachdem ich das ausgesagt habe, oder zwei Tage später hat mir die Kanzlei Lansky erklärt, dass es da eine Unvereinbarkeit gibt, weil die ÖBB der größte Kunde der Kanzlei ist. Mir war dieser Konflikt natürlich im Jahr 2009 bewusst, und daher habe ich das auch so nicht gesagt. Im vergangenen Jahr war mir das egal, und ich habe die Dinge beim Namen genannt. Ja, so war das.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, Sie haben Ihre Aussage korrigiert (*Dr. Hochegger: Richtig!*) und auf korrekte Beine gestellt.

Gibt es ähnliche Fälle, wo es klug wäre, dies zu tun? – Ich habe Sie bei anderen Themenfeldern gefragt, ob es auch dort Konfliktfelder gegeben hat. Gestern wurde in diesem Ausschuss mit dem Flughafen ein derartiges Themenfeld angesprochen beziehungsweise ähnliche Themen. Hat es dort Harmonie gegeben oder hat es auch

dort Konfliktpotenziale gegeben, denn so einfach entscheidet man ja nicht: Wechseln wir den Anwalt aus!?

Dr. Peter Hochegger: Na ja, das ist ja nicht von mir gekommen, sondern von ihm. Aber wenn Sie den Wiener Flughafen ansprechen, also das war sicher eine der Dirty-Campaigning-Kampagnen, die mir zutiefst leidtun, aber es war halt damals so.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich nehme zur Kenntnis, Sie haben das Protokoll sehr genau gelesen, denn dieses Wort habe ich letztens in der Frage an Sie verwendet, ob es einen Bereich gibt, der Ihnen im Nachhinein im Zuge Ihrer Konzept-Erstellungen quasi leidtut, wo Sie sagen, meine Vorgangsweise war keine optimale, keine – lassen wir den Begriff „korrekt“ weg –, war moralisch nicht in Ordnung. Genau das habe ich gemeint, weil es ja meines Erachtens nicht sauber ist, wenn man eine negative Darstellung in Bezug auf Personen oder Einrichtungen macht, wenn es nicht stimmt. Und genau in diese Richtung war letztens meine Frage gerichtet.

Nachdem Sie sie ja kennen, nachdem ich das gemerkt habe: Haben Sie zwischenzeitig nachgedacht und haben Sie dazu Anmerkungen?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe damals den schweren Fehler gemacht, dass ich den Ausführungen des Flughafenvorstandes gefolgt bin, nämlich dass ein Geschäftspartner imageschädigend ist, ein Pleitier ist und viele Attribute mehr und auch Politiker besticht. Und aus dem heraus ist ein Konzept entwickelt worden: erstens, ihn observieren zu lassen, um herauszufinden, ob das stimmt oder nicht, und zweitens sind Daten aufbereitet worden, die gezeigt haben, dass sein ganzes Firmenimperium kurz vor der Pleite steht.

Diese Informationen sind dann über Kanäle ohne Absender an die Medien gespielt worden und haben natürlich diesem Herren arg zugesetzt und seinen Ruf schwerstens geschädigt.

Gott sei Dank hatte ich die Möglichkeit, ihn kennenzulernen. Es hat mich jemand darauf angesprochen. Ich habe mir dann seine Sicht der Dinge angehört, und wie es halt so ist im Leben: Die Wahrheit liegt oft in der Mitte.

Da die ganze Sache auch mit einer Vorstandsbestellung oder -weiterbestellung verknüpft war, habe ich dann die Situation genutzt und habe dem Flughafenvorstand nahegelegt, eine Generalbefriedung zu machen, also alle Verfahren zu **vergleichen**, andernfalls es mit einer Weiterbestellung schwierig wird. Und es ist dann auch dazu gekommen.

Ich habe mich aber bei dem Herrn entschuldigt. Er hat meine Entschuldigung angenommen, und wir sind uns wieder Freund.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, es gibt eine Befriedung sowohl im Unternehmensbereich als auch in Bezug auf die Personen, die da betroffen waren.

Meine Frage an Sie lautet – ich habe Sie letztens schon gefragt und ich bin sehr dankbar dafür, dass Sie sich mit meinen Fragen auseinandersetzen und diese auf korrekte Beine stellen –, ich habe Sie in Bezug auf Detekteien gefragt, und Sie haben gesagt, Sie hatten mit niemandem zu tun, jetzt haben Sie gesagt, es hätte diese Kontrolle durch Detekteien gegeben: Wer hat diese Detekteien beauftragt? Sie, ein Subunternehmer Ihrerseits – oder wer war das?

Dr. Peter Hochegger: Beauftragt wurde sie von der Kanzlei Lansky, bezahlt wurde es letztendlich von meiner Firma.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Gehe ich davon aus, dass das derselbe Name ist wie – mir sagt der Herr Lansky nichts –, ist das jener Anwalt, der auch im „profil“

genannt ist und das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung und das Bundeskriminalamt durch deutsche Beamte überwachen ließ? Ist das dieselbe Person?

Dr. Peter Hochegger: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe diese Diskussion nicht mitverfolgt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, ich möchte jetzt noch einmal darauf hinweisen: Ich habe jetzt die Frage zum Beweisthema sehr tolerant gehandhabt. Sie haben das Beweisthema nicht einmal nur am Rande geschrammt, sondern Sie haben eigentlich ein völlig neues Feld, sprich **Flughafen Wien**, eröffnet.

Im Hinblick darauf – das nehme ich in meine persönliche Verantwortung –, dass die Auskunftsperson, Herr Dr. Hochegger, jetzt öffentlich einbekannt hat, dass er damals eine Person massiv schädigte und ich selbst auch in die Richtung Recherchen betrieb, habe ich das jetzt zugelassen. Ich trage dafür die Verantwortung, aber es war an sich **nicht** korrekt.

Wir müssen wieder zurück zum Beweisthema!

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Frau Vorsitzende, ich wende mich wieder konkret der Thematik Telekom zu – das ist für mich abgearbeitet –, nämlich in Bezug auf die Stadt Wien.

Herr Hochegger sagt in seiner Einvernahme:

Im Jahre 2006 gab es dann eine Unterstützung der Stadt Wien in der Höhe von 40 000.

Diese Einvernahme ist vom 6.6.2011.

Wie ist man auf die Idee gekommen? Ich als ehemaliger Bürgermeister frage mich, wie man so einfach 40 000 € kriegt, wo ich nicht genau weiß, warum. Was war die Gegenleistung? Was ist da in diesem Zusammenhang passiert?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Könnten Sie noch einmal den Zusammenhang mit dem Beweisthema herstellen?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): In der Einvernahme vom 6.6., die Telekom betreffend (*Obfrau Dr. Moser: Gut, danke, das reicht!*), gab es eine Aussage, dass es im Jahr 2006 eine Unterstützung von 40 000 € gegeben hätte.

Wie ist man auf die Idee gekommen, eine finanzielle Unterstützung der Telekom Richtung der Stadt Wien zu transferieren? Was war die Gegenleistung? Was hat man dafür angeboten: Breitbandausbau oder ähnliche Dinge?

Dr. Peter Hochegger: Ob die 40 000 € jetzt so stimmen, weiß ich nicht. Das war, ich gehe davon aus, der Weinmarketing-Preis, einmal waren es 20 000 €, beim zweiten Mal war die Summe niedriger, was mir aber nicht in Erinnerung war.

Es ist richtig, Herr Ali Rahimi hat mich auch angesprochen, ob die Telekom Austria nicht den Weinmarketing-Preis unterstützen könnte. Ich habe mir das angeschaut, habe das auch mit der Telekom besprochen und bin dann zur Überzeugung gekommen, dass es ganz wichtig ist, ein Signal zu setzen, nämlich auch an die Stadt Wien, dass man Projekte der Stadt und Aktivitäten auch finanziell unterstützt.

Und da hat es ja auch wieder eine Art **Grundnutzen** gegeben, nämlich dass man dort Tische mit einer Telekom-Fahne bekommen hat, dass man Leute einladen konnte. Der für mich wesentlichere Zusatznutzen oder Mehrwert war, das Signal zu setzen, dass man Aktivitäten der **Stadt Wien** unterstützt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ganz kurz. Weil Kollege Pilz im Zusammenhang mit der Frau Abgeordneten Hakl ein wenig so getan, es so dargestellt hat, als hätte sich Frau Hakl in irgendeiner Art und Weise im Zusammenhang mit der TKG-Novelle 2009 kaufen lassen, würde ich Ihnen gerne eine E-Mail von Herrn Harald Schitnig, Kabinett von Bundesministerin Bures, vom 20. Mai 2009 vorhalten, der hier nach einer Gesprächsrunde zum Thema TKG-Novelle, an der unter anderem Frau Abgeordnete Hakl teilgenommen hat, eben an die Kollegen Kurt Schober, Kurt Gartlehner, möglicherweise auch andere, sinngemäß mitteilt:

Liebe Kollegen, man müsse etwas tun, weil die Frau Abgeordnete Hakl derart massiv gegen den Regierungsentwurf auftritt, und man habe nach vierstündiger Diskussion die Gespräche sogar, weil sie so emotional waren – Hakl gegen Gregory; Gregory war ja bekanntlich oder ist die Leiterin der Rechtsabteilung in der Telekom Austria –, abrechnen müssen, weil sie sich so massiv gegen diesen Entwurf auf die Schienen geworfen hat.

Schitnig bittet dann, mit der Frau Abgeordneten Hakl doch zu sprechen, weil Hakl, obwohl man da eine Reihe von Dingen herausgenommen hat, noch immer gegen diesen Entwurf aufgetreten ist.

Also der Eindruck, den man hier zu erwecken versucht, nämlich als wäre Frau Abgeordnete Hakl von der Telekom gekauft worden, wird durch dieses E-Mail, denke ich, mehr als entkräftet.

Ich möchte Sie dazu fragen, ob Sie Wahrnehmungen zu diesen Vorgängen haben.

Dr. Peter Hochegger: Ich kann nur das wiederholen, was ich vorher beim Herrn Abgeordneten Pilz gesagt habe: Ich war im Jahr 2009 in diese Thematik nicht eingebunden und habe auch diesbezüglich mit Frau Hakl keinen Kontakt gehabt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich habe zuvor noch etwas vergessen, es geht da um dieses schöne Bild, das ersteigert wurde, über Rahimi zu Ihnen gekommen ist. Wem gehört denn das Bild?

Dr. Peter Hochegger: Vom Eigentumsrecht her gehört es der Firma Valora. Ich habe es der Telekom natürlich auch angeboten, und es hat sich niemand dafür interessiert. Es liegt bei uns nach wie vor im Lager.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich möchte jetzt nicht Ihren Kunstverstand oder sonst in irgendeiner Form bezweifeln. Sie haben ein Bild von Christian Ludwig Attersee gekauft. In der Einvernahme haben Sie ja gesagt, Sie haben es im Auftrag der Telekom gekauft, haben nachgefragt, ob sie das unterstützen.

Ist das dann dem Bereich des Telekom-Geldes zugeordnet gewesen, oder war das Ihr Privatgeld?

Dr. Peter Hochegger: Nein, ich habe natürlich über alle Ausgaben, die ich getätigt habe, auch meinen Kunden Telekom Austria informiert. Mir lag immer viel daran, sozusagen den Konsens über diese Ausgaben zu haben, und auch daran, dass mein Kunde in mein Denken eingebunden ist, wie ich die Netzwerke aufbaue und pflege.

Da mir aber die Telekom Austria Aufträge mit Leistungszielen gegeben hat, lag es dann am Ende des Tages in meinem Ermessen, das Geld auszugeben oder nicht, wiewohl ich mir immer die Zustimmung von der Telekom Austria geholt habe.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie die Zustimmung gehabt, mit dieser Maßnahme ein Bild zu kaufen?

Dr. Peter Hochegger: Ich kann mich heute nicht mehr erinnern, ob das von Anfang an schon festgestanden ist oder nicht, aber der Betrag mit den 7 000 €, der ist sicher

akkordiert gewesen. **Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Sie reden mit Rudi Fischer über diese Veranstaltung, sagen, Frau Lichter ist da, sie wollen für diesen guten Verein, SPÖ-Nähe und so weiter, eine Unterstützung haben. Fischer sagt, wunderbar. Es geht dabei um 7 000 € – auch wunderbar. Sie kaufen damit ein Bild und denken sich – wie gesagt, das ist Lobbying-Geld der Telekom –, das interessiert sonst niemanden, Sie behalten es. Sie hängen es aber nicht auf, sondern legen es auf Lager.

Gefällt Ihnen das Bild nicht?

Dr. Peter Hohegger: Das Bild trifft nicht meinen Geschmack. Ich glaube, das war sozusagen als Spende an den Verein gedacht. Der Weg des Bildes zu mir ins Büro hat ja etwas gedauert. Es ist eine Zeit lang bei Herrn Ali Rahimi gelegen – er hat es auch ersteigert –, und irgendwann nach einigen Monaten hat er es mir dann übergeben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es dürfte vielleicht auch eine kürzere Zeit gewesen sein, aber wie auch immer.

Sie meinen, das Bild ist Ihr Eigentum?

Dr. Peter Hohegger: Ich will es nicht als mein Eigentum betrachten, weil ich von dem Bild nichts habe, aber de facto ist es so.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt eine andere Schiene. Sie haben erwähnt, dass Ihnen der Kontakt zu Medien, zu Journalisten auch wichtig ist. – In welcher Form haben Sie dort Lobbying betrieben und bei welchen Journalisten oder Redaktionen?

Dr. Peter Hohegger: Die Kontakte zu Medien und zu Journalisten sind für eine Agentur natürlich ganz wichtig, weil ja Inhalte und Themen in Richtung Medien von Kunden transportiert werden. Das war auch ein Kriterium, wonach wir unsere Mitarbeiter ausgesucht haben, dass sie erstens einmal das Verständnis dafür haben, wie Redaktionen funktionieren, wie Themen ausgewählt werden, wie man vorgehen muss, um den Leuten dort sozusagen nicht auf die Nerven zu gehen, und ob und mit welchen Journalisten sie schon zusammengearbeitet haben. Das war das Kriterium.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt speziell – damit wir beim Untersuchungsgegenstand bleiben –: Was war für die Telekom interessant, welche Medien?

Dr. Peter Hohegger: Für die Telekom waren mehr oder weniger alle Medien des Landes von Relevanz, die sich mit der Thematik Telefonie, IT und dem Unternehmen selbst, wenn ich jetzt Wirtschaftsredaktionen anspreche, befasst haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie da Inseratenschaltungen in irgendeiner Form durchgeführt? Haben Sie redigierte Artikel geliefert, Journalistengespräche? Haben Sie Veranstaltungen der Telekom speziell für Journalisten ausgerichtet? Es gibt ja dieses Frühstück, bei dem zum Beispiel auch die Vorsitzende dabei ist, wozu Politiker und andere Meinungsträger eingeladen werden. Wie muss man sich das konkret vorstellen? Wir wissen jetzt, dass Ihre Mitarbeiter guten Kontakt zu Medien haben mussten. Haben Sie die dann eingesperrt oder wie haben Sie das ausgelebt?

Dr. Peter Hohegger: Es gibt ja für ein Unternehmen wesentliche Zielgruppen. Eine wesentliche Zielgruppe sind die Medien, eine andere wesentliche Zielgruppe sind politische Entscheidungsträger, die sich mit der Thematik Telekomfragen beschäftigen haben. Eine andere wichtige Zielgruppe sind Großkunden, eine weitere wichtige Zielgruppe sind Wissenschaftler. Das ist für die Telekom Austria im Rahmen der Konzepterstellung immer klar definiert worden. Eine wichtige Zielgruppe waren

Menschen mit Migrationshintergrund, denn auch diese sind wichtige Telekom-Kunden, die muss man auch entsprechend ansprechen.

Aufgrund der Zielgruppe sind dann auch die Instrumente und die Formate entwickelt worden. Es hat – Sie haben das jetzt angesprochen – ein Frühstück in bestimmten Abständen gegeben, bei dem einfach Regulierungsfragen artikuliert wurden, und man hat natürlich zu diesen Veranstaltungen nicht nur Journalisten, sondern auch Politiker eingeladen. Es war sicher auch durchaus üblich, nur für Journalisten eigene Briefings zu machen, Hintergrundgespräche, Pressekonferenzen, wie auch immer.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da wir das von den Parteizeitungen wissen: Hat es zu irgendwelchen Medien Druckkostenbeiträge gegeben?

Dr. Peter Hochegger: Ich bin bei einer Einvernahme konfrontiert worden mit einer finanziellen Zuwendung über Walter Meischberger an die „Neue Freie Zeitung“ im Jahr 2004. Mir war das vollkommen neu, ich konnte mich an so etwas auch nicht erinnern. Es hat dann in einer weiteren Einvernahme über Aufträge an die Firma Hochegger die Information an mich gegeben, dass Herr Schieszler ausgesagt hätte, wir haben einen Auftrag für die Telekom Austria abgewickelt, im Sinne eines Dirty-Campaignings, wo die Nachteile des Mobilfunks artikuliert wurden.

Dann hat es bei mir ein bisschen gedämmert. Es könnte sein, dass Herr Walter Meischberger den Auftrag bekam, diese Thematik sozusagen über die FPÖ oder über die „Neue Freie Zeitung“ an die Öffentlichkeit zu bringen. Ich selbst wollte mich in der Agentur in diesen Auftrag überhaupt nicht involvieren, weil das für mich eine Konfliktsituation gewesen wäre, weil ich ja für beide Unternehmen gearbeitet habe.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist jetzt interessant. Sie haben meine Frage nicht unmittelbar beantwortet, ob es so etwas gegeben hat an allgemeine Medien; von Parteizeitungen wissen wir es, auch eben von der „NFZ“, wie wir erst gestern gehört haben. Da stehen zwei Aussagen gegenüber. Herr Arno Eccher, der damals kaufmännisch für die „NFZ“ zuständig war, hat gesagt, es gab die Vereinbarung mit Walter Meischberger, wie das zu machen ist, und dass es um Telekom im weitesten Sinne in irgendeiner Form geht. Walter Meischberger hat gesagt, er habe eigentlich mit dieser Vereinbarung überhaupt nichts zu tun, sondern das war ein Auftrag von Hochegger Valora, dass er die „NFZ“ ..., dass er da Zahlungen leisten würde.

Sie stellen das eher auch so dar, dass man Herrn Eccher folgen müsste. Sie sagen, Sie haben mit dieser ganzen Abwicklung mit Meischbergers „ZehnVierzig“ überhaupt nichts zu tun, wollten sogar nichts zu tun haben.

Herr Meischberger hat nämlich gesagt, dieser Auftrag, etwas an die „NFZ“ zu zahlen, sei von Hochegger gekommen.

Also, was stimmt?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe mit Herrn Eccher nichts zu tun gehabt, ich kannte ihn damals auch nicht. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Das sagt der Herr Eccher auch!*)

Die Frage ist: Wieso hätte ich bestimmen sollen, dass die „Neue Freie Zeitung“ etwas bekommt? Bei der ersten Einvernahme hat es bei mir auch überhaupt nicht geklingelt. Ich kann mir nur vorstellen, dass das im Rahmen dieses Projektes gewesen ist, nämlich die gesundheitlichen Schäden des Mobilfunks zu thematisieren.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber das wollten Sie ja gar nicht. Also wenn ich jetzt die beiden Aussagen Meischberger und Arno Eccher zum Themenkomplex „NFZ“ betrachte und Ihre Aussage dazufüge, dann ergänzt sie sich

besser mit dem, was Herr Eccher ausgesagt hat, als mit dem, was Herr Meischberger ausgesagt hat.

Dr. Peter Hohegger: Ich habe ja auch keine Rechnung, die ich hier zuordnen kann, aus der sich das ableiten lässt. Wenn es sozusagen um diese Gesundheitsgeschichte gegangen ist, dann wollte man das natürlich möglichst verschleiern.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Zur Frage, ob es zu allgemeinen Printmedien Druckkostenbeiträge gegeben hat, haben Sie mir noch nichts gesagt.

Dr. Peter Hohegger: Es ist durchaus üblich, dass man mit Medien Druckkostenbeiträge für PR-Inserate ausmacht. Also das war nichts Unübliches.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 13.59 Uhr **unterbrochen** und um 14.01 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt Abg. Petzner als erstem Fragesteller in der letzten Runde das Wort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Hohegger, wir kommen zurück zur Frage Nutzen/Gegenleistungen Telekom.

Wir haben schon die Firma **White House** thematisiert, wo der JVP-Wahlkampf finanziert wurde. Wir haben den Echo-Verlag thematisiert, wo es eine Studie gibt, die Sie gar nicht kennen, und wo in Wahrheit das **Wohlwollen der SPÖ** das Ziel war.

Ich frage in diesem Zusammenhang kurz weiter: Was ist denn der Hintergrund dafür, dass man den Weinmarketing-Preis der Stadt Wien mit 40 000 € gesponsert hat?

Wir wissen alle, Herr Häupl ist Weinliebhaber, aber wenn man ohnehin weiß, dass Herr Häupl so gerne Wein trinkt, warum muss man dann noch den Weinmarketing-Preis sponsern? Können Sie uns da den Nutzen und die Gegenleistung für die Telekom erklären?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe das vorhin schon ausführlich dargelegt, ich wiederhole es gerne noch einmal. Die Telekom Austria hatte die Möglichkeit, im Rahmen des Weinmarketing-Preises Kontakte zu pflegen, anwesend zu sein. Das war der sogenannte Grundnutzen, den ich erwähnt habe. Für mich war der Mehrwert, einfach ein Projekt der Stadt Wien zu unterstützen und damit zu zeigen, dass die Telekom Austria so etwas macht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was ist denn der Nutzen für die Telekom Austria – nächster Fall – und die Leistung für die Telekom Austria, dass über die Valora Wahlkampfzugelschreiber des FCG-Gewerkschafters Franz Kusin in einer Größenordnung von 3 000 € finanziert werden, zumal doch Herr Kusin als Gewerkschafter eigentlich die Interessen der **Arbeitnehmer** vertreten sollte – und nicht die Interessen des Konzerns Telekom?

Warum finanziert die Telekom über die Valora den Werbemittelsinsatz eines Gewerkschafters? Was ist denn da der Nutzen für die Telekom und die Gegenleistung? Warum zahlen Sie einem Gewerkschafter seine Wahlkampfzugelschreiber?

Dr. Peter Hochegger: Die Frage ist natürlich berechtigt, aber auf der anderen Seite waren die Betriebsräte der Telekom Austria immer wieder wichtige Ansprechpartner und Mithelfer, um die Anliegen des Konzerns zu artikulieren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber es war eine politische Finanzierung, darin sind wir uns, glaube ich, einig, wenn Sie Kugelschreiber für einen Gewerkschafter finanzieren, Werbemittel, Wahlkampfmittel.

Dr. Peter Hochegger: Ich habe immer danach entschieden, was am Ende des Tages für ein Nutzen für das Unternehmen herauskommt, und für mich war das nachvollziehbar.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das wissen wir schon, dass Sie ein eigenartiges Verständnis von Nutzen haben.

Kommen wir gleich noch einmal zum nächsten Fall! – Was ist denn der Nutzen für die Telekom, wenn sie über die Valora in einem Ausmaß von 40 000 € Meinungsumfragen über das Meinungsforschungsinstitut **market** finanziert, bei denen zum Beispiel die Imagewerte des damaligen Finanzministers Grasser abgefragt werden, ob die Leute ihn sympathisch und fesch und nett finden, ob er der „Schwiegersohn der Nation“ ist oder nicht? Was hat denn die Telekom Austria für einen Nutzen davon, wie sieht die Gegenleistung für die Telekom Austria konkret aus, die das ja gezahlt hat, die die Umfragen für den Politiker Grasser finanziert hat? Von 40 000 € reden wir hier!

Dr. Peter Hochegger: Nur um das zu präzisieren: Die Telekom Austria hat die Studien nicht in Auftrag gegeben, sie hat sie auch nicht bezahlt! Bezahlt habe ich aus den Projekt-Budgets. Für mich waren diese Informationen wichtig in mehrere Richtungen, daher habe ich auch entschieden, diese Umfragen zu machen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Sie sagen in Ihrer Einvernahme vom 3. November 2011, Sie haben diese Kosten Telekom-Projekten zugeordnet. – Also waren es zwar Valora-Gelder, aber doch irgendwie von Telekom über die Valora zu market.

Dr. Peter Hochegger: Das liegt in der Gestaltungsfreiheit eines Unternehmers, wo er seine Kosten zuordnet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, das ist nicht Gestaltungsfreiheit, das ist ein **Sittenbild!** Gestaltungsfreiheit nennen Sie es – ich nenne es ein Sittenbild, dass Sie auf eigene Faust mit Telekom-Geldern, die Sie in die Valora hineinbekommen, Umfragen finanzieren für einen Karl-Heinz Grasser, welche Imagewerte er hat und wie er von der Öffentlichkeit gesehen wird. Daran kann ich den Nutzen für die Telekom Austria überhaupt nicht erkennen! – Aber das ist nur ein weiterer Fall.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Kommen wir zur „NFZ“. Da kommen wir wieder zu der Frage, die wir schon bei Frau Ullmann gestellt haben. Herr Meischberger sagt in seiner Beschuldigten-Vernehmung betreffend diese zwei „NFZ“-Rechnungen – wir legen sie Ihnen vor, eine davon wurde bezahlt, 89 400 €. –:

Ich beziehungsweise die ZehnVierzig haben im Auftrag von Hochegger gehandelt. Hochegger hatte einen Gesamt-PR-Jahresauftrag von der Telekom. Ich glaube nicht, dass es einen schriftlichen Auftrag von Hochegger gibt, die ZehnVierzig hat diese Beträge in irgendeiner Form von Hochegger wieder kassiert. – Zitatende.

Jetzt frage ich Sie dazu – schauen Sie sich die Rechnungen einmal an –: Haben Sie diesbezüglich einen Auftrag an Meischberger erteilt? In welcher Form hat Herr Meischberger über seine „ZehnVierzig“ diese 89 000 € von Ihnen wieder zurückbekommen? Oder sind diese Angaben des Herrn Meischberger nicht korrekt? Wenn sie nicht korrekt sind, dann stellen Sie uns Ihre Sicht der Dinge dar.

Dr. Peter Hochegger: Ich kann nur die vorhin gemachten Angaben wiederholen: Ich kenne diese Rechnung nicht; Herr Meischberger hat sie mir auch nicht gezeigt. Ich konnte auch seine Aussage, dass die „NFZ“ über meinen Umweg Geld von der Telekom erhalten hat, am Anfang nicht zuordnen und hatte auch keine Erinnerung dazu. Die Angaben, die ich vorhin gemacht habe, dass es dem Projekt „Gesundheitsgefährdung Mobilfunk“ zuzurechnen ist, scheint für mich ein möglicher Ansatz zu sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie diese Rechnungen jemals gesehen? Kennen Sie diese Rechnungen? Sehen Sie sie heute zum ersten Mal?

Dr. Peter Hochegger: Ich kenne die Rechnungen der „Neuen Freien Zeitung“ nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie jemals mit Herrn Meischberger bezüglich dieser Gelder für die „NFZ“ Gespräche geführt oder einen Auftrag von Meischberger dazu erteilt oder erhalten?

Dr. Peter Hochegger: Wie ich eingangs erwähnt habe: Ich kann mich aktiv daran nicht erinnern. Die einzige logische Erklärung für mich ist, dass es sich um dieses Projekt gehandelt hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Schwierigkeit ist: Wir haben alle „NFZ“-Ausgaben des Jahres 2004 – das war auch der Leistungszeitraum; schauen Sie sich den Leistungszeitraum an auf den zwei Rechnungen –, es gibt im ganzen Jahr 2004 keinen einzigen Artikel mit dem Profil, das Sie hier ansprechen, auch kein Inserat, gar nichts.

Ich komme wieder zurück auf die Wahrheitspflicht im Ausschuss. Sie sagen in Bezug auf Meischberger, Sie wissen überhaupt nicht, was Sie damit zu tun haben sollen. Ich halte Ihnen die Aussage von Herrn Meischberger hier im Untersuchungsausschuss vor, der unter Wahrheitspflicht auf Befragen des Herrn Pilz in Bezug auf die „NFZ“ Folgendes gesagt hat:

„Wer hat Ihnen dann gesagt, Sie sollen das überweisen? Wer war damit befasst? (Ing. **Meischberger: Dr. Hochegger!**)“ Dann sagt Meischberger, dass er das mit Ihnen persönlich besprochen hat – Zitat –:

Er wird gesagt haben –

also Sie –,

es gibt eine Vereinbarung zwischen der „Neuen Freien Zeitung“ und der Valora AG und dass er die Abrechnung gerne über mich –

also Meischberger, ZehnVierzig –

machen möchte. Wahrscheinlich wollte er diese Abrechnung nicht in der Valora AG haben.

Dann sagt Meischberger weiter, dass daher die Verrechnung zuerst von der „NFZ“ an die ZehnVierzig erfolgt sei, und dann hat er die Kohle von Ihnen über irgendeine Firma zurückbekommen. – Das sagt der Meischberger hier unter Wahrheitspflicht.

Sie sagen jetzt das genaue Gegenteil. – Wer sagt jetzt die Unwahrheit?

Dr. Peter Hohegger: Man wird es herausfinden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie bleiben bei Ihren Angaben, auch wenn ich Sie an Ihre Wahrheitspflicht erinnere?

Dr. Peter Hohegger: Was hätte ich für eine Veranlassung gehabt, der „NFZ“ Gelder zukommen zu lassen? (*Abg. Petzner: Das weiß ich nicht! Das frage ich ja Sie!*)

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Kollege Petzner, die 5 Minuten sind zu Ende. Wir haben noch eine Runde nachher.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Na gut. Dann halte ich zum Schluss nur fest: Wir werden es der Staatsanwaltschaft zuleiten, den einen Fall und den anderen. Dann wird die StA klären, ob Sie eine Falschaussage getätigt haben oder der Herr Meischberger oder die Frau Stimpfl-Abele – zweiter Fall heute.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl (ÖVP): Der Letzte in dieser Runde ist Kollege Jarolim.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es wird sicher nicht das letzte Mal gewesen sein.

Ganz kurz: Herr Hohegger, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann haben Sie in den Raum gestellt, dass die „NFZ“ möglicherweise deshalb ein Geld bekommen hat, damit etwas **nicht** veröffentlicht wird, nämlich eine Studie über die schädlichen Auswirkungen von Strahlungen bei Handymasten. – Habe ich Sie da richtig verstanden? (*Dr. Hohegger: Ähm...!*)

Sie sagen, es gibt Studien über schädliche Auswirkungen. Wir haben ein Telekom-Unternehmen, und dieses Telekom-Unternehmen zahlt an die „NFZ“, und es erscheint nichts. Also ist der logische Schluss ...

Dr. Peter Hohegger: Es war andersherum. Das Anliegen der Telekom Austria war es, die schädlichen Auswirkungen des Mobilfunks zu diskutieren, weil das dem **Festnetz** genutzt hätte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das ist ja ein Konzern, entschuldigen Sie, das ist ja eine Geschäftsgruppe. – Halten Sie es für ausgeschlossen, dass es deshalb bezahlt worden ist, damit der Artikel **nicht** erscheint?

Dr. Peter Hohegger: Nein, nein: Deswegen war das Projekt auch geheim, und der Herr Schieszler hat es den Behörden gegenüber so ausgesagt. Ich konnte mich nicht daran erinnern. Und ich habe das ja nicht gesagt. Ich habe auch den Auftrag gar nicht mehr in Erinnerung gehabt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber Sie kennen die Geschichte. Schließen Sie das aus, dass es so war, dass das Geld deshalb geflossen ist, damit der Artikel **nicht** erscheint?

Dr. Peter Hohegger: Das kann ich mir nicht vorstellen, denn das Ziel bei diesem Auftrag war ja, die schädlichen Auswirkungen zu **diskutieren**.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Okay. – Zum Nächsten: Es ist so, ich glaube, man kann davon ausgehen, dass ein Attersee-Bild in dieser Dimension von 8 000 € aufwärts kostet. Der Kollege Rosenkranz hat das ja an sich schon sehr schön herausgearbeitet.

Das ist dort verwendet worden oder gespendet worden, damit es versteigert werden kann, um hier ein Entgelt für diesen Verein zu generieren. Der Herr Ali Rahimi hat es ersteigert und hat es Ihnen dann verkauft. – Ist das richtig? Das war die Frage zum Eigentum.

Dr. Peter Hochegger: Der Verein hat die Rechnung an die Valora gestellt, und die Valora hat die Rechnung bezahlt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich will das jetzt nur herausarbeiten, weil das jetzt so komisch im Raum steht. Dem Herrn Kollegen Rosenkranz ist das eh schon gelungen.

Aber: Rahimi versteigert es, verkauft es Ihnen. Bei Ihnen ist es jetzt im Lager. – Wie schaut das Lager übrigens aus? Ist das ein echtes Lager, oder kann dieses Lager eine Wohnung auch sein?

Dr. Peter Hochegger: Nein, das ist keine Wohnung. Das ist ein Raum. Da werden alle Dinge abgestellt, die nicht gebraucht sind. Dort ist auch sozusagen ein Server drinnen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und da gehen keine Leute vorbei und schauen das an?

Dr. Peter Hochegger: Nein, da gehen keine Leute vorbei.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Okay, gut. – Und die Telekom hat nie einen Anspruch auf dieses Bild erhoben, nachdem Sie das mit ihr abgestimmt haben? (*Dr. Hochegger: Nein!*) – Aber damit ist das ein Geschäftsvorgang, der nachvollziehbar ist, wo Leistung gegen Gegenleistung steht, nämlich zumindest was den Herrn Ali Rahimi und Sie anlangt. Rahimi ersteigert das Bild ...

Dr. Peter Hochegger: Die Geschäftsbeziehung war ja zwischen dem Verein „Wider die Gewalt“ und der Valora, denn dorthin ist ja das Geld überwiesen ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ja, aber der Rahimi hat es ersteigert gehabt. Der hat das ja erworben, das Eigentum. Ich meine, das steht ja außer Streit.

Dr. Peter Hochegger: Ja, aber er hat mir keine Rechnung gestellt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ja, das nicht. Das ist ja dann allenfalls eine Anweisung. Aber trotzdem war er der Eigentümer. – Ich will das jetzt nur klären, weil das da immer so komisch im Raum steht. Dem Kollegen Rosenkranz ist es ja fast schon geglückt, und das ist jetzt die abschließende Frage. Aber Sie bestätigen das.

Ich habe jetzt noch einmal eine Frage zu Ihren Rechnungen: Sie, die Valora, stellen so über die Jahre Rechnungen aus in Höhe von 7 Millionen, und dann gibt es die Firma Deloitte, die sich das im Rahmen ihrer Prüfung anschaut.

Und ich gehe ganz kurz, weil wir unter Zeitdruck stehen, nur die Qualifikationen durch: Bei der Rechnung 1 handelt es sich um „Evaluierung von Marktchancen in Ost- und Süd-Osteuropa“. Das ist die Geschichte gewesen, wo dann die Abgeltung für die Stützung der Preismanipulation im Börsenwert erfolgt ist, wenn ich Sie richtig verstanden habe, 1,5 Millionen, 28.6.2004. – Ist das richtig? – Das haben Sie uns damals erklärt: Das ist halbiert worden ...

Dr. Peter Hochegger: Da ist es um die Marktkonsolidierung gegangen: Wie kann man den Markt in Österreich konsolidieren? Das heißt, zwei Wettbewerber schließen sich zu einem zusammen. Das Ganze wird über einen Fonds in Zypern finanziert. Und aus der Differenz, den Preisverfall zu halbieren, hätte die Telekom Austria einen großen Nutzen gehabt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber in Wirklichkeit ist das bezahlt worden, damit der Kursmanipulant dann daraus ein Geld dafür gekriegt hat.

Dr. Peter Hochegger: Das weiß man heute, ja. 500 000 €.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ja, klar, denn das andere ist die Steuer.

Das Thema zwei ist Private **Equity Fund**. Da steht in dem Gutachten:

„Des Weiteren wurden weder im Zuge des Reviews der gesicherten Daten noch im Rahmen der geführten Interviews Unterlagen identifiziert beziehungsweise Informationen erhalten, die eine Erbringung der angebotenen Leistungen durch die Valora AG ... bestätigen würden.“

Eine dritte Rechnung ist: Studie „Volkswirtschaftliche Implikationen des Preisdumpings“.

„Die Studie zum Thema“ –

bla bla bla, so wie ich es da gelesen habe –

„ist weder bei der TA auffindbar, noch konnte sie im Zuge des Reviews der gesicherten Daten identifiziert werden.“

Leistung Nummer 4: „Lobbyingmaßnahmen Übernahme Cluster 19“.

Es steht drinnen: „Mit welchen Personen Herr Hochegger Kontakt aufgenommen hat, ist“ nicht nachvollziehbar. Daher kann nicht festgestellt werden, ob die Leistungen tatsächlich erbracht wurden.

Rechnung 5: „Cluster 19 Geschäftsführerbestellung“.

„Herr Mayrhofer“, um den geht es, „gab in einem Interview an“ – da geht es um eine Geschäftsführerbestellung –, dass er Sie gar nicht kennt und nie Kontakt mit Ihnen hatte. Daher ist auch da die Leistungserbringung nicht nachvollziehbar.

Leistung 6: „EU-Präsidentschaft“. „Im Zuge des Reviews der gesicherten Daten ...“ konnten keine festgestellt werden. Ob die Leistung erbracht worden ist, kann nicht nachvollzogen werden.

Ich erspare uns das jetzt. Also von diesen 15 Rechnungen über 7 Millionen € insgesamt, die die Valora ausstellt, konnten bei 13 keine Daten festgestellt werden. Bei einer ist die Geschichte mit der Finanzierung des Manipulanten. Und bei zweien steht drinnen, es ist nicht ordnungsgemäß; die Höhe ist, glaube ich, 10,5 Prozent.

Das heißt, man kann im Großen und Ganzen sagen – und nach Ihrer Meinung dazu wollte ich Sie fragen –, dass, zumindest wenn man nach Deloitte geht – und das ist eine Wirtschaftsprüferfirma, die sich das genau angeschaut hat –, für die 7 Millionen keine nachweisbare Leistung erbracht worden ist. Ich meine, das steht eh im Raum, aber ich hätte da ganz gern noch einmal Ihre Bestätigung dazu.

Dr. Peter Hochegger: Ganz im Gegenteil: Für alle diese Aufträge hat es Leistungen gegeben, die ich im Zuge von, ich weiß nicht, vielen, vielen Stunden Einvernahmen genau erklärt habe. Und das jetzt in einer so kurzen Zeit zu wiederholen, was ich in 30 Stunden dargelegt habe, ist ein bisschen schwierig.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Die 30 Stunden ... – Ich meine, das ist das Executive Summary des Berichts von Deloitte, und das ist schon ganz wesentlich.

Ich darf Ihnen jetzt im Gegensatz dazu jene Studie vorlegen, von der Sie gesagt haben, Sie können sie eigentlich eh nicht brauchen.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstück vorgelegt.)

Zunächst haben Sie uns erklärt, Sie haben sie möglicherweise gar nicht bekommen. Heute sagen Sie, Sie haben sie bekommen. Wenn Sie das vielleicht einmal aufschlagen: Da geht es um Wiener Gratiszeitungen im Vergleich, es sind ungefähr 150 Seiten, und auf der Seite 29 – wenn Sie vielleicht zur Seite 29 blättern, das ist oben Seite 15 von 70 in Kopie – sehen Sie, das ist eine Studie, die aufbaut auf eine

Umfrage von einem Sample von – das ist links oben – 1 000 Personen, und zwar mit sechs Fragen, eine sehr umfassende Studie. 20 000 € wurden bezahlt. Das ist ja hier schon mehrfach angeschnitten worden.

Wenn ich jetzt davon ausgehe – und Sie sind ja Experte –, dass Sie 1 000 Personen über sechs Fragen stellen, scheint Ihnen dann ein Betrag von 20 000 € angemessen oder nicht angemessen? – Ich sage das deshalb, weil wir vorher ja immer über nicht erbrachte Leistungen und Scheinrechnungen gesprochen haben und jetzt über eine Rechnung über eine Leistung, die hier jedenfalls vorliegt, reden, wo ich jetzt klären möchte, ob die eine Adäquanz in der Preishöhe hatte.

Dr. Peter Hohegger: Herr Jarolim, ich bin ja nicht dort hingegangen und hab gesagt, ich möchte eine Studie über Gratiszeitungen unterstützen, sondern ich gehe davon aus, dass die Studie ohnehin geplant war und durchgeführt wurde, und sie wurde dann mir eben für den Betrag von 20 000 € zur Verfügung gestellt.

Der Grundnutzen war vielleicht die Studie, der wichtigere Zusatznutzen war einfach das Signal, die Bundes-SPÖ zu unterstützen.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Ja, aber im Gegensatz zu all diesen anderen Themen ...

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Entschuldigen Sie, Herr Kollege Jarolim: Sie haben schon überzogen. Aber Sie können natürlich noch ein bisschen weiterfragen, denn wir hätten ja noch eine Runde.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Ja, ich frage diese eine Frage – ziehen Sie mir die bitte bei der nächsten Runde ab. (*Obfrau-Stellvertreterin Tamandl: Genau das habe ich ja gemeint, das wollte ich jetzt vorschlagen!*) –:

Ich meine, wir haben hier wirklich jede Menge von Rechnungen, wo absolut keine Leistungen nachweisbar sind. In diesem Fall gibt es jetzt eine Leistung, und Sie sitzen als Experte hier und ich frage Sie jetzt noch einmal: Eine Studie mit einem Sample von 1 000 Personen, mit sechs Fragen, 20 000 €. – Ich kenne schon Ihre Antwort, aber jetzt abseits davon: Ist das angemessen oder nicht angemessen? Billig? Teuer?

Dr. Peter Hohegger: Das werden **Sie** beurteilen.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Nein, ich kann es nicht. Ich frage ja Sie, weil Sie wesentlich mehr Experte sind in diesem Bereich als ich. – Sonst kann ich ja den Herrn Verfahrensanwalt auch fragen.

Dr. Peter Hohegger: Ich war in die Erstellung dieser Studie, in die Auswahl der Samples, in die Kalkulationen nicht eingebunden. Wie soll ich das ...

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Aber wenn Sie 1 000 Leute befragen über sechs Fragen und das auswerten müssen, dann ist das ja nicht etwas, was ich am Nachmittag von drei bis vier mache, sondern wofür ein bisschen mehr Zeit notwendig ist und was mit mehr Leuten gemacht wird. Ich meine, **Sie** sind der Experte: 20 000 € in dem Zusammenhang für so eine Studie – angemessen oder nicht?

Dr. Peter Hohegger: Ich würde Sie bitten, dass Sie die Frage dem Herrn Pöttler stellen (*Abg. Dr. Jarolim: Das tu ich eh!*), der hat das Ganze kalkuliert. Ich habe diese Studie zur Verfügung gestellt bekommen und habe dafür 20 000 € gezahlt.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Na gut. – Ich habe jetzt tatsächlich keine Frage mehr.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Wir kommen somit zur letzten Runde, zur 5-Minuten-Runde. Es beginnt Herr Kollege Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur ganz kurz abschließend zur Causa der Abgeordneten Hakl:

Herr Dr. Hochegger, es ist Ihnen sicherlich bekannt, dass die Abgeordnete Hakl bestreitet, über die 20 000 € mit Vertretern der Telekom gesprochen zu haben, und es ist Ihnen sicherlich bekannt, dass die Abgeordnete Hakl auch bestreitet, von der Herkunft dieser Gelder gewusst zu haben, und auch bestreitet, Sie auf diese Gelder angesprochen zu haben. – Ich gehe davon aus, dass es vonseiten der Abgeordneten Hakl, die nicht als Auskunftsperson zur Verfügung steht, eine vollkommen andere Darstellung gibt.

Ich sage Ihnen auch in aller Deutlichkeit, dass ich mir, auch wenn sich die öffentlichen Erklärungen des Herrn Malaun und Ihre Aussagen in diesem Ausschuss bis zu einem gewissen Grad überschneiden, nicht sicher bin, ob Ihre Darstellung die richtige ist. Dazu messe ich Ihnen als Zeugen, mit all dem, was wir bis jetzt im Ausschuss gehört haben, nicht das nötige Gewicht bei. – Das sage ich in aller Deutlichkeit, damit das auch bei Protokoll ist.

Es haben ja nicht nur wir als Oppositionsabgeordnete ein Problem mit der jetzigen Situation, welche Auskunftspersonen kommen dürfen, sondern das trifft – und ich sage das jetzt ohne jeden Unterton – durchaus auch Betroffene wie die Abgeordnete Hakl und möglicherweise andere, weil die Situation bei dieser Tiroler Geschichte für mich wesentlich aufklärungsbedürftiger ist als die ziemlich klare ÖAAB-Geschichte, und wir werden dann beim Bauernbund noch zu anderen Fakten kommen. Und deswegen halte ich es für besonders bedauerlich, dass in dieser Causa auch im Interesse einer Abgeordneten ganz bestimmte Auskunftspersonen zumindest nach derzeitigem Stand nicht befragt werden können. Ich halte das bis zu einem gewissen Grad auch für ausgesprochen unfair, auch innerhalb einer Partei. – Das nur als Feststellung dazu.

Ich frage Sie abschließend dazu, weil es ein ganz entscheidender Punkt ist: Sind Sie sich wirklich sicher, dass die Abgeordnete Hakl mit Rudolf Fischer oder Michael Fischer über diese 20 000 € Telekom gesprochen hat? Sind Sie sich wirklich sicher?

Dr. Peter Hochegger: Ich war bei keinem dieser Gespräche dabei, also kann ich es nicht mit Sicherheit bestätigen. Tatsache ist, dass meine Valora an „Headquarter“ diese 20 000 € überwiesen hat (*Abg. Dr. Pilz: Dieses Faktum steht ja außer Streit!*) – genau –, und ich kann mich auch erinnern, von der Telekom darauf angesprochen worden zu sein, denn ansonsten hätte ich das ja nicht gemacht. Ich kann ja das nicht aus heiterem Himmel erfinden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut. Wir werden ja sehen, ob wir die Möglichkeit haben, das in diesem Ausschuss weiter zu klären, oder ob Ihre Aussage einfach so stehen bleiben muss und die Befragung von Herrn Rudolf Fischer die letzte Möglichkeit ist, zumindest auf absehbare Zeit, das zu klären. Ich würde das für ausgesprochen problematisch halten.

Zum „Forum Land“: Ich gebe zuerst einen kurzen Überblick, und dann werde ich Sie – nur damit klar ist, worum es geht – über eine Rechnung vom „Forum Land“ vom 20. Oktober 2008 befragen, die an die Valora, Herrn Dr. Peter Hochegger, gerichtet worden ist, über 20 000 €. – Das kommt dann; nur damit der Hintergrund klar ist.

Es hat in den Jahren 2005 bis 2008 zumindest eine Reihe ganz unterschiedlicher Zahlungen von der Telekom Austria AG an das „Forum Land“, also eine Vorfeldorganisation des ÖVP-Bauernbundes, gegeben. Nur die wichtigsten:

2005: Studie ländlicher Raum, 145 000 €,

2007: Kooperationsvereinbarung, 150 000 €,

2007: Steirischer Bauernbundball, 11 900 €,

2008: Kooperationsvereinbarung, 112 500 €,

2008: Erntedankfest, 40 000 €,

2008: Steirischer Bauernbundball, 11 900 €,

2008: Infotermine Breitbandausbau – das betrifft dann Sie –, 20 000 €.

Dazu kommt eine Reihe von Kooperationsvereinbarungen, für die keine entsprechenden Rechnungen vorliegen. Dazu kommt eine Reihe anderer Hinweise. Ich nehme zum Beispiel die Überprüfungsergebnisse von KPMG. Dazu finden sich aber in den Akten keine Rechnungen – zu „Forum Land“, Sponsoring Erntedankfest, diese 40 000 €, Steirischer Bauernbund, Fortsetzung Kooperation, eben diese 112 500 €.

Und dazu gibt es auch Schriftverkehr, der auf weitere Subventionierungen hindeutet. Ich nenne nur ein Beispiel: E-Mail von Kaltenegger Fritz an Michael Jungwirth in der Telekom, 30. Mai 2007:

„lieber michael,

anbei die sponsorvereinbarung mit der telekom austria aus dem jahr 2006 und unser vorschlag für 2007. ich darf dich um durchsicht ersuchen und freue mich schon auf eine gute kooperation. für den fall, das du etwas brauchst, weißt du ja wo wir sind.

danke und schöne grüße.

fritz“

Durch diesen E-Mail-Verkehr und auch durch andere Hinweise müssen wir davon ausgehen, dass es für jedes Jahr Sponsorvereinbarungen dieser Art gegeben hat. Und damit kommen wir nicht nur auf eine durch Rechnungen und andere Untersuchungen dokumentierte Gesamtleistung der Telekom an die Bauernbund-Vorfeldorganisation von 491 300 €, sondern, sollte es eben zu diesen zitierten Kooperationsvereinbarungen auch in den Jahren 2005, 2006, 2009 und 2010 gekommen sein und würde die durchschnittliche Höhe die üblichen 150 000 € betragen, dann kämen noch weitere 600 000 € dazu. Das heißt, dann wäre 1 Million Euro überschritten. – Das ist einmal der Hintergrund dieser Geschichte, und das betrifft ausschließlich die Telekom; wir reden nicht von anderen Firmen.

Jetzt frage ich Sie: In dieser Abwicklung Telekom-Gelder an das „Forum Land“, möglicherweise auch direkt an den Bauernbund, welche Fälle sind **ihnen** da aus Ihrer Tätigkeit bekannt?

Dr. Peter Hochegger: Mir ist der Fall bekannt, den wir auch schon das letzte Mal diskutiert haben, und ich habe keine andere Rechnung in meiner Buchhaltung gefunden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, der einzige Punkt, der mich nämlich...

Obmann-Stellvertreter Dr. Hannes Jarolim: Kollege Pilz, wir haben dann die 5 Minuten. (*Abg. Dr. Pilz: Wie?*) 5 Minuten, die Zeitgrenze ist erreicht. (*Abg. Dr. Pilz: Habe ich noch?*) Bitte die abschließende Frage, nach Abstimmung innerhalb der Fraktion.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, kein Problem.

Herr Dr. Hochegger! Haben Sie irgendeinen Hinweis darauf, denn an und für sich sind ja diese ganzen Zahlungen von der Telekom direkt ans „Forum Land“ abgewickelt worden – ich möchte jetzt die Qualität der Rechnungen mit Ihnen überhaupt nicht

qualifizieren, die sind sehr unterschiedlich; da gibt es möglicherweise durchaus wieder Scheinrechnungen darunter, speziell eine Pressekonferenz um 20 000 € und Ähnliches; das sind noch nicht Rumpold'sche Verhältnisse, aber das ist schon im kostenintensiveren Bereich –, wissen Sie, warum diese eine Aktion, also diese Rechnung, die ich zitiert habe, über die 20 000 € für Informationsveranstaltungen (*Obmann-Stellvertreter Dr. Jarolim: Kollege Pilz, bitte kurz fassen!*) für den Breitbandausbau, ausnahmsweise über die Valora abgewickelt worden ist?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe ein Konzept entwickelt: Investitionsschutz Glasfaserausbau. Und ich habe ja schon beim letzten Mal dargelegt, dass für die Telekom Austria die Investitionen im ländlichen Raum schwer rückverdienbar gewesen sind, wenn es nicht sozusagen von der Regulierungsseite her für einen gewissen Zeitraum einen Investitionsschutz gegeben hätte. Daher war in meinen Überlegungen das „Forum Land“, eine Organisation, um das Ganze zu thematisieren, weil die auch selbst davon betroffen waren. Und ich finde, das ist durchaus üblich, dass man sozusagen Stakeholder auch in eine Kampagne miteinbaut, und das hat ja nichts damit zu tun, was das „Forum Land“ oder der Bauernbund mit der Telekom für andere Vereinbarungen hatte. Für mich war das in dieser Konzeption sinnvoll und richtig.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Dr. Hohegger, ich möchte – weil der Herr Kollege Pilz gestern, als die Frau Langthaler da war, sich lustig gemacht und gemeint hat, er wüsste überhaupt nicht, warum die Frau Langthaler da ist, weil die Frau Langthaler kann alles mit Gegenleistungen belegen – jetzt noch einmal zurückkommen auf die Eintrittskarten und Programmhefte und Inserate und Plakate für dieses Theaterfestival.

Der Herr Kollege Pilz hat gerade Rechnungen vom „Forum Land“ an die Valora betreffend Sponsoring Erntedankfest angesprochen. Also wer von Ihnen schon einmal am Erntedankfest auf dem Heldenplatz war und großflächige, riesengroß aufgeblasene Luftkraken gesehen hat und Riesen-Luftballons, wo die Telekom beworben wird, und Stände, wo für Telekom-Breitbandausbau im ländlichen Raum, für andere Produkte der Telekom Werbung gemacht wird, ich glaube, dann kann man sehr wohl ... – Ich weiß nicht, Herr Dr. Hohegger, ob Sie das auch schon einmal gesehen haben, was am Erntedankfest an Bewerbung läuft. Ich habe die Fotos – das heißt, wir werden sie hoffentlich noch bekommen in der Zeit, wo wir Sie befragen.

Wenn Sie sich das einmal anschauen, wo in zwei Tagen Erntedankfest eine Viertelmillion Menschen auf dem Heldenplatz sind: Würden Sie da davon sprechen, dass das eine leistungsorientierte und zum Preis-Leistungs-Verhältnis passende Rechnung war in diesem Zusammenhang?

Dr. Peter Hohegger: Ich kenne die Rechnung nicht, ich kenne auch die Vereinbarung nicht. Daher ist es für mich schwierig, dazu Stellung zu nehmen. Aber ich kann nur sagen, ich habe eine Zeit lang dort in der Nähe gewohnt und bin auch, sozusagen durch Zufall, beim Erntedankfest gewesen. Das ist natürlich eine tolle Kulisse, und dort sind viele Menschen. Also dort wird die Kosten-Nutzen-Relation schon gestimmt haben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Naja, weil der Herr Pilz das nämlich immer so herunterspielt. Er sagt: Also bitte, die Frau Langthaler hat das alles ganz genau aufgegliedert. Ich würde dem Herrn Pilz empfehlen, dass er sich vielleicht das auch einmal anschaut, welcher Werbeeffect für ein Unternehmen bei so einem Fest, wo sich 250 000 Menschen den ganzen Tag dort bewegen, gegeben ist.

Der Herr Kollege Pilz hat Sie heute darauf angesprochen, was beispielsweise die Aussage des Herrn Gajdosik betrifft. Der Herr Pilz hat heute aus Ihrer Einvernahme

zitiert und gemeint, dass die Zahlungen nicht nur an die FCG Wien gehen sollten, sondern dass diese Zahlung aufgesplittet werden soll.

Ich lese Ihnen da gerne aus dem Protokoll vom 21. März 2012 vor, wo der Herr Gajdosik befragt worden ist von der Frau Kollegin Lapp. Sie hat gesagt – ich zitiere –:

„Herr Hohegger sagt in einer Einvernahme, dass auf Wunsch von Ihnen die vereinbarte Zahlung auf zwei Organisationen aufgeteilt wurde. Er meint bei seiner Einvernahme, die, ich glaube, im November 2011 stattfand – das kann man jetzt nicht lesen, aber wir können Ihnen das gerne vorhalten –, dass das der Wunsch von Ihnen war.

Der Grund für die Aufteilung ist mir unbekannt, ich sah ihn aber positiv, weil zwei Netzwerke, ÖAAB und FCG, beziehungsweise ihr Umfeld positiv über die Telekom Austria gesprochen haben.“

Dann geht es weiter, das ist aber unwesentlich. Und dann sagt der Herr Gajdosik drauf:

„Nein! Sicher nicht! Es ist mir überhaupt nicht bekannt, worum es da geht.“

Und die Frau Kollegin Lapp stößt noch einmal nach und sagt:

„Ich wollte da noch nachfragen, weil ich weiß, dass es gewisse nicht so leichte Kooperationen zwischen ÖAAB und FCG gibt, und deswegen wäre das meine nächste Frage gewesen. Aber Sie verneinen hier, dass Sie jemals eine Aufteilung der Zahlungen gemacht haben.“

Gajdosik sagt dann wieder: „Ja, genau!“

Lapp fragt nach: „Das heißt, alles ist für die FCG Wien: in der Zeitung, über Inserate ...“

Und da sagt Gajdosik: „Das ist rein für die FCG Wien. Alles, was hier gekommen ist, ist auch tatsächlich rein für die FCG Wien verwendet worden.“

Herr Gajdosik hat hier unter Wahrheitspflicht ausgesagt, Herr Pilz, und ich gehe davon aus, dass er sehr wohl auch hier die Wahrheit gesagt hat.

Ich frage Sie, Herr Hohegger: Was sagen Sie dazu? Sie haben das heute auch noch einmal bei der Frage des Herrn Kollegen Pilz gesagt, dass es da eine Aufteilung hätte geben sollen auf zwei Organisationen. Herr Gajdosik hat hier in der Einvernahme gesagt: Es ist nur für die FCG Wien gewesen.

Wie sehen Sie das? Bleiben Sie bei Ihrer Aussage, die Sie in Ihrer Einvernahme getätigt haben?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe in meiner Buchhaltung Rechnungen, wo „ÖAAB“ draufsteht, und ich habe auch Rechnungen, wo „FCG“ draufsteht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ja, aber wie kommen Sie darauf, dass das auf Betreiben oder auf Kontakt des Herrn Gajdosik war? Können Sie das begründen?

Dr. Peter Hohegger: Mir ist keine andere Person in Erinnerung, mit der ich Kontakt gehabt hätte. Aber ich will dem Herrn Gajdosik nicht Unrecht tun. Das ist schon einige Jahre her. Tatsache ist, dass sich diese zwei Rechnungen, FCG und ÖAAB, in meiner Buchhaltung befinden und dass es um Marketingleistungen gegangen sind.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich glaube, der Herr Kollege Pilz vermischt hier den Druckkostenbeitrag mit der Marketingvereinbarung der FCG Wien, und das wollte ich ganz gerne einmal aufklären, dass das eben nicht zusammengehört in diesem Zusammenhang.

Ich möchte aber noch abschließend eine andere Frage stellen: Wie bewerten Sie, Herr Dr. Hochegger, den Kronzeugen-Status des Herrn Schieszler?

Dr. Peter Hochegger: Ich kann dazu überhaupt nichts sagen. Erstens einmal: Ich kenne die Kronzeugen-Regelung im Detail nicht. Ich habe mich damit auch nicht auseinandergesetzt und kann dazu auch nichts sagen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wurde Ihnen dieser Status angeboten?

Dr. Peter Hochegger: Nein, und ich wüsste auch nicht, wo ich ein Kronzeuge sein soll.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Frau Kollegin Tamandl, ich glaube, wir sind jetzt in einem Bereich, der die Befragung nicht mehr mit umfasst, weil es sich um rechtliche Verhältnisse handelt, die einfach auch nicht zur Disposition stehen, wie zum Beispiel die Kronzeugen-Regelung. Aber ich meine, die Frage, ob es angeboten worden ist, ist ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wir sehen das schon anders. Es geht ja auch darum, dass wir ja auch den Herrn Schieszler längst einmal laden wollen, denn alles, was der Herr Schieszler ausgesagt hat, haben ja Auskunftspersonen hier in diesem Ausschuss größtenteils dementiert, haben gesagt: Das stimmt alles gar nicht, was der Herr Schieszler da behauptet. Und ich hätte schon ganz gerne gewusst, ob es auch andere Beteiligte in dieser ganzen Sache gibt, denen der Kronzeugen-Status angeboten wurde. Und da hätte ich ganz gerne von Ihnen gewusst, ob das der Fall ist.

Dr. Peter Hochegger: Ich habe das ja auch beim letzten Mal schon gesagt. Der Herr Schieszler wollte mir diese Universaldienstverordnung unterjubeln und auch andere. Und ich habe gesagt: Das ist nicht so. Und da war für mich klar, dass sich einiges mit dem nicht deckt, was er von sich gegeben hat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Ihnen wurde dieser Status dezidiert nicht angeboten seitens der Staatsanwaltschaft? (*Dr. Hochegger: Nein!*) – Wissen Sie von irgendjemand anderem, der da im Gespräch war vielleicht für so eine Kronzeugen-Regelung in diesem Zusammenhang? (*Dr. Hochegger: Nein!*) – Danke.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Ich darf dazu ausdrücklich festhalten, dass erstens einmal, glaube ich, wir alle Wert darauf legen, dass der Herr Schieszler einvernommen wird, wir allerdings mit der Staatsanwaltschaft hier ein quasi Übereinkommen getroffen haben, dass wir bezüglich des ersten Kronzeugen, weil das ist der erste Fall eines Kronzeugen, seitdem das Gesetz diesbezüglich verabschiedet wurde, Rücksicht nehmen auf die Bedürfnisse der Staatsanwaltschaft und nicht diesen ersten Modellversuch quasi damit zerstören.

Das ändert aber nichts daran, dass wir permanent mit der Staatsanwaltschaft – und die Frau Vorsitzende hat das ja auch gemacht – Kontakt halten, um zu schauen, wann endlich der Herr Schieszler erstmals einvernommen werden kann, zumindest zu einem eingegrenzten Bereich. Aber der Ärger ist, glaube ich, bei allen Fraktionen gleich groß, dass das bis dato nicht erfolgt ist.

Jetzt kommt Kollege Rosenkranz zu Wort. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): In der Schlussrunde ein Bereich, der einen gewissen Widerspruch in Ihrer ersten Aussage hervorgerufen hat. Es geht um die Frage der Arbeit des Herrn **Gusenbauer** für Sie. Sie haben gemeint, es hat Zahlungen gegeben über eine Firma, an der Sie auch beteiligt sind, in Ihrem Wissen, auch im Wissen vom Herrn Gusenbauer, und der Herr Gusenbauer hat das an sich massiv dementiert. Er hat gesagt, er hat mit Ihnen persönlich nie etwas zu tun gehabt. Beteiligungen? – Wenn, dann waren Sie nur ein Minderheiteneigentümer dabei. Das war ein Herr Moser, für den Herr Gusenbauer hier gearbeitet hat. Das war die

Ansprechperson. Von Ihnen hat er dabei gar nichts gewusst. Ihre Beteiligung, die sich dann in späterer Folge erhöht hat, sei erst nach dem Ausscheiden vom Herrn Gusenbauer gewesen.

Ich möchte Sie daher jetzt, nachdem Sie diese Aussage geliefert haben, nachdem dieser Widerspruch von Herrn Gusenbauer medial geäußert wurde, zu diesem Komplex noch einmal befragen. Wie sehen Sie das Engagement vom Herrn Gusenbauer für Sie beziehungsweise für eine Ihrer Firmen?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe das schon beim letzten Mal hier ausgeführt: Herr Alfred Gusenbauer hat die Sicon-Gruppe im Bereich erneuerbarer Energien beraten. Zu dem Zeitpunkt, wo Herr Gusenbauer diese Tätigkeit aufgenommen hat, war ich 80 Prozent-Gesellschafter dieser Aktiengesellschaft; 10 Prozent hatte Herr Moser; 10 Prozent mein Bruder. Herr Moser ist vor einigen Monaten ausgeschieden; jetzt halte ich 90 Prozent und mein Bruder 10 Prozent.

Ein Vorstand kann solche Entscheidungen treffen – und wenn es um eine höhere Summe geht, stimmt er sich natürlich mit dem Eigentümer ab, was Herr Moser auch gemacht hat. Ich habe das sehr befürwortet. Wir haben uns auch einige Male getroffen mit dem Herrn Gusenbauer; wir haben also Kontakt miteinander gehabt.

Ich gehe davon aus, dass es Herrn Gusenbauer wichtig war, sozusagen nicht in den anderen frühen Tätigkeiten hineingezogen zu werden, und deswegen hat er, glaube ich, auch so sensibel darauf reagiert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Zu „sensibel reagieren“: In einem „Standard“-Artikel vom 16. Februar 2012 wird Herr Gusenbauer folgendermaßen zitiert:

„Mit dem Hochegger habe ich nie etwas zu tun gehabt.“

Jetzt aber sagen Sie, Sie haben Herrn Gusenbauer sogar mehrfach getroffen im Zuge dieser Sicon-Beteiligung, dieser Tätigkeit bei Windenergie. Habe ich Sie richtig verstanden – Gusenbauer sagt, er hat nie mit Ihnen etwas zu tun gehabt –, dass Sie sagen, Sie haben sich mit Gusenbauer mehrfach getroffen?

Dr. Peter Hochegger: Wir haben uns natürlich mehrfach getroffen. Es hat ein Mittagessen gegeben im Restaurant „Kervansaray“; das war, glaube ich, ziemlich am Beginn der Aktivitäten. Dann hat es einmal ein Treffen gegeben mit Gusenbauer in seinem Büro; da war auch ein bekannter Energiemanager mit dabei, der ihm ein Projekt von uns erklärt hat. Es hat auch ein Essen im Palais Coburg gegeben, wo wir uns mit einem chinesischen Turbinenlieferanten getroffen haben. – Es hat also sicher mehrere Treffen gegeben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War für Sie bei Gusenbauer im Vordergrund, dass er ein Energiewirtschaftsexperte ist oder dass er aufgrund seiner vormaligen politischen Tätigkeit auch ein gewisser Türöffner ist? Sie verbinden das ja, wenn Sie sagen, es ist an sich Ihr klassisches Lobbyingkonzept des Netzwerkers gewesen: als angenehmes Nebenprodukt diverser Werkverträge, die Sie gehabt haben.

Dr. Peter Hochegger: Ja, es ist ja ganz normal, dass man a) auf Ex-Politiker zurückgreift und b) Ex-Politiker sich der Wirtschaft anbieten. Da gibt es unterschiedliche Modelle in Bezug auf eine Zusammenarbeit. Meistens vereinbart man ein Jahreshonorar, das bei Herrn Strasser 50 000 € war und beim Herrn Gusenbauer irgendwo im Bereich 100 000 €. Dann dazu gibt es noch Erfolgsvereinbarungen. Natürlich war Gusenbauer gedacht als Türöffner. Zum damaligen Zeitpunkt gab es ja auch die Überlegung, eine Anleihe aufzulegen. Da hätte Gusenbauer sicher mit einer interessanten Rolle spielen können.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Zu diesem Energiemanager im Büro von Gusenbauer: Können Sie sich noch erinnern, wer das war?

Dr. Peter Hohegger: Herr Gusenbauer hat ein Büro in einer Anwaltskanzlei, bei Herrn Rechtsanwalt Specht; dort hat Gusenbauer ein Büro gemietet und dort haben wir uns auch einmal oder zweimal getroffen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da war ein Energiemanager dabei, sagten Sie.

Dr. Peter Hohegger: Ja, bei einem Gespräch, aber nicht vom ihm, sondern einer aus der Branche.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wissen Sie noch, wer das war?

Dr. Peter Hohegger: Das war der Herr Hans Lukits.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt eine ganz andere Sache, die auch medial aufgerührt wurde: Stichwort Austria Telekom, und zwar eine Zahlung an die APA Central Beteiligungs GmbH, in der eine Beteiligte die ÖVP-Landtagsabgeordnete Barbara Feldmann ist.

Was können Sie zu dieser Finanzierung durch die Telekom sagen? Es geht da um eine Summe von kolportierten 24 000 €.

Dr. Peter Hohegger: Einer der Aufträge, die ich von der Telekom hatte, war die Gründung eines Private Equity Funds; da wurde ein Beraterkonsortium zusammengestellt. Dabei waren die Raiffeisen Invest, die Anwaltskanzlei Dorda & Brugger & Jordis. Und auf Wunsch der Telekom wurde auch das Unternehmen APA Central hinzugezogen.

Ich habe das nicht hinterfragt. Ich habe erst gestern erfahren, dass Frau Feldmann dort mitbeteiligt ist; wiewohl ich die Frau Feldmann einmal kennenlernte, und zwar mit ihrem damaligen Geschäftspartner Herrn Thomas Scheiner, der ja heute hätte hier her kommen sollen. Ich weiß auch, dass Herr Thomas Scheiner immer wieder im Bereich Mergers & Acquisition für die Telekom Austria beziehungsweise für Herrn Schieszler gearbeitet hat. Mir erschien das durchaus logisch, dass Herr Scheiner da mit seiner Gruppe dabei war.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber der Wunsch kam ausdrücklich von der Telekom? Das war nicht Ihre „Erfindung“?

Dr. Peter Hohegger: Nein, das war nicht meine Erfindung. Da habe ich voll auf das Know-how der Telekom Austria vertraut. Es war ja auch im Vertrag so dargelegt, dass die Fremdkosten klar definiert waren, und damit war Raiffeisen Invest, die Anwaltskanzlei Dorda und die APA Central abgedeckt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Danke, keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme noch einmal zurück zu diesem Weinmarketing-Preis für die Stadt Wien. Ich möchte auch fürs Protokoll vermerkt haben den Zwischenruf seitens der SPÖ-Fraktion: Wer b´soffen ist, telefoniert doppelt so lange! Ich glaube aber nicht, dass das der Hintergrund dieses Sponsorings war.

Frage: Gibt es eigentlich zu diesem Weinmarketing-Preis einen schriftlichen Sponsorvertrag – oder wie ist das mit wem vereinbart worden?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe das mit einer hierfür zuständigen Dame von Wien Marketing, deren Namen mir nicht mehr bekannt ist, vereinbart. Es kann sein, dass sie mir einen schriftlichen Vertrag geschickt hat; ich kann mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was war denn die konkrete Leistung für die Telekom im Rahmen dieses Marketing-Preises? Wie ist man da irgendwie mit Drucksorten vorgekommen, mit Logopräsenz – oder was war da genau?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe es heute, glaube ich, schon zweimal dargelegt, ich mache es noch einmal: Es hat den sogenannten Grundnutzen gegeben. Das heißt, die Telekom Austria hatte die Möglichkeit, weil sie dafür einige Tische bekommen hat, dort Kunden hin einzuladen, dort vor Ort tätig zu sein in Gesprächen. Das war der sogenannte Grundnutzen.

Der Zusatznutzen war für mich das Signal, dass ich mit Unterstützung der Telekom Austria Projekte der Stadt Wien unterstütze.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gab es zur Vereinbarung über diese Studie mit dem Echo-Verlag einen schriftlichen Vertrag?

Dr. Peter Hochegger: Nein, gab es keinen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte Ihnen vor aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung, wo Sie Folgendes sagen zu diesen beiden Bereichen, Echo-Verlag und Weinmarketing-Preis:

Bei beiden Sponsorverträgen bezüglich der Stadt Wien gab es lediglich mündliche Vereinbarungen beziehungsweise existieren keine schriftlichen Verträge. – Zitatende.

Bleiben Sie bei dieser Aussage, die Sie in Ihrer Beschuldigtenvernehmung gemacht haben, dass es da keine schriftliche Vereinbarung gegeben hat?

Dr. Peter Hochegger: Ich kann mich an keine schriftlichen Verträge erinnern. Ich will das aber nicht ausschließen, denn wenn sich irgendwelche finden, dann wurden sie gemacht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann haben Sie gesponsert über die Valora ein Golfturnier des Wirtschaftsbundes Wien mit 2 000 €.

Gab es dazu einen schriftlichen Vertrag – und was war denn da die Gegenleistung?

Dr. Peter Hochegger: Da gab es keinen schriftlichen Vertrag. Die Gegenleistung war, dass die Telekom Austria, sprich ich, zum Ausdruck gebracht haben, dass man Veranstaltungen der Wiener Wirtschaft mit unterstützt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da haben wir jetzt drei Bereiche: Echo-Verlag 20 000 €, Weinmarketing-Preis 40 000 €, Golfturnier Wirtschaftsbund Wien 2 000 €, aber nirgends gibt es einen schriftlichen Vertrag; es geht immer nur um den „Grundnutzen“. – Jeder möge sich da selbst ein Bild machen.

Ein anderer Bereich; kurz zurück zu Herrn Strasser. Sie haben der bulgarischen Tageszeitung „Presa“ – Herr Hochegger, Sie haben ja mittlerweile auch schon internationale Medienpräsenz – ein Interview gegeben, in dem Sie zur Frage Strasser, zu seiner Tätigkeit in Bulgarien sagen – das ist ja auch immer von ihm argumentiert worden –, dass Strasser für Sie in Bulgarien aktiv war und so weiter.

Laut Übersetzung sagen Sie, Herr Hochegger, „Presa“ gegenüber:

Meine Agentur hat Ernst Strasser Geld gegeben, aber das Geld ist nicht nur für seine Arbeit in Bulgarien. – Zitatende.

Herr Strasser hat hier eigentlich als Gegenleistung nur seine Bulgarien-Arbeit genannt.

Daher die Frage: Wofür ist denn der Herr Strasser noch bezahlt worden von Ihnen, wenn Sie in diesem Interview sagen, das sei nicht nur für Bulgarien gewesen? **Dr. Peter Hochegger:** Ich habe da heute schon ausführlich auf die Frage von Herrn

Jarolim geantwortet. Wir hatten eine Vereinbarung mit Herrn Strasser: pro Jahr 50 000 €. Ich habe einmal auf Herrn Strasser zugegriffen, nämlich für die Reise nach Bulgarien. Damals hatten wir noch keinen Auftrag von der bulgarischen Regierung. Das heißt, was immer man dort zugerechnet hat, ist aus diesem Budget der 50 000 € geschehen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber das heißt, Sie haben schon vorher mit Herrn Strasser vereinbart, er wird Bulgarien betreuen, obwohl Sie mit Bulgarien noch gar keinen Vertrag hatten. Wie passt denn das zusammen? (*Dr. Hochegger: Herr Petzner, wir haben mit Herrn Strasser, die Agentur ...!*) – Da haben Sie irgendwie seherische Fähigkeiten. Da sind Sie ja im Geheimen Nostradamus oder so.

Dr. Peter Hochegger: Die Agentur hat mit Herrn Strasser eine Vereinbarung getroffen, dass bei allfälliger Themenstellung, wo er von Nutzen sein kann, man auf ihn zugreift.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, für welche konkreten Themenstellungen haben Sie Herrn Strasser tatsächlich verwendet? – Sie sagen selber in diesem Interview, es war nicht nur Bulgarien. Sie sagen selber, Sie haben noch keinen Vertrag mit Bulgarien gehabt.

Wofür haben Sie also Herrn Strasser gebraucht?

Dr. Peter Hochegger: Ich persönlich habe auf Herrn Strasser einmal zugegriffen. Ich habe das heute schon breit erklärt; ich weiß nicht, soll ich es noch einmal erklären?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein. Ich habe Ihnen nur dieses Interview in der bulgarischen Zeitung vorgehalten, das war bisher noch nicht bekannt. Daher frage ich Sie, welche Leistungen es da sonst noch gegeben hat. Aber wenn Sie da grantig werden und nicht antworten wollen ...

Dr. Peter Hochegger: Nein, nein, ich bin nicht grantig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Na ja, dann fragen wir Sie etwas anderes. Wir haben ja so viele Themen, wir können gerne auch wechseln, wenn Sie grantig werden.

Am 2. Juni 2004 gibt es eine Rechnung, dieses Mal wieder Hochegger|Com. Eine Teilrechnung ist das: parlamentarische Überzeugungsarbeit. Da wird verrechnet die – Zitat –

Organisation einer Parlamentarischen IKT-Enquete unter Einbeziehung aller Parteien.

In Klammern:

(Die übergeordnete Schirmherrschaft übernimmt Nationalratspräsident Dr. Khol.) – Zitatende.

Verrechnet wurden hier in einer ersten Teilrechnung insgesamt 90 000 € brutto. Was können Sie zu dieser Enquete sagen? Hat diese stattgefunden, im Bundesrat zum Beispiel? Ist es üblich, dass Sie sogar Zugriff darauf haben, dass die Telekom es über Sie schafft, **parlamentarische Enqueten** im Hohen Haus zu veranstalten? Und wie haben Sie es geschafft, dass der damalige Herr Nationalratspräsident Khol sogar die Schirmherrschaft über diese Enquete übernommen hat?

Dr. Peter Hochegger: Ich bin ja auch zu dieser Rechnung schon von den Behörden befragt worden. Ich kann dazu sehr wenig sagen. Das ist im Rahmen der Firma Hochegger abgewickelt worden, und man müsste die Personen, die mit dem Auftrag beschäftigt waren, dazu befragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dazu haben wir auch gefragt: den Herrn Trummer zum Beispiel. Er kann sich aber nur an die Planung der Enquete erinnern; ob die Enquete dann tatsächlich umgesetzt worden ist, weiß er nicht. Dann halte ich ihm

einiges vor, er kann aber darauf nie etwas Konkretes antworten. Da heißt es immer nur: „weiß ich nicht mehr“, „kann ich nicht sagen“. Die Zahlung hat er bestätigt. Daher frage ich jetzt Sie. – Wenn Sie auf die Mitarbeiter verweisen: Die Mitarbeiter wissen nichts.

Dr. Peter Hohegger: Um Ihnen das zu erklären: Ich habe persönlich Herrn Khol in meinem Leben nicht kennengelernt. Ich kann also auch nicht einordnen, wie man an ihn Themen heranträgt. Ich gehe davon aus, dass das Konzept in der Public-Affairs-Abteilung erstellt wurde. Herr Stefan Krenn kannte das ÖVP-Netzwerk bestens, und es ist sicher davon auszugehen, dass er bei dem Konzept federführend gearbeitet hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte Ihnen die Einladung zu einer Parlamentarischen Enquete vor und frage, ob das die Parlamentarische Enquete war, für die Sie von der Telekom bezahlt wurden mit 75 000 € netto und 90 000 € brutto über die Hohegger|Com. Da sind wir jetzt also nicht bei der Valora.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ich finde es nämlich spannend, dass man bei Herrn **Hohegger** sogar Parlamentarische Enqueten im Hohen Haus – um 90 000 € – **bestellen** kann und dafür sogar Herrn Präsidenten Khol als **Schirmherrn** bekommt! Daher habe ich ihn gefragt, ob es diese war. War es diese Enquete oder nicht?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe dazu keine Erinnerung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber an die Zahlung erinnern Sie sich?

Dr. Peter Hohegger: An die Zahlung erinnere ich mich auch nicht, denn in der Firma Hohegger war auch für das Finanzmanagement der Herr Trummer zuständig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme noch einmal zurück zur Firma **White House**. Sie haben gesagt, Sie haben da mit Michael Fischer Kontakt gehabt; SMS war das, glaube ich. *(Dr. Hohegger: Richtig, ja!)* – Wann genau ist dieser SMS-Kontakt gewesen? Und warum haben Sie sich da gerade an Herrn Michael Fischer gewendet? – Sie hätten direkt Frau Ullmann kontaktieren können, diese kannten Sie ja von der Bewerbung der Breitbandinitiative her.

Dr. Peter Hohegger: Frau Ullmann hatte ich zu dem damaligen Zeitpunkt noch nicht getroffen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wann haben Sie Herrn Fischer kontaktiert?

Dr. Peter Hohegger: Ich gehe davon aus, das war im April 2011.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie, ich halte das deswegen für problematisch: Herr Fischer ist selbst in die Telekom-Ermittlungen involviert. Sie sind auch befragt worden zu dieser Rechnung von „White House“, und Sie haben in einer Beschuldigtenvernehmung vom 31.10.2011 angegeben, dass Sie von Michael Fischer den Auftrag erhalten hätten, die Zahlung „White House“ in dieser Form abzuwickeln.

Ist es da nicht problematisch, dass der Beschuldigte Hohegger mit dem Beschuldigten Fischer in einer Causa Kontakt aufnimmt, wo die Staatsanwaltschaft gerade ermittelt?

Dr. Peter Hohegger: Ja, das müssen Sie die Staatsanwaltschaft fragen. Ich wollte wissen, wo die Rechnung zuzuordnen ist. Ich habe Herrn Fischer ein SMS geschickt, und aufgrund dieser Kontaktaufnahme – er hat ja mit mir selbst nicht gesprochen – ist Frau Ullmann bei mir eingetrudelt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 5 Minuten sind vorüber.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlussfrage: Können Sie ausschließen, dass Sie sich hier mit Herrn Fischer – von dem Sie in Ihrer Beschuldigtenvernehmung angegeben haben, dass er Ihr Ansprechpartner bei dieser „White House“-Rechnung war, die Gegenstand von strafrechtlichen Ermittlungen ist – abgesprochen haben, vice versa mit Frau Ullmann, wie Sie diesen Zahlungsfluss den Ermittlungsbehörden so erklären, dass er strafrechtlich nicht mehr relevant ist?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe mich mit Herrn Fischer nicht abgesprochen. Ich habe ihm ein SMS geschickt; über ein SMS kann man sich nicht absprechen. Frau Ullmann ist zu mir gekommen und hat mir erklärt, was Leistungsinhalt war. Sie hat mir ein Konzept in die Hand gedrückt, und ich habe das so zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben Frau Ullmann gefragt: Was machen wir denn mit dieser Rechnung?; Sie können die nicht zuordnen, wo Sie schon von den Ermittlungsbehörden dazu befragt worden sind. – Aber gut, okay.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich habe nur noch eine kurze Frage. Den Medien habe ich entnommen, dass Sie ein Rückholprogramm, ein Vermögensrückholprogramm gestartet haben und jetzt evaluieren, welche Leistungen allenfalls nicht erbracht worden sind, für die Sie Geld bezahlt haben; und jetzt starten zumindest in einem Fall Rückforderungen.

Können Sie uns sagen, ob das der einzige Fall ist? Gedenken Sie, dass Sie noch mehrere Rückforderungen stellen werden? Wenn ja: Was ist die Bemessungsgrundlage? Und wie schaut das konkret aus?

Dr. Peter Hochegger: Mir ist außer diesem Fall kein einziger anderer bekannt. Und dass es ein „Rückholprogramm“ gibt, das würde ich als mediale Überspitzung darstellen. Ich habe diesbezüglich kein Interview gegeben, dass ein „Rückholprogramm“ gestartet wird.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Warum stellen Sie dann in dem Einzelfall Forderungen, etwas zurückzubekommen?

Dr. Peter Hochegger: Na ja, weil die mediale Diskussion ganz eindeutig ergeben hat – und auch Untersuchungen –, dass es dafür keinen Abdruck gegeben hat.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Glauben Sie nicht, dass Sie im Sinne einer Gleichbehandlung Ihrer Geschäftspartner das dann auch bei anderen machen müssten?

Dr. Peter Hochegger: Ich werde mir die Dinge alle genau anschauen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der Auskunftsperson dafür, dem Ausschuss vier Stunden lang Rede und Antwort gestanden zu sein, und verabschiedet diese.

(Die Auskunftsperson Dr. Hochegger verlässt den Sitzungssaal.)

14.59

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) weist – zur Geschäftsbehandlung – darauf hin, dass nunmehr zu besprechen sei, wie es mit den Ladungen weitergehen solle und zu welchem Schluss die Koalitionsfraktionen gekommen seien, weil eine Klärung dieser Fragen bis 15 Uhr vereinbart worden sei und andernfalls die Oppositionsfraktionen den vorbereiteten Ladungsantrag einbringen würden.

Obfrau Dr. Gabriela Moser bietet an, die Sitzung bis 15.10 Uhr zu unterbrechen und diese dann mit der Befragung der Auskunftsperson Ing. Mag. Rudolf Fischer fortzusetzen. – Gegen diesen Vorschlag wird kein Einwand erhoben; die Obfrau erklärt die Sitzung für **unterbrochen**.

*(Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 15 Uhr **unterbrochen** und um 15.22 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

15.22

Obfrau Dr. Gabriela Moser *nimmt* die unterbrochene Sitzung **medienöffentlich wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn Ing. Mag. Rudolf **Fischer** in den Sitzungssaal zu bitten.

Auskunftsperson Ing. Mag. Rudolf Fischer

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Ing. Mag. Rudolf Fischer** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und Übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales! Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Fischer, ich danke nicht nur für Ihr Erscheinen, sondern ich möchte Sie auch über Ihre Rechte und Ihre Pflichten noch in Kenntnis setzen.

Vor Ihrer Anhörung mache ich Sie auf die **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und auf die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage aufmerksam. Eine falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Das wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet **Ing. Mag. Rudolf Fischer** und Ihre weiteren Personaldaten sind sowohl der Parlamentsdirektion als auch mir bekannt.

Sie waren im Untersuchungszeitraum in keinem öffentlichen Dienstverhältnis.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Nun kommen wir zur Information und Belehrung der **Vertrauensperson**. Ich bitte jetzt die Vertreter der Bildmedien, den Saal zu verlassen.

Ihr vollständiger Name lautet **Dr. Otto Dietrich**. Auch Ihre Personaldaten sind uns bekannt: sowohl der Parlamentsdirektion als auch mir.

Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Dietrich als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich kann auch Sie, Herr Dr. Dietrich, über die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter noch einmal in Kenntnis setzen. Den Inhalt der **Belehrung** über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen kann zum Beispiel auch die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben **nicht** das Recht Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Auskunftsperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Nun, Herr Dr. Fischer, können Sie noch einmal in zehnminütiger Darlegung Ihre Sicht der Dinge präsentieren, allerdings könnten wir aus zeitökonomischen Gründen auch gleich mit der Befragung beginnen. Möchten Sie die Gelegenheit dazu nutzen? (*Die Auskunftsperson bejaht dies.*) – Bitte.

Auskunftsperson Ing. Mag. Rudolf Fischer: Einen schönen Nachmittag, meine Damen und Herren! Bevor ich natürlich in den Prozess der Fragenbeantwortung schreite und ich nicht aus einem gegebenen Anlass – ich versuchte das zu vermeiden – meine Entschlagsrechte in Anspruch nehmen muss, möchte ich die Gelegenheit nutzen, einige einführende Erklärungen abzugeben.

Ich will Sie auch nicht strapazieren mit diesen Themen, aber sollten einige Fakten meiner Erklärung schon in der ersten Befragung erwähnt worden sein, so darf ich Sie um Nachsicht ersuchen, denn nur im gesamten Zusammenhang lässt sich damit das Bild besser erklären.

Vielleicht noch ein ganz kurzer Rückblick ins Jahr 2000, erstes Halbjahr: Die TA stand damals kurz vor dem Börsengang. Wir hatten noch ausreichend Defizite – wir haben das das letzte Mal diskutiert –, die naturgemäß noch aus der Zeit vor der Privatisierung und Marktevaluierung stammten. Im Wesentlichen waren das Themen wie die Marktorientierung, Organisationsstruktur, Personalstand, Kostenrechnungssysteme, Beamten-Dienstrecht, Kundendienst, Kostenstruktur, also derlei viele.

Wie bereits bekannt, musste die TA aufgrund Eigentümerinteresses Ende 2000 den **IPO** damals durchführen. Das soll jetzt keine Kritik an der Politik der ÖIAG sein, aber man soll auch die Fakten mitberücksichtigen, die die TA vielleicht nicht zu der damals erträumten „Volksaktie“ werden ließ.

Ein Börsengang führt naturgemäß eine weitere Komponente in das Unternehmensumfeld mit ein, nämlich den Kapitalmarkt, der nicht unbedingt zimperlich in seinen Reaktionen bezüglich Kauf und Verkauf einer Aktie ist. Die uns wohl meist gestellten Fragen neben Strategieergebnissen, waren die simplen Fragen: Warum soll ich eigentlich TA-Aktien kaufen und nicht die von XY? Was unterscheidet euch von anderen? Und wo liegt eigentlich unser Return?

Wir haben als Management kontinuierlich gelernt, mit diesen Fragen umzugehen und das Unternehmen erfolgreich am Kapitalmarkt zu positionieren. Der Vorstand ist dem Unternehmen als juristische Person und seinen Eigentümern gegenüber verantwortlich. Ziel ist es, all jene Maßnahmen einzuleiten, die das Unternehmen wirtschaftlich stärken, auch in der Profitabilität, der Dividendenpolitik, der Marktstellung et cetera.

Nun war das zu Beginn mit der TA nicht ganz so einfach. Das Unternehmensumfeld der Telekom Austria war entsprechend komplex: die Eigentümerstruktur der TA mit einem strategischen Partner, der eher ein Flop war, das politische Umfeld im Zusammenhang mit Infrastrukturpolitik, Regulierungspolitik, Beamten-Dienstrecht, Wettbewerbspolitik und natürlich auch in seiner eigenen Rolle als Eigentümer, ganz abgesehen von Mitbewerbern, die zahlreich und zum Teil neu waren, ob im Mobilfunk oder im Festnetz tätig, Energieversorger oder Kabelbetreiber.

Der Vorstand eines Unternehmens kann intern sehr viel bewegen, aber bei den vorhin genannten Themen sind ihm in vielen Fällen die Hände gebunden. Ich kann mir naturgemäß den Eigentümer nicht aussuchen und in allen anderen Bereichen kann man nur so weit wie möglich informieren, mitgestalten, aufklären und vielleicht auch Einfluss nehmen. Das ist der Nährboden für PR- und Lobbying-Aktivitäten, auch wenn wir es heute nicht so gerne sehen. Vieles war für uns neu. Das Gleiche gilt auch für alle Stakeholder, auch für die damals politisch Verantwortlichen. Zur Überbrückung dieser Strukturen waren Unternehmen wie die von Dr. Hocegger mit seinem Netzwerk und jedem Netzwerk unumgänglich. Um gleich vorzubeugen: Das hat nichts mit Korruption, Schmiergeldzahlungen und dergleichen zu tun. Als Vorstand ist es meine Aufgabe, ja meine Pflicht, alle Maßnahmen einzuleiten, natürlich im rechtlichen Rahmen, die zum Wohle des Unternehmens gereichen. Alles, was ich – und ich spreche jetzt von mir persönlich – mit Dr. Hocegger und seinem Unternehmen abgearbeitet habe, war immer im Interesse des Unternehmens und nie auch nur annähernd Eigennutz.

Ich wäre ein schlechter Vorstand, wenn ich nicht versuchen würde, das Umfeld des Unternehmens so zu beeinflussen, dass das Unternehmen gestärkt wird. Wenn ich heute hier vor Ihnen sitze und wir über einen eventuellen Schaden an der Telekom Austria diskutieren, so frage ich mich wirklich, in welchem Bereich wir einen Schaden produziert haben.

Der damalige Vorstand der Telekom Austria, mich eingeschlossen, hat den Aktienkurs des Unternehmens kontinuierlich gesteigert und das hat jetzt nichts mit der angeblichen Kursmanipulation zu tun. Durch konsequentes Handeln und in einer erfolgreichen Wachstumsstrategie lag der Höchstkurs, soweit ich mich erinnere, bei 21,50 € – gegenüber dem heutigen Kurs eine Differenz von 5,5 Milliarden € Unternehmenswert.

Abschließend möchte ich erwähnen, dass ich während meiner aktiven Zeit nie irgendeinen Amtsträger bestochen habe, noch irgendeine Partei korrumpiert habe und auch keine Aufträge dazu erteilt habe. Alles, was getan wurde, war, um die Interessen des Unternehmens zu schützen.

Ich möchte aber noch einen kleinen Schritt weiter gehen; und dazu ersuche ich Sie, kurz das Thema der angeblichen Kursmanipulation auszublenden, weil das nicht unmittelbar mit den anderen Themenkomplexen verbunden ist.

Es ist erschreckend, mit welcher Sorglosigkeit wir das Wort „Korruption“ in den Mund nehmen. Relativ rasch sprechen wir von korrupten Managern, korrupten Lobbyisten und korrupten Politikern. Aber ein Blick hinter die Kulissen zeigt, dass wir von einem jahrzehntelang gelebten System sprechen: einem System der Gefälligkeiten, der gegenseitigen Unterstützung oder, wie es die Frau Vorsitzende erst kürzlich in einem Interview ausgedrückt hat: Eine Hand wäscht die andere.

Es liegt mir fern, hier Verantwortungen auf ein anonymes System abzuschieben, denn auch diese werden von Menschen geprägt und verwendet.

Wir sollten uns nur die Frage stellen, warum Unternehmen angebliche Zahlungen an parteinahe Institutionen durchführen, politisches Sponsoring betreiben, Werbeeinschaltungen durchführen, Druckkostenbeiträge genehmigen; warum Lobbyisten ein teures Netzwerk aufbauen und finanzieren. – Sicher nicht zum Selbstzweck! Niemand zahlt freiwillig und ohne Gegenleistung. Wir sichern uns gegenseitige Unterstützung, wir kaufen uns Einflussnahme, wir verteidigen unsere Positionen, wir investieren in eine positive Grundstimmung.

Sie werden das sicher nicht gerne hören, aber entweder leben Sie mit diesem System – besser gesagt: in diesem System –, oder das System überlebt Sie relativ rasch. Das gilt in erster Linie für Unternehmen im staatsnahen Bereich.

Das mag moralisch gesehen alles im Grenzbereich liegen, aber ist es gleich Korruption, Bestechung? Wenn ich heute lese, die TA wird sauber, so stellt sich die Frage: Wie schmutzig war sie im Vergleich mit anderen Unternehmen in Österreich? Was hat sie getan, was andere nicht tun? Das ist meine persönliche Reflexion aus der derzeitigen Situation, aber auch geprägt durch mehr als zehn Jahre gelebte Erfahrung in diesem System.

Wenn Sie das alles zukünftig vermeiden wollen, dann müssen die Gesetze entsprechend verändert werden, dann müssen strengere Regeln für das Zusammenleben definiert werden und vor allem auch – meine private Meinung –: Privatisieren Sie im staatsnahen Bereich, wo immer es sinnvoll und möglich erscheint! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Amon das Wort.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Frau Vorsitzende! Herr Mag. Fischer! Der 26. Februar 2004 war für etwa 100 Mitarbeiter der Telekom Austria ein relativ bedeutender Tag, immerhin ging es um Bonuszahlungen in der Höhe von 9,2 Millionen €.

Können Sie uns Auskunft darüber geben – wobei ich ausdrücklich auch für Ihre einleitenden Ausführungen danken möchte –, wer von den Vorständen den Vorschlag gemacht hat, die Euro Invest zu beauftragen, im Hinblick auf die Kursmanipulation sozusagen zu agieren, um den Kurs über diese berühmten 10,73 € zu treiben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Abgeordneter Amon, ich verstehe Ihre Frage. Danke dafür, aber ich möchte bei diesem Themenkomplex vom Entschlagungsrecht Gebrauch machen. Es ist ein laufendes Verfahren, ich bin einer der Hauptbeschuldigten in diesem Bereich, und ich möchte oder kann dazu keine weiteren Auskünfte geben. Sie haben meine Aussagen, die ich beim Staatsanwalt durchgeführt habe, wahrscheinlich vor Ihnen liegen. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das heißt, Sie wollen in keinster Weise darüber Auskunft geben, ob es innerhalb des Vorstandes darüber Gespräche gegeben hat.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, das ist auch in meiner Aussage enthalten.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie über die Zeit danach Auskunft geben – also im Hinblick auf das Faktum, dass es dann zu diesen Bonuszahlungen gekommen ist, wie sich die Revision in diesem Zusammenhang verhalten hat, wie sich allenfalls die ÖIAG verhalten hat? Können oder wollen Sie dazu Auskunft geben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Tut mir leid, nein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie uns Auskunft darüber geben, welches Gesamtbudget der Telekom im Jahr für Lobbyingaktivitäten zur Verfügung gestanden hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, das ist sehr schwer zu beurteilen, weil wir natürlich projektbezogene Themen hatten. Was jetzt wirklich unter den Bereich Lobbying fällt, ganz konkret ... Also wenn Sie das ganz konkret als Lobbyingmaßnahme bezeichnen, dann waren es wahrscheinlich vielleicht 1 Million € oder 1,5 Millionen €. Vielleicht war es 1 Million € im Jahr. (*Abg. Amon: im Jahr?*) – Ja, Lobbying. Das hat nichts mit anderen Aufträgen zu tun, die jetzt über ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie sagen, welcher Anteil von diesen, wie viel auch immer, 1,5 Millionen € an die Agentur Hocegger ging?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, missverstehen Sie mich bitte nicht! Der Gesamtrahmen der Aufträge an die Firma Valora und an die Firma Hocegger.Com war natürlich größer. Jährlich. Aber wenn Sie das jetzt als reines Lobbying bezeichnen, dann muss ich sagen: Nein, das ist nicht reines Lobbying. Es sind ja Aufträge damit verbunden gewesen, die konkrete Zielerfüllungsthemen hatten.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie können es ja gerne so nehmen. Wenn Sie sagen, es gab insgesamt für konkretes Lobbying 1,5 Millionen € Jahresbudget, welchen Anteil hatten die Firmen des Herrn Hocegger daran?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Vielleicht 70 oder 75 Prozent, ich kann es nicht sagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Es ist also nicht falsch, wenn man sagt, dass das eigentlich *die* Lobbyingagentur der Telekom war?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, das habe ich auch schon beim ersten Mal ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Welche Unternehmen, außer den Unternehmen des Herrn Hocegger, wurden mit Lobbyingaktivitäten beauftragt? Da bleiben ja 30 Prozent über.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Da überfragen Sie mich jetzt wirklich. Ich kann das nicht sagen. Aber wir haben sicher den einen oder anderen irgendwo einmal beauftragt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das heißt, keine Idee? Irgendeine?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Vielleicht kommen wir zu dem einen oder anderen in einem anderen Themenbereich noch einmal.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das sind ja immer noch etwa 500 000 €.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Konkret fällt mir jetzt wirklich nichts ein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie ein Volumen für Beraterverträge, die die Telekom im Jahr erteilt hat, nennen, die Größenordnung?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Auch das ist eine sehr subjektive Frage. Die Frage ist immer: Was definieren Sie als Beraterverträge? Wenn wir Beraterverträge nehmen, müssen wir alle Konsulentenverträge ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich grenze es ein: zu inhaltlichen Fragen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Inhaltliche Fragen sind zum Beispiel auch technologische Fragen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Genau, zum Beispiel.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Können locker an die 5 oder 6 Millionen € gewesen sein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gab es Beraterverträge an die Agentur von Monika Langthaler?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Direkte Verträge kann es nur im Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitsberichten gegeben haben. Aber wie groß die waren, kann ich Ihnen gleich sagen, weiß ich nicht. Ich habe sie nicht abgewickelt. Die waren im Bereich der Werbung und der Unternehmenskultur. Mit diesem Thema habe ich mich nicht beschäftigt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Auch keine Größenordnung?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß nicht, was so ein Nachhaltigkeitsbericht kostet. Vielleicht 30 000 €, 40 000 €, 50 000 €. Ich habe keine Ahnung.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gab es Beraterverträge an Klaus Wittauer? Wissen Sie das?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Davon habe ich gelesen. Ich habe keinen unterschrieben.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber persönlich sonst keinerlei Wahrnehmungen? Keine Aufträge erteilt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe keinen unterschrieben mit dem Herrn Wittauer.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Hat man im Vorstand eigentlich jemals über die Sinnhaftigkeit von Beraterverträgen dieser Art diskutiert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, ich habe eingangs versucht, das in meinem Statement zu lesen. Das ist gelebtes System. Wir haben in einem Umfeld gelebt – das muss ich immer wieder betonen –, das sehr politisch geprägt war. Viele, viele Themen. Es war nicht negativ geprägt, das darf man jetzt nicht missverstehen. Es waren einfach viele Themen, die uns bewegt haben.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Damit Sie verstehen, worauf ich hinaus will: Ich möchte eigentlich herausfinden, ob es im Vorstand auch eine kritische Stimmung gab, oder ob man das eben, wie Sie sagen, eigentlich als gelebtes System gesehen hat, ob das ganz normal war.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, das war ganz normal. Man hat das überhaupt nie thematisiert.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gab es eine Form der Effizienzüberprüfung? Ist das jemals im Vorstand Thema gewesen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Da die Vorstände im Wesentlichen viele eigene Themen hatten oder zum Teil unabhängig voneinander gearbeitet haben – außer, es waren Riesenthemen, die wir miteinander versucht haben, abzuarbeiten –, ging es immer darum, dass man die Effizienz derartiger Maßnahmen am besten selbst überprüfen kann.

Wenn wir heute über so viele Grenzbereiche reden wie Werbeeinschaltungen, Sponsorings und dergleichen, dann stellt sich natürlich immer die Frage: Wo ist die Gegenleistung von solchen Dingen? Die Gegenleistung – auch das habe ich zu erklären versucht – liegt nicht immer unmittelbar darin, dass Sie jetzt vielleicht eine Seite Editorial oder vielleicht eine Seite mit einer Werbeeinblendung haben.

Ja, das ist ein Gegenwert, der ist materiell darstellbar, aber es geht im Wesentlichen auch darum, dass man versucht, gute Stimmung zu machen, die Nähe zu den anderen zu finden; und ich glaube, das sind einige der wesentlichen Hauptthemen bei diesen Sachen. Das sollte man nie vergessen, das ist leider so.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie wissen, es gibt den ehemaligen Vorstand Schieszler, der sich im sogenannten Kronzeugen-Status befindet, meiner Meinung nach über Gebühr geschützt wird vonseiten der Staatsanwaltschaft und uns leider **nicht** als Auskunftsperson zur Verfügung steht. Es gibt bis dato auch keine Mehrheit im Ausschuss, sich bei dieser Frage gegen den Willen der Staatsanwaltschaft zu stellen.

Aber es fällt doch auf – wir haben zum gesamten Themenkomplex der Telekom mittlerweile, glaube ich, über 50 Auskunftspersonen hier im Ausschuss gehört –, dass es bisher keine einzige Auskunftsperson gibt, die die Aussagen des Kronzeugen Schieszler auch nur im Ansatz bestätigt hat.

Das ist einigermaßen bemerkenswert, wenn man davon ausgehen muss, dass die Kronzeugen-Regelung ja so streng ist, dass bei der geringsten Unwahrheit, die ein solcher Kronzeuge aussagt, jedenfalls der Kronzeugen-Status sofort weg ist und das insgesamt natürlich zu einer erheblichen Belastung führt.

Dennoch halte ich noch einmal fest: An die 50 Personen, und keine einzige davon bestätigt auch nur eine Aussage des Herrn Schieszler.

Nachdem er mir persönlich nicht bekannt ist, können Sie uns ein wenig die Person des Herrn Schieszler beschreiben? Wann haben Sie ihn kennengelernt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Der ist, wenn mich jetzt nicht alles täuscht, entweder zeitgleich mit mir gekommen oder vielleicht kurz danach. Er war damals bei einer Beratungsfirma, bei Czipin & Partner. Er hat, glaube ich, schon im Vorfeld bei der Telekom gearbeitet und wurde dann sozusagen vom Finanzvorstand als Controller im Bereich strategisches Controlling aufgenommen. Seit dem Zeitpunkt kenne ich ihn, und seit dem Zeitpunkt haben wir sehr viel und intensiv zusammengearbeitet.

Ich muss aber sagen, ich habe Schieszler damals eigentlich hohe Loyalität abgesprochen, aber gutes Verständnis, ehrgeizig, jung, dynamisch, also das, was man sich von einem zukünftigen Manager normalerweise erwartet. Und 2006, als dann die Veränderung im Vorstand der Telekom Austria war, wurde er auch durch den Aufsichtsrat der Telekom Austria Gruppe – das darf man nicht vergessen – zum Finanzvorstand der TA TA AG ernannt. Der gesamte Aufsichtsrat wusste also Bescheid und hat ihm Lob gezollt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wer war entscheidend für Schieszlers Bestellung?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, es gibt nicht wirklich irgendjemanden, der gesagt hätte, das will ich nicht; sondern das war aufgrund seiner Funktion. Ich glaube, es gab niemanden, der gesagt hat, das will ich nicht, ja, also es gab aufgrund seiner ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Erinnern Sie sich, wer Schieszler vorgeschlagen hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann es gar nicht mehr sagen, ich weiß es gar nicht mehr. Ich glaube, das ist im Vorstand einmal diskutiert worden und ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): War das eine Ausschreibung, auf die hin er bestellt wurde?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Na ja, wir waren nicht mehr ausschreibungspflichtig, das muss man dazusagen. Wir konnten also, noch dazu für eine Tochtergesellschaft, das ist ja sozusagen nicht in der TA Gruppe gewesen ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gut, man hätte aber natürlich ausschreiben können.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Man hätte können, aber es war **keine Verpflichtung**. Gernot Schieszler war deswegen Favorit – das kann man ganz offen sagen –, weil er damals im Bereich Controlling, Planung, strategisches Controlling, das Unternehmen jahrelang betreut hat. Es war sozusagen eine Weiterentwicklung des eigenen Mitarbeiterstandes.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben den Herrn Vorstand Schieszler als dynamische Persönlichkeit beschrieben. – War die Zusammenarbeit friktionslos?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: In vielen Bereichen ja. Natürlich ist nicht immer alles friktionsfrei, aber ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): An sich ohne größere Probleme?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ohne größere Probleme, ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich darf Ihnen die sogenannte Shitlist von Gernot Schieszler vorhalten.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Wenn Sie sich das vielleicht kurz durchschauen. Vielleicht können Sie uns zu diesen einzelnen Punkten, sofern Sie solche haben, Wahrnehmungen schildern.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also ich sehe das zum ersten Mal. Ich finde, dass das ein absoluter Schwachsinn ist. Ich weiß nicht, was einem Menschen so einfällt, dass er so etwas überhaupt macht, aber okay. Da sind sehr viele Themen drauf. Ich habe keine Ahnung, was Schieszler damit meint.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Na, das sind natürlich erhebliche Belastungen gegenüber unterschiedlichen Personen und Institutionen. Da steht dann: Berater: Mensdorff-Pouilly, Gheneff, Langthaler, solche Dinge.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wie das mit der Frau Langthaler war, kann ich, wenn Sie das wissen wollen, gleich sagen. Dann haben wir dieses Thema erledigt. *(Abg. Amon: Bitte!)* – Das ist ja auch so ein Thema: Warum wurde diese eine Rechnung über die Valora abgedeckt und nicht über die Telekom Austria?

Ich kenne Monika Langthaler seit meinen ersten Tagen bei der Telekom. Sie hat mich damals angerufen, wollte einen Termin. Sie war damals natürlich mit dem Thema **brainbows** unterwegs, mit der gesamten Thematik des Umweltbewusstseins. Wir haben uns damals kennengelernt, haben ein interessantes Gespräch gehabt. Sie war damals mit ihrem Partner da, mit dem ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): War Sie da allein bei Ihnen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, sie war mit ihrem Partner da.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ihrem jetzigen Ehemann, wie sie uns gestern korrigiert hat.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, es war nicht der.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Also nicht ihr Mann? Er war auch Unternehmenspartner.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Mir fällt der Name nicht ein, ich habe ein schlechtes Namensgedächtnis. *(Obfrau Dr. Moser: Christian Nohel! Geschäftsführer!)* – Genau, richtig, Nohel.

Wir haben dann ein bisschen geplaudert über ihre Aktivitäten und sie hat mir ein bisschen von ihrer Vergangenheit erzählt; also ganz normal, wenn sich Menschen kennenlernen.

Wir haben dann eigentlich nicht zusammengearbeitet. Erst später, als die Telekom Austria den Börsegang hinter sich hatte, als wir uns auch mit den ganzen Nachhaltigkeitsthemen beschäftigt haben und sie in diesen Themen natürlich aktiv war und auch für viele andere Firmen Nachhaltigkeitsthemen bearbeitet hat, haben wir uns entschlossen, dass wir auch diesem Weg folgen: Nachhaltigkeitsberichterstellung. Ich glaube, da sind erstmals wirkliche geschäftliche Kontakte zustande gekommen.

Dann, nachdem sie geheiratet hat, nachdem sie auch diesen Filmhof gegründet haben, hat mich die Monika ganz normal gefragt: Wäre das nicht ein interessantes Projekt für euch, da unter Umständen Kultursponsoring zu machen? Das ist ja in einem Bereich, wo die Telekom unter Umständen vielleicht nicht ganz immer so aktiv ist, Mistelbacher Gegend.

Ich habe gesagt: Du, wenn das vernünftig ist, und das ist ein ganz normales Thema, warum auch nicht? Wenn wir unsere Freikarten bekommen, wie es üblich ist, oder wenn wir unsere Werbe-Sujets haben, dann mache ich das gerne. Wir haben das dann gemacht, und das ist ganz normal über die Telekom gelaufen, außer im Jahr 2008. Warum? Im Jahr 2008 – und jetzt kommt das Kryptische, eine ganz normale Antwort – haben wir bei uns im Haus, bei der Telekom Austria das Marketing-Management geändert.

Ich hatte der Monika aber schon vorher versprochen, dass sie für 2008 noch einmal diese Zahlung von mir bekommt. Da ich aber dem neuen Management im Marketingbereich nicht mit irgendwelchen Altlasten die Themen erschweren wollte, habe ich gesagt: Rechne das bitte einmal über Peter Hochegger ab, dann ist das Thema für mich erledigt; was dann kommt, musst du mit meinem neuen Marketing-Management ausmachen. – Und das Marketing kam damals von der Mobilkom. Die haben ganz andere Interessen gehabt. Das war wirklich so einfach.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Nun sagt heute Vormittag Herr Dr. Hochegger – ich hoffe, ich gebe ihn hier korrekt wieder –, dass diese neuen Marketing-Kriterien vielleicht strenger angelegt worden sind, und der werbliche Gegenwert dem, was hier vereinbart war, nicht entsprochen hätte.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ich nicht beantworten, ich bin kein Werbefachmann.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber Sie können auch nicht ausschließen, dass es so war.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich will es weder ausschließen, noch will ich es ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich verstehe. Ansonsten, zu dieser Shitlist – ich bedaure den Begriff, aber er ist so, wie er ist –: Fällt Ihnen da etwas auf, wozu Sie eine Wahrnehmung haben? Was ist "Boris 35 Hektar in Kroatien am Meer"? – Das ist der letzte Punkt.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Keine Ahnung, da müssen Sie Boris fragen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Kann das der Boris Nemsic vielleicht sein?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich gehe davon aus, einen anderen Boris kenne ich nicht. Ich weiß nicht, ob der Gernot vielleicht einen anderen ... (*Abg. Amon: 35 Hektar in Kroatien am Meer!*) – Ich habe keine Ahnung. Ich war nicht beim Boris irgendwo privat in Kroatien, sondern nur auf Veranstaltungen, die die Vipnet durchgeführt hat in Dubrovnik, aber sonst nirgends. Also ich kenne das wirklich nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber Ihnen ist nicht bekannt, dass die Telekom einen kleinen Landbesitz in Kroatien am Meer hat? (*Mag. Fischer: Nein, nein, nein!*) – Nicht bekannt.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich meine, „Huber Sohn Lehrling in der TA“, ist das jetzt eine Shitlist oder was ist das jetzt?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, schauen Sie, uns liegt sie so vor. Ja, wir versuchen ja auch nur durch Befragung herauszufinden, ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe mit dem Menschen zehn Jahre lang zusammengearbeitet. Für mich ist das absurd.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das wirkt ja zum Teil auch für Personen und Institutionen, die hier vorkommen, **extrem** belastend. Und auch Sie widersprechen ja dem Grunde nach diesen Darstellungen, die der Herr Schieszler hier von sich gibt.

Ich beende einmal hier für die erste Runde meine Befragung.

(*Obfrau-Stellvertreterin Tamandl übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mag. Fischer! Ich bleibe zunächst einmal bei den Kursmanipulationen und versuche, das so zu machen, dass Sie auch antworten können.

Im „profil“ vom 1. August 2011 – Sie werden das wahrscheinlich kennen – sind die Herren Sundt, Nemsic, Schieszler und Sie abgebildet mit den Beträgen, die sie lukriert haben. Bei Ihnen stehen 320 000 € zu Buche. – Ist diese Zahl korrekt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Müsste korrekt sein, ja.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Okay. Jetzt haben wir auch schon Vertreter des Aufsichtsrates der Telekom hier gehabt, den damals amtierenden Aufsichtsratschef Michaelis und auch den aktuellen, Markus Beyrer. Dabei ist es immer um die Liste der Teilnehmer an diesem Stock Option-Programm gegangen, und wir haben erfahren dürfen, dass für die Vorstände der Aufsichtsrat zuständig war. Es wurde dann in der Hauptversammlung zwar generell beschlossen, aber ohne Namensnennung.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das gesamte Programm, ja. (*Abg. Mag. Kuzdas: Für das Gesamtprogramm?*) – Richtig, ja.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das ist so richtig?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist richtig, ja. Weil es um Aktienoptionen ging, musste es von der Hauptversammlung

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja, ja. Um dieses Stock Option-Programm, das 2000 aufgesetzt wurde.

Haben Sie im Vorstand gewusst, namentlich, wer die Mitarbeiter sind, die am Stock Option-Programm teilzunehmen haben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, absolut, sicher.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wir haben es leider bisher noch immer **nicht** vorliegen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß nicht, warum das ein Geheimnis ist, aber das war im Grunde genommen die erste Berichtsebene. Es waren Mitarbeiter der Tochtergesellschaften im Vorstand oder in der Geschäftsführung. Es waren unter Umständen der eine oder andere Spezialist, der jetzt nicht unbedingt eine

Führungsfunktion hatte in Form eines Bereichsleiterstatus. Aber das war im Wesentlichen die „Packung“, aus der sich das zusammengesetzt hat.

Und dann gab es, glaube ich, eine ganz normale Aufteilung. Es waren, ich kann es jetzt nicht mehr genau sagen, waren es jetzt 55 Prozent in der mobilkom oder umgekehrt, aber so wurde es dann aufgeteilt. Und die Mitarbeiter haben sich beschränkt sozusagen auf das obere Management, auf die Führungsebene und auf Geschäftsführer und Vorstände eventueller Tochtergesellschaften.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie waren ja als Vorstandsmitglied, nehme ich an, auch immer in den Aufsichtsratssitzungen? (*Mag. Fischer: Ja!*) – Haben Sie da irgendwann einmal diese Liste übergeben an den Aufsichtsratschef, eine komplette Liste?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe keine Liste übergeben.

Vielleicht hat das der Herr Sundt gemacht mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden. Aber ich glaube, das ist von Haus aus definiert worden. Wir haben irgendwann einmal den Kreis definiert, namenlos. Also sozusagen nach dem Motto: Wer ist berechtigt?

Und jetzt müssen wir aufpassen. Das heißt, nicht nur **berechtigt**, beim Aktienoptionsprogramm dabei zu sein, sondern auch Aktien zu **kaufen**; das war die erste **Verpflichtung**. Diese Mitarbeiter mussten ja Geld in die Hand nehmen und Aktien **kaufen**, um überhaupt bei dem Optionsprogramm dabei sein zu können. Einige davon, oder mehrere davon haben Kredite aufgenommen, damit sie die Aktien auch kaufen konnten.

Das wurde aber nicht namentlich festgelegt, sondern es wurde zuerst **funktional** festgelegt. Das heißt, wir sind über die Organisationsstruktur gegangen, haben gesagt: Okay, wir können so und so viele Mitarbeiter mit dem Thema betrauen. Das macht so und so viel aus. Und dann wurde festgelegt: erste Berichtsebene, eben Geschäftsführer, Vorstände und dergleichen. Also das ist funktional festgelegt gewesen und dann, soweit ich mich erinnere, **namentlich** eben aufgrund der Funktionsinhaber aufgefüllt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ist ja auch logisch so, weil ich bestimmte Regeln aufstellen muss und dann die Namen dazu. (*Mag. Fischer: Genau!*) – Weil wenn ich es auszahlen möchte, dann ... (*Mag. Fischer: Dann kann ich gleich einem jeden ...!*) – Dann geht es nur an eine Person? (*Mag. Fischer: Ja!*) – Herr Mag. Fischer, am 2.8.2011 – das war für Sie wahrscheinlich ein unangenehmer Tag – wurden Sie einvernommen vom Bundesamt zur Korruptionsbekämpfung. (*Mag. Fischer: Ja!*) – Sie sagen zu dieser Causa: (*Mag. Fischer: Ach so, das war die Causa!*)

Zitat:

Zunächst macht Mag. Fischer nur allgemeine Angaben, da 2004 aus seiner Sicht auch schon sehr lange her sei.

Befragt zu dem Vorwurf, dass Zahlungen an die Euro Invest über Dr. Hohegger gelaufen sind beziehungsweise dass über Hohegger Bargeld für die Bezahlung freigespielt wurde, gab Fischer zunächst an, er könne sich das überhaupt nicht vorstellen. – Zitatende.

Und eine Seite weiter in dem Bericht heißt es – ich zitiere –:

Nach dieser Bedenkzeit gab Mag. Fischer an, dass es am 26.2.2004 oder einen Tag davor eine Besprechung des Vorstandes gegeben habe und es darum ging, einen

Investor zu finden, der Aktien zukaufft und damit die Erreichung des Kursziels möglich macht. – Zitatende.

Bestätigen Sie auch hier diese Aussage?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich entschlage mich jetzt der Antwort. Es tut mir leid, aber das ist ein Verfahren, das noch offen ist.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja, aber ich meine, manches Mal, Herr Mag. Fischer, spricht das Schweigen auch Bände, weil vor dem Bundesamt zur Korruptionsbekämpfung sind Sie als Beschuldigter geführt und müssen nicht wahrheitsgetreu aussagen. Ich hätte gedacht, diese Aussage scheint plausibel und wahr und wollte die nur im Ausschuss auch bestätigt haben.

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Die Aussage, die Sie jetzt vorgelesen haben, bestätige ich, aber ich möchte dann mein Entschlagungsrecht für alle weiteren Themen in diesem Themenkomplex in Anspruch nehmen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Okay. Dann wechseln wir **ein wenig** das Thema. Sie kennen, nehme ich an, das Projekt „Flieder“, zumindest aus den Medien.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, aber es sagt mir jetzt nichts. Aber Sie werden mir gleich auf die Sprünge helfen; ich gehe davon aus.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das ist ein Auftrag, den die Telekom Austria an Deloitte vergeben hat.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Okay, die Untersuchung, die interne.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Und da gibt es einige – ich weiß nicht, wie ich sagen soll – **aufklärungsbedürftige** Sachverhalte.

Diesen Deloitte-Bericht gibt es über Hochegger.Com, über die Valora. Und konkret, der Vorhalt geht in Richtung Valora:

Die Valora Unternehmensberatung und -beteiligung AG, in Folge Valora AG, wurde von der Telekom im Zeitraum von Juli 2004 bis September 2008 mit insgesamt 16 Aufträgen zu einem Gesamthonorar von 7 549 000 € beauftragt. – Zitatende.

Und weiters heißt es in dem Bericht:

Adressat der Angebote waren immer Herr Schieszler und/beziehungsweise Herr Fischer. Unter der Annahme, dass es sich bei den Valora-Aufträgen um Beratungsverträge handelt, wurde die Vertretungsbefugnis gemäß geltender Unterschriftenordnung bei Vertragsabschluss nur in drei der 16 Fälle eingehalten. – Zitatende.

Was sagen Sie dazu?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Grundsätzlich: Wenn Sie derartige Aufträge haben, dann ist es naturgemäß so, dass es normalerweise der Vorstand unterschreibt, wenn solche Aufträge kommen. Das ist auch nichts Ungewöhnliches. Oder, ich habe das auch damals schon erwähnt, entweder ein Vorstand mit einem Prokuristen oder wenn es eine geringere Höhe ist, zwei Prokuristen, je nachdem, wie die Wertgrenzen liegen.

Ich verstehe den Vorhalt nicht mit den Themen, dass es nur in drei Fällen eingehalten wurde. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wir werden dann auf einzelne Projekte noch eingehen, um die Sache verifizieren zu können.

Ich zitiere weiter:

Die Freigabe beziehungsweise die Prüfung der Eingangsrechnung, somit auch der Leistungsbestätigung, erfolgt in der Regel durch Herrn Frauenholz oder Herrn Schieszler. – Zitatende.

War Herr Frauenholz in der Lage, diese Leistungskontrollen tatsächlich durchzuführen? Hat der genau den Bestellumfang, die Leistungserbringung gekannt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wenn Sie den Herrn Frauenholz gekannt **hätten** in seiner aktiven Zeit (*Abg. Mag. Kuzdas: Ich kenne ihn!*), dann ist Ihnen sicher bewusst, dass der ein Mensch ist, der sehr akribisch mit diesen Themen umgegangen ist und auch nicht sehr zimperlich. Wenn der Frauenholz sich mit diesem Thema normalerweise – und so habe ich das immer eingeschätzt – beschäftigt und einen Nachweis sagt, okay, das ist passiert, dann hat er sich **irgendwo** rückversichert – wo auch immer, ich weiß es nicht –, hat nachgefragt, ob die Leistung tatsächlich erbracht wurde, wie sie ausgeschaut hat, was gemacht wurde. Ich glaube nicht, dass Herr Frauenholz Blanko-Unterschriften auf ein Papier gesetzt hat.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Bei wem könnte sich Mag. Frauenholz erkundigt haben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das hängt davon ab, mit welchem Themenbereich diese Unterschrift behaftet war.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Bleiben wir bei diesen genannten Fällen, wo Sie oder Schieszler als Auftraggeber, als Adressat des Angebotes gegolten haben.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, entweder beim Gernot Schieszler selbst oder bei mir, oder wenn sonst irgendjemand involviert war, was ich jetzt nicht beantworten kann, aber das ist normal der Fall.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): War es üblich, dass die interne Abteilung bei Aufträgen an die Valora nicht involviert war? (*Mag. Fischer: Welche interne Abteilung?*) – So steht es da. Ich nehme an, da geht es um die zuständigen Fachabteilungen oder um die Marketingabteilungen. Sie haben ja auch Public Affairs in der Telekom gehabt.

Warum waren diese Abteilungen bei Valora-Aufträgen nicht eingebunden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Jetzt sage ich Ihnen ganz offen und ehrlich, das ist auch etwas, das ich nicht verstehe. Das ist ein absoluter **Schwachsinn!** Viele dieser Menschen waren in diesen Projekten zum Teil involviert. Aber es gibt so viele Menschen, die wir alle kennen, die den Herrn Hochegger heute auch nicht mehr kennen, ja, in ihrer Vergangenheit. Das ist halt leider so.

Aber es gab, glaube ich, kein einziges Projekt, vielleicht das eine oder andere, ich will das nicht abstreiten, ich will auch keine falsche Zeugenaussage machen, aber in vielen der Projekte, die wir abgewickelt haben, war der eine oder andere Mitarbeiter involviert oder er **wusste** vom Themenbereich her, was da eigentlich erreicht werden sollte.

Also zu sagen, Sie haben das alle nicht gewusst, das klingt zwar sehr nett – ist auch protokollarisch festgehalten –, aber ich kann nur sagen: Es stimmt **nicht!**

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Weiters heißt es in dem Bericht:

Die Aufträge wurden in der Regel mit pauschalen Honoraren ohne Offenlegung der zugrundeliegenden Stundensätze beziehungsweise des benötigten Zeitaufwandes verrechnet. – Zitatende.

Wie darf man sich das vorstellen: Schickt Valora ein Angebot aus Beliebigkeit? Sie sagen: Ja, das machen wir! – Oder wie funktioniert das?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nehmen wir ein Beispiel. Bleiben wir bei konkreten Beispielen, weil wir diskutieren ja sehr polemisch bei dem Thema:

Wenn ich einen Auftrag vergebe, und einer der Aufträge zum Beispiel war der Kauf der **eTel** damals ... – Ich habe das auch, glaube ich, bei meiner ersten Einvernahme erzählt. Das ist ein relativ komplexes Thema, wo das Unternehmen nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt bereits beginnt, nachzudenken und zu sagen: Jetzt kaufen wir, und jetzt machen wir eine große Werbekampagne, und jetzt reden wir mit den Eigentümern! Als **börsennotiertes** Unternehmen funktioniert das nicht.

Man beauftragt eine Lobbying-Agentur oder die PR-Agentur, in unserem Fall war es Peter Hoegger, mit dem wir ja sehr lange Jahre zusammengearbeitet haben. Wir haben gesagt: Peter, du, check einmal: Wollen die verkaufen? Ist der Eigentümer bereit? Was kostet das Vehikel? Was stellen sie sich vor? Wie tun sie das? – Dann schickt man den los, und der rennt los und schaut einmal und bringt Informationen ein. Er bedient sich vielleicht auch damit, dass er den einen oder anderen unter Umständen auch noch mit in dieses Gespräch involviert. **Wir** bekommen dann die und die und die Information. Dann werden die nächsten Meetings festgelegt, und im Endeffekt endet dann der Auftrag damit, dass das Zielobjekt gekauft wird – oder eben nicht gekauft wird.

Da **brauche** ich **keinen** Leistungsnachweis, weil der Leistungsnachweis ist das, was passiert ist, nämlich ich habe das Unternehmen gekauft und die Vorarbeit, dass ich es tun konnte, hat genau dieses Unternehmen erreicht.

Deswegen habe ich immer Probleme mit all diesen **Leistungsthemen**, weil es gibt sehr viele Bereiche, wo Sie einfach einen Zettel haben und sagen: Habe ich jetzt mit 17 Leuten gesprochen?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Es geht ja nicht immer um Akquisitionen, es geht ja auch um Lobbying-Aufträge.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ausschreibung Bund zum Beispiel, kann ich Ihnen auch gerne sagen, IP-Telefonie. Ich bin heute sehr sprudelhaft bei diesen Themen. (*Abg. Mag. Kuzdas: Da kommen wir noch hin!*) – Das sind ja **die Beispiele**, die Sie hören wollen, bitte. (*Abg. Mag. Kuzdas: Ja, wir kommen noch dorthin!*) – Gerne.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Es geht jetzt konkret um Lobbying-Aufträge an die Valora, und da hält Deloitte fest:

Es liegen kaum Dokumentationen über durchgeführte Tätigkeiten vor. – Zitatende.

Und: Das Honorar der Valora AG für die Begleitung der Verkäufe eTel Polen, eTel Ungarn scheint nicht marktüblich. – Zitatende.

Das werden wir uns dann im Detail auch noch anschauen.

Und: Das Vorhaben zur Gründung eines Private Equity Fonds in Zypern ist in der Telekom Austria nicht bekannt. – Zitatende.

Und: Bei Aufträgen, bei denen Deliverables, Studien, Präsentationen vereinbart wurden, wurden keine Leistungsnachweise gefunden. – Zitatende.

Das heißt, wenn es um Leistungsnachweise geht, im Konkreten **Deliverables**, dann gibt es sie nicht.

Daher nochmals die Frage: Wie hat Mag. Frauenholz diese **sachliche Richtigkeit** – so sagt man, glaube ich – bestätigen können, wenn keine Leistungen vorfindbar sind?

Inq. Mag. Rudolf Fischer: Wahrscheinlich, indem er mit dem Betroffenen gesprochen und gesagt hat: Was ist da passiert bei dem ganzen Thema? Oder er hat es auch schon im Vorhinein gewusst. Der Einkauf ist ja von Haus aus involviert in den Beschaffungsprozess. Es ist ja nicht so, dass man sagt, jetzt bestellen wir irgendetwas, machen ein paar SAP-Nummern, geben ein paar Ziffern ein und der Einkauf bestellt das so ohne irgendwelche Themen.

Das heißt, wenn solche Aufträge vergeben wurden, dann hat man das natürlich auch mit dem Einkauf abgestimmt und hat gesagt: Pass auf, das ist das und das an Inhalt!

Es gibt da sehr viele Aufträge – das ist vielleicht nicht schlau, aber es ist notwendig –, die ein Codewort haben oder die im Grunde genommen nicht unbedingt das tatsächliche Zielobjekt oder was immer es auch ist, in dem Text involviert haben, weil man nicht haben will, dass das ganze Haus weiß, womit man sich jetzt beschäftigt.

Wenn Sie schon diesen Fonds ansprechen in Zypern, dann kann ich Ihnen ganz genau sagen, was da passiert ist. Wir waren **sehr** daran interessiert, zu einer gewissen Zeit Nachkonsolidierung durchzuführen. Es gab sehr viele alternative Netzbetreiber in Österreich und die größten, die wir hatten, außer der UPC, waren eigentlich die Tele 2, die eTel, und dann gab es natürlich ein paar andere auch noch zu dem Zeitpunkt – die UTA damals natürlich.

Für uns war es wichtig, zu schauen, wie kann man den Markt am besten konsolidieren. Gibt es die Möglichkeit? Wir hatten – und das habe ich auch in einer Aussage bei der Einvernahme bestätigt – auch ein Projekt, das sich mit dem Ankauf der UTA beschäftigt hat. Das ging dann leider nicht, weil der Preis oder die Preisvorstellung des ursprünglichen Eigentümers zu hoch war. Wir haben dann von diesem Projekt abgesehen, haben uns dann weiter mit dem Thema beschäftigt, haben uns mit der eTel beschäftigt.

Dann kam die Idee, die eTel eigentlich dazu zu verwenden, Marktkonsolidierung zu betreiben, einen vernünftigen Fonds aufzusetzen, der geführt wird von den Eigentümern der eTel. Der Fonds sollte in Zypern sitzen, und über diese Fondsfinanzierung sollte dann eigentlich die Marktkonsolidierung in Österreich betrieben werden. Das war eigentlich der Hintergrund von dieser ganzen Geschichte.

Es ist überhaupt nichts Kryptisches dabei, sondern das ist eine marktpolitische, eine marktstrategische Überlegung, die dann halt nicht erfolgt ist, weil wir sie nicht durchführen konnten.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Kollege Kuzdas, die 7 Minuten sind an und für sich zu Ende. Entweder Sie haben noch eine kurze Nachfrage oder sonst dann in der nächsten Runde?

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Nein, dann werden wir in der nächsten Runde weitermachen.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Nachdem der Herr Kollege Petzner vorher nicht da war und die Fraktionsführer der Oppositionsparteien offenbar draußen Pressegespräche geführt haben, der Herr Kollege Petzner dann seine Wortmeldung versäumt hat, würde ich vorschlagen, wenn die anderen Fraktionen nichts dagegen haben, dass ich den Kollegen Pilz jetzt drannehme und ihn dann in der ersten Runde als Letzten dranhänge. – Ich habe keine anderen Äußerungen. Dann ist der Herr Kollege Pilz am Wort, bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Beginnen wir mit der ganzen Causa **Amon**. Es hätte im Bereich der ÖVP eine große Auswahl gegeben, insofern war es nicht ganz klar, womit ich beginne. (*Heiterkeit im Saal.*) Ich muss schon sagen, die Auswahl fällt

schwer. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist die Sympathie!*) – Nein, wir lassen uns nicht von Sympathien leiten. Wo sollten wir sie hernehmen?

Ich möchte Sie befragen aufgrund der zweiten Zeugenvernehmung von Herrn Rudolf Habeler vom 8.3.2012. Herr Habeler war im ÖAAB Organisationsreferent und im Wiener Pressverein, der diese „Freiheit“ herausgeben hat; er war Stellvertreter von Herrn Amon.

Herr Habeler weist immer wieder darauf hin, dass eigentlich **Amon** zuständig war für sämtliche Verhandlungen und so weiter. Der wesentliche Punkt – und das lese ich Ihnen vor, und zwar wörtlich – : Da wird auf die Rechnungen Bezug genommen, die von Valora bezahlt worden sind. Ich zitiere:

Im ÖAAB ist für solche Verhandlungen immer der Generalsekretär –
im Jahr 2007 eben Werner Amon –

zuständig, und es wurden alle Verhandlungen von diesem geführt. Ob im gegenständlichen Fall Amon von sich aus aktiv auf die Telekom zugeht oder sich die Telekom an den ÖAAB beziehungsweise Amon gewandt hat, kann ich nicht angeben. Dazu habe ich keine Wahrnehmungen. – Zitatende.

(*Obfrau Dr. Moser übernimmt den Vorsitz.*) Herr Habeler stellt also außer Streit, dass es da direkte Gespräche zwischen dem Herrn Amon und der Telekom Austria AG gegeben hat.

Was können Sie dazu sagen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann jetzt nur aus meiner eigenen Wahrnehmung heraus sagen, ich habe mit dem Herrn Amon über diese Themen überhaupt nie gesprochen. Ich glaube, ich habe ihn auch nie vorher gesehen, es tut mir leid; vielleicht haben wir uns irgendwann einmal gesehen, aber wir haben uns eigentlich hier kennen gelernt. Ich möchte das schon festhalten.

Und jetzt sage ich das auch noch einmal: Wir haben Bettelbriefe aller Institutionen bekommen – und ich meine „Bettelbriefe“ nicht abwertend, sondern das sind sie halt –, die fangen an beim Kleingärtnerverein und enden dann halt irgendwo beim ÖAAB oder bei sonst irgendjemandem. Manche wurden dann abgearbeitet, manche wurden nicht abgearbeitet. Ich habe die zum Teil nicht einmal gesehen. Die kommen bei uns ins Haus, fließen in die Organisation, und irgendjemand sagt dann: Machen wir, oder machen wir nicht! – Entschuldigung, das sind ja keine Beträge!

Herr Abgeordneter, Sie waren leider nicht da bei meiner Einleitung. Wir leben in einem System, wo wir im Grunde genommen tagtäglich – und ich möchte das jetzt wirklich sagen: tagtäglich – solche Briefe empfangen haben, Anrufe bekommen haben für Sponsoring hier, Sponsoring dort. Noch einmal: keine Ausreden, aber es ist so. Es ist gelebte Systematik. Und man hat sich den einen Themen gewidmet, den anderen nicht, weil man sich vielleicht etwas versprochen hat oder nicht versprochen hat. Aber das ist es auch schon. Da steckt keine Politik dahinter, da steckt nur die Politik dahinter, sich – wenn Sie es genau wissen wollen – Gefälligkeiten zu erkaufen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich gehe ja auch davon aus, dass Sie die Kleingartenvereine deswegen nicht unterstützt haben und den ÖAAB deswegen unterstützt haben – obwohl beide Bettelbriefe geschickt haben –, weil Ihnen der ÖAAB wesentlich mehr leidgetan hat und weil er einen wesentlich bedürftigeren Eindruck gemacht hat als die Kleingartenvereine. (*Mag. Fischer: Herr Pilz, ...!*) Ich kann das durchaus nachvollziehen. Und die Telekom ist auch ein Unternehmen mit einem großen Herz. Der, der am armseligsten daherkommt, kriegt das meiste Geld. Das ist

das Spendenprinzip der Telekom. – Danke für diese Auskunft, nur: Das habe ich Sie nicht gefragt.

Ich habe Sie etwas anderes gefragt. Ich versuche, herauszubekommen, wer der Gesprächspartner und der Verhandlungspartner war (*Mag. Fischer: Ich nicht! Aber ich nicht!*) – und nicht der Bettelpartner. (*Mag. Fischer: Das habe ich beantwortet!*) – Das hätte ja auch gereicht.

Meine nächste Frage: Wer in der Telekom – denn der Kollege Amon wird es ja sicherlich auch wissen wollen – käme oder wäre damals als Gesprächspartner für den Herrn Amon infrage gekommen? Herr Habeler weist uns ja sehr klar darauf hin: Herr Amon hat mit Telekom das Ganze besprochen und vorbereitet, damit dann diese Scheinrechnungsgeschichte über die Valora abgewickelt werden kann.

Wer wäre dann – wenn Sie es nicht waren – infrage gekommen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe keine Ahnung. Es kann aus dem Marketingbereich sein, es kann aus dem Werbebereich sein, es kann aus dem Sponsoringbereich sein. Ich habe keine Ahnung.

Noch einmal: Ich kann mir nicht vorstellen – und jetzt nehme ich nicht irgendjemanden in Schutz – (*Abg. Dr. Pilz: Es geht mir nicht um Ihre Vorstellung!*), dass der Herr Amon mit irgendeinem Mitarbeiter der Telekom Austria über 10 000 € Sponsoring gesprochen hätte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Fischer, Ihr Vorstellungsvermögen ist für mich **völlig uninteressant!**

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Oja! Sie haben mich jetzt auch gefragt, ob ich mich erinnern kann und ob ich weiß, wer ein Partner sein **könnte**.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hören Sie ein bisschen genauer zu! Ich habe Sie gefragt, wer Ihres Wissens nach **in Frage kommt**. Ich werde das jetzt an einem Punkt präzisieren. Ich glaube nicht, dass alle Mitarbeiter der Telekom – bis zu den Fernmelde-Monteuren – in der Valora Scheinrechnungen in Auftrag geben konnten.

Wer konnte Hochegger sagen: Gib dem ÖAAB Geld, unter welchem Titel auch immer! Wer konnte der Valora gegenüber derartige Anordnungen treffen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Entschuldigen Sie, Herr Dr. Pilz, Sie machen eine Unterstellung. Sie sagen, „unter welchem Titel auch immer“. Ich meine: Ich glaube, vernommen zu haben, dass es ursprünglich darum ging, eine Werbeeinschaltung durchzuführen. Ob die dann durchgeführt wurde oder nicht, entzieht sich meiner Kenntnis, und ich will es auch gar nicht wissen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das wird letzten Endes der Staatsanwalt klären.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Genau so ist es; und deswegen ist es eine Unterstellung, dass es eine Scheinrechnung ist. Sie wissen es nicht, und ich weiß es nicht. (*Abg. Dr. Pilz: ich weiß es schon!*) – Okay, Sie wissen es, aber ich weiß es nicht. (*Abg. Dr. Pilz: Ja, das ist der Unterschied!*) – Ich kann nur sagen: Ich weiß nicht, mit wem der ÖAAB zu dem Zeitpunkt damals gesprochen hat. Das einzige, was ich sagen kann: Das sind Bettelbriefe, die gekommen sind, und ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich an meine Frage erinnern?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß es, ja, aber ich kann sie Ihnen nicht beantworten, weil ich es nicht weiß.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich habe Sie etwas anderes gefragt: Wer war *befugt*, der Valora gegenüber Anordnungen zu geben, an wen Telekom-Gelder über die Valora ausbezahlt werden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe es gesagt: Es könnte der Marketingchef gewesen sein, es könnte der PR-Chef gewesen sein, es könnte aus der Public-Relations-Abteilung gekommen sein. Der Michi Fischer hätte es machen können, ja, wie er damals bei uns war. Ich meine, da gibt es fünf, sechs, die das hätten machen können.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, dann nennen Sie bitte die Namen!

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß sie nicht mehr, Herr Pilz, ich weiß es nicht mehr, weil ich nicht mehr in dem Unternehmen bin und seit drei Jahren mit diesem Thema abgeschlossen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kurze Frage zu einem anderen Komplex. Ich glaube, wahrscheinlich werden wir da andere Auskunftspersonen brauchen. Die geeignetste Auskunftsperson, um draufzukommen, wer mit dem Abgeordneten Amon hier verhandelt hat, wäre doch der Abgeordnete Amon. Der weiß sicher mehr darüber als Sie; aber das ist ein anderes Kapitel.

Zur Abgeordneten *Hakl*: Herr Dr. Hohegger hat heute hier im Ausschuss ausgesagt, es habe ein Gespräch zwischen der Abgeordneten Hakl etwa im Juni/Juli 2008 gegeben mit einem Fischer, aber er konnte nicht sagen, ob das Rudolf Fischer oder Michael Fischer war.

Können Sie etwas dazu sagen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann nur zitieren, ich war im Juni/Juli 2008 einen Monat vor meinem Abflug. Ich hätte kein Interesse mehr gehabt, Frau Hakl – wenn Sie es genau wissen wollen – jetzt irgendwo noch ein Sponsoring zuzusagen, weil ich am 31. Juli 2008 aus dem Unternehmen ausgeschieden bin.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie zu dieser Zeit ein Gespräch mit der Abgeordneten Hakl geführt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Falsche Zeugenaussage. Vielleicht habe ich ein Gespräch mit der Frau Hakl geführt, aber nicht über irgendein Sponsoring.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Das heißt, wenn wir davon ausgehen, dass Herr Dr. Hohegger hier korrekt ausgesagt hat, dann müssten wir eigentlich den Michael Fischer dazu befragen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Rein theoretisch, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie sonst irgendwelche Wahrnehmungen – ich glaube, Sie haben im Grunde schon Nein gesagt; ich frage zur Sicherheit noch nach – im Zusammenhang mit dieser 20 000-€-Zuwendung an die Firma „Headquarter“?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das sagt mir überhaupt nichts. Ich kenne die Firma „Headquarter“ auch nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie sonst irgendwelche Wahrnehmungen über finanzielle Zuwendungen an die Abgeordnete Hakl oder an ihr Umfeld? (*Mag. Fischer: Nein!*) – Ich nehme an, meine Fragezeit ist jetzt ohnehin verbraucht.

Bei den weiteren Fragen in der zweiten Runde geht es dann um den Bauernbund. – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Jetzt wird die Fragezeit vom Abgeordneten Petzner nachgeholt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bedanke mich bei der Kollegin Tamandl und der Vorsitzenden Moser, dass ich doch noch die Möglichkeit habe, meine Fragen zu stellen.

Ich möchte eingangs noch einmal auf das Grundsätzliche zurückkommen. Hohegger bezeichnet diese Zahlungen, die über die Valora gelaufen sind in die verschiedensten politischen Richtungen, Personen – sei es in Form von Sponsorings, Druckkostenbeiträgen, Finanzierungen, Beraterverträgen, was auch immer –, als **Netzwerkpflege**.

Sie haben das jetzt als **System der Gefälligkeiten** bezeichnet, und dass es in Österreich üblich sei, dass eine Hand die andere wäscht. – Ich bezeichne das schlichtweg als **Kauf der Politik**, der da stattgefunden hat, und ich frage Sie:

Können Sie als ehemaliger Vorstand der Telekom Austria mir eine Schätzung darüber abgeben, wie hoch jene Summe zirka ist, die – jetzt verwende ich Ihre Worte – für die Pflege des **Systems der Gefälligkeiten** insgesamt verwendet wurde?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Petzner, beim besten Willen: Ich kann das leider nicht. Das hat der Herr Hohegger in den meisten Fällen abgearbeitet. Er hat uns ja auch in vielen Fällen danach erzählt, was getan wurde, aber im Grunde genommen war das seine Verantwortung. Ich habe wirklich keinen Überblick darüber. Es tut mir leid, ich kann es nicht sagen. Ich will jetzt auch nicht irgendeine Ziffer nennen, die dann komplett falsch ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber wir reden nicht von Hunderttausenden Euro, sondern eher von der überschrittenen Millionengrenze?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Über mehrere Jahre hinweg schon, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe das auch alles da: Es sind Millionen, die für dieses System der Gefälligkeiten verwendet wurden – oder des Politikerkaufs, wie ich es bezeichne.

Meine Frage: Wer ist eigentlich auf diese Idee gekommen? Von wem ist die Initiative ausgegangen, die Valora dafür als Vehikel zu verwenden, den Herrn Hohegger dafür einzusetzen? Wie muss man sich das konkret vorstellen? Wer hat denn dieses – ich verwende wieder Ihre Worte – **System der Gefälligkeiten** innerhalb der Telekom erfunden und das dann mit dem Herrn Hohegger umgesetzt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, das ist nicht ein Thema, das man erfindet, sondern das ist ein Thema, das einfach **passiert ist** im täglichen Leben. Ich habe das auch bei meiner ersten Aussage hier bereits erwähnt, dass der Herr Hohegger ja mitgekommen ist als damalige PR-Agentur von der Mobilkom, wir uns kennengelernt haben, er das Unternehmen kannte, wir als Unternehmen in einer relativ schwierigen Situation waren, mit vielen, vielen Themen, die wir abarbeiten mussten.

Auch wenn Sie heute das Thema als **Politikerkauf** bezeichnen: Für uns war es enorm wichtig, zu verstehen und zu wissen, wie einzelne Themen, die das Unternehmen wirklich berühren, verändert werden können, was man machen muss, oder ob es Möglichkeiten gibt, Themen in die positive Richtung auch für das Unternehmen zu lenken.

Dieses System ist aufgrund der Notwendigkeiten des Systems entstanden. Da hat man nicht darüber gesprochen, sondern es ist einfach **passiert**. Man hat die ersten Themen gehabt, zum Beispiel Regulierungsthemen, oder man hat die ersten Themen im

Bereich des Beamten-Dienstrechtes gehabt. Dann haben wir angefangen, einmal zu diskutieren, und dann kamen die Diskussionen hoch: Ja, wir haben kein Netzwerk, wir müssen reden, wir brauchen die Leute. – So entsteht das; ganz normal, ohne irgendeinen strategischen Hintergrund.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn Sie sagen, es ist irgendwie alles ganz normal, ohne strategischen Hintergrund, das ist halt in Österreich so, dieses System der Gefälligkeiten, dann gehe ich ja davon aus, dass Sie auch ausschließen können, dass dieses System der Gefälligkeiten und dieser Millionenbeträge, die hier geflossen sind, von strafrechtlicher Relevanz ist – Stichwort Untreue, Stichwort korruptes Verhalten –, oder können Sie das nicht ausschließen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das, was über die Firma Hohegger aus meiner Sicht abgelaufen ist – und das ist meine persönliche Wahrnehmung zu dem Thema –: Hier wurde nichts getan, was strafrechtlich relevant ist. Wir haben niemanden bestochen. Wir haben niemanden in irgendeiner Art und Weise zu korrumpieren versucht. Wir haben keinen Amtsträger in irgendeiner Art und Weise derartig beeinflusst, dass es strafrechtlich relevant ist.

Es war immer so, dass viele dieser Themen durch Herrn Hohegger persönlich abgewickelt wurden. Es gab auch keinen Auftrag von uns an den Herrn Hohegger, wo drinnen steht: Und jetzt reden Sie mit dem Herrn Sowieso, und dann machen Sie dies und dort; sondern das hat ja er selbst in der Wahrnehmung des Interesses des Unternehmens selbst durchgeführt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie haben einfach dem Herrn Hohegger das Geld gegeben und gesagt: Mach damit, was du willst, im Rahmen deines Systems der Gefälligkeiten!

Ing. Mag. Rudolf Fischer: So würde ich das nicht unbedingt bezeichnen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben es aber gerade so dargestellt.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Naja, das Problem: Was Sie jetzt versuchen, ist, das gesamte System als Politikerkauf und als korrupt darzustellen. Aus meiner Sicht – und ich habe das im Eingangsstatement erwähnt – ist es ein System, in dem gelebt wird, das jahrzehntelang gelebt wurde. Wir können es heute ändern – haben wir kein Problem damit –; wir sollen aber nicht jetzt anfangen, nachzudenken.

Ich kann heute immer noch sagen, ich habe keinen einzigen Politiker bestochen, ich habe kein einziges politisches System bestochen. Wenn wir eine Einschaltung in einer parteinahen Zeitung machen, oder wenn wir den ÖGB sponsern, dann ist das ein Thema, da gibt es eine **Gegenleistung** dazu.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich glaube, dass wir dieses **System der Gefälligkeiten** dringend ändern und auch die Gesetze verschärfen müssen, und dazu ist ja auch dieser Ausschuss da.

Ich frage noch einmal: Das heißt, Sie gehen davon aus, dass dieses System der Gefälligkeiten strafrechtlich irrelevant ist. Ich schließe daraus auch, dass Sie davon ausgehen, dass es zu jeder Zahlung, die über Hoheggers Valora im Rahmen dieses Systems der Gefälligkeiten geleistet wurde, auch eine nachweisbare konkrete **Gegenleistung** gegeben hat, denn wäre das nicht der Fall, wären wir ja im Bereich des Untreueverdachts drinnen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, wir sollten jetzt nicht zwei Sachen vermischen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eben, das wollte ich ja wissen; weil Sie vorher die Firma Hohegger genannt haben: Reden wir bei diesem System der Gefälligkeiten jetzt von Hohegger und damit auch von der Valora oder ...?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, das ist ein generelles Thema. Früher war es die Hohegger.Com, dann war es die Valora. Ich glaube, wir haben schon diskutiert, warum es zu Valora gekommen ist.

Aber das Thema ist ein anderes. Wir haben konkrete Aufträge an die Valora oder an die Hohegger.Com vergeben, ganz normale reguläre Aufträge. Zur Netzwerkpflge hat der Herr Hohegger bestimmte Gelder eingesetzt, um Zeitungsinserate zu schalten, Werbekostenpauschalen zu machen, Sponsorings durchzuführen – und, und, und.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Sie haben da die Gegenleistung auch immer kontrolliert und überprüft?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist nicht mein Thema. Er hat es bestellt. Ich habe es nicht bestellt. Ich habe eine andere Leistung bestellt. Ich habe die Leistung bestellt, und die habe ich abgerufen, und die Leistung, die wir damals beauftragt haben, die wurde auch durchgeführt.

Dass Herr Hohegger einen Teil dieses Geldes für sein eigenes Gemeinkostenprogramm umsetzt, das ist nicht mein Problem.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie, der Herr Hohegger hat Folgendes ausgesagt – wir gehen ohnehin schon in die Richtung –, er hat von der Telekom Austria normale Aufträge gekriegt. Die Hohegger-Gruppe insgesamt war damals die größte Werbeagentur/PR-Agentur des Landes.

Dann hat er immer bei der Valora 10 Prozent der Auftragssumme – er behauptet das halt – für seine **Netzwerkpflge** verwendet – oder wie Sie es formulieren: für das **System der Gefälligkeiten**.

Ist das so korrekt, wie das der Herr Hohegger hier angegeben hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ich weder abstreiten, noch kann ich es bejahen. Das kann schon möglich sein. Vielleicht hat er sich das irgendwann einmal mit dem Einkauf ausgemacht. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben ja selber gerade gesagt, Sie haben Aufträge an den Hohegger erteilt, und was er dann mit dem Geld gemacht hat, oder mit einem Teil davon, wissen Sie nicht genau, das war Ihnen auch wurscht, sondern es ist Ihnen darum gegangen, dass Sie gewusst haben, er betreibt damit „Netzwerkpflge“.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich möchte das schon konkretisieren (*Abg. Petzner: Ja, bitte darum!*), weil es ganz wichtig ist. Das ist ein springender Punkt bei diesem Thema. Wenn ich Ihnen als Unternehmer heute einen Auftrag gebe und Sie eine bestimmte Arbeitsleistung durchführen, und Sie kommen dann drauf und sagen, ich brauche eigentlich einen Schreibtisch für diese Aufgabe, und Sie kaufen sich einen Schreibtisch für diese Aufgabe, dann haben **Sie** den Schreibtisch gekauft – und nicht ich.

Das ist so, weil Sie dazu ein Arbeitsmittel brauchen. Genauso sehe ich das auch. Wir müssen schon trennen: Wir haben dem Herrn Hohegger einen Auftrag gegeben, der ist mit Aufträgen beschrieben. Warum es in einigen Fällen keinen Leistungsnachweis gibt, das kann man erklären, aber das hat nichts mit dem anderen Thema zu tun.

Dass der Herr Hohegger einen Teil dieses Geldes, das er über Aufträge verdient hat, dazu verwendet hat, das Netzwerk zu pflegen, um im Endeffekt natürlich auch die Position der Telekom Austria zu stärken, das war seine Entscheidung. Er hätte es genauso gut als Gewinn verbuchen können.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie sehen sich als Pontius Pilatus und sagen, den Rest hat der Herr Hohegger gemacht und das betrifft uns nicht.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, ich bin nicht der Pontius Pilatus, und ich wasche meine Hände auch nicht dauernd in Unschuld, sondern es geht darum, dass eine PR-Agentur oder auch eine Lobbyingagentur, wie wir es bezeichnen, Geld für Netzwerkpflege ausgibt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann gehen wir jetzt zu einem konkreten Beispiel: Wo liegt denn der Nutzen der Telekom oder die Gegenleistung für die Telekom, dass die Telekom über Hoheggers Valora in einem Umfang von rund 40 000 € Politikerumfragen über das Meinungsforschungsinstitut market bezahlt?

Thema dieser Meinungsfragen sind Images von Politikern – konkret das Image des damaligen Finanzministers Karl-Heinz Grasser: wie er in der Öffentlichkeit angekommen ist, wie seine Sympathiewerte sind, wie seine Imagewerte sind, wie seine Wählerwerte sind.

Wo ist da der Nutzen für die Telekom, Politikerumfragen zu bezahlen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist ein gutes konkretes Beispiel, weil das mit uns überhaupt nichts zu tun hat. Wenn Herr Hohegger Teile der Einnahmen, die er durch uns gemacht hat, dazu verwendet hat ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das waren aber **Telekom-Gelder**; das hat sehr wohl etwas mit euch zu tun!

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann es jetzt noch einmal formulieren: Wenn ich Ihnen einen Auftrag für eine bestimmte Werkleistung gebe ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Jetzt schieben Sie es wieder dem Hohegger zu!

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, ich schiebe es ... (*Abg. Petzner: Schon!*) – Entschuldigung! Wenn er Geld dafür verwendet, dass er eine Marktforschung über den Karl-Heinz Grasser durchführt, weil er wissen will, wie der Karl-Heinz Grasser in der Öffentlichkeit ausschaut, was hat das jetzt mit mir zu tun?

Und wenn er jetzt Gelder verwendet, die er von irgendwo eingenommen hat, dann hat er es für irgendetwas ausgegeben. Er hätte sich genauso gut eine Badewanne kaufen können.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das hat insofern mit Ihnen etwas zu tun, als es **Telekom-Gelder** sind.

Gehen wir zum nächsten Beispiel: „Neue Freie Zeitung“. Da gibt Zahlungen über 80 000 € – wieder Telekom-Gelder, über die „ZehnVierzig“ von Meischberger, wieder rückfinanziert über Hoheggers Valora mit Telekom-Geldern – für Berichterstattung – was weiß ich – Telekom-Agenden im Jahr 2004.

Und dann stellen wir fest, es gibt die Zahlung von diesen über 80 000 € über die „ZehnVierzig“ und Hoheggers Valora – es sind immer Telekom-Gelder, damit betrifft es wieder Sie –, und es ist nie eine Gegenleistung für die Telekom erbracht worden. (*Mag. Fischer: Ich bin es nicht leid, es noch einmal zu sagen!*)

Ist das auch im Rahmen Ihres **Systems der Gefälligkeiten** selbstverständlich, dass man über 80 000 € für etwas hinaushaut, was überhaupt nicht stattgefunden hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Petzner, jetzt sage ich es noch einmal – ich sage es auch zehnmal, wenn es sein muss –: Wenn ich einen Auftrag an irgendjemanden vergebe, und dieser Auftrag kostet x, und dieser jemand verwendet dann y von diesem Auftrag, um irgendwelche Themen durchzuführen, dann ist es nicht wirklich mein Thema. Wenn er das aber dazu tut, dass er unter Umständen seinem Auftraggeber auch noch eine Gefälligkeit tut, dann sage ich: danke, wunderbar!

Herr Hohegger hat ja nicht gefragt, ob er jetzt eine Einschaltung in der Zeitung machen soll, sondern er hat sich gedacht: Okay, wenn ich eine Einschaltung in dieser Zeitung durchführe, dann könnte das ein Vorteil für das Unternehmen sein! Er hat uns aber nie einen Auftrag verrechnet, wo drinnen steht, 80 000 € Einschaltung in der Zeitung.

Also: Ich verstehe den Zusammenhang nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Hohegger sagt in sämtlichen Beschuldigtenvernehmungen und auch hier im U-Ausschuss beruft er sich immer wieder darauf, in vielen dieser Geschäftsfälle beruft er sich immer oder bei einem Großteil beruft er sich immer darauf, dass das mit jeweils verantwortlichen **Telekom-Vorständen** immer akkordiert gewesen sei. Und am öftesten fällt dabei der Name Rudolf Fischer.

Daher frage ich Sie: In welche konkreten Geschäftsfälle dieses **Systems der Gefälligkeiten** waren Sie denn konkret eingebunden – oder haben Sie dazu keine Wahrnehmung? Zählen Sie einmal ein paar auf! Also scheinbar von der „NFZ“ haben Sie nichts gewusst, oder haben Sie da gewusst, dass es da eine Vereinbarung gibt und keine Leistung?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe bei vielen Themen nicht gewusst, dass es solche Vereinbarungen gibt. Es sind ja nicht alle Themen wirklich auch Vorstandsthemen. Ich meine, das Unternehmen hat ja ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie gewusst, dass Grasser-Meinungsumfragen finanziert werden? (*Mag. Fischer: Nein!*) – Von welchen Fällen aus diesem **System der Gefälligkeiten**, das Sie da mit Hohegger aufgezogen haben, wissen Sie denn konkret Bescheid und waren Sie involviert? Drehen wir es einmal um.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich will es jetzt nicht aufzählen, weil ich weiß gar nicht mehr alle auswendig. Aber der Peter Hohegger ist ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie müssen sie aufzählen. Sie müssen die aufzählen, die Sie wissen, und darum ersuche ich Sie jetzt!

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Hohegger hat mir das eine oder andere Mal erzählt, dass er dort und dort ein Sponsoring gemacht hat oder dass er ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wo „dort und dort“? Wo konkret?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann mich jetzt wirklich nicht mehr erinnern. (*Abg. Petzner: Ein einziges Beispiel!*) – Ja, vielleicht in einer Zeitung irgendeiner Partei. Oder vielleicht ein Sponsoring irgendeiner Veranstaltung. Oder vielleicht ein Sponsoring im Bereich der Stadt Wien. Das kann schon möglich sein. Das ist tagtäglich passiert.

Noch einmal: Ich habe mich mit dem Thema wirklich nicht beschäftigt. Herr Hohegger hat es mir gesagt. Er hat gesagt, er hat dort mein Sponsoring durchgeführt, und ich habe gesagt: Okay, passt, ja, wunderbar, warum nicht. **Er** hat es ja durchgeführt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist schon ein bisschen ein schlampiger Umgang. Sie sind ja Ihren Aktionären verpflichtet. Eine Sorgfaltspflicht sollte da schon gegeben sein.

Haben Sie zum Beispiel gewusst, dass die Telekom über Hoheggers Valora 10 000 € gezahlt hat für (*Abg. Tamandl stößt ein Glas um*) – die ÖVP wird schon nervös, aber wir sind jetzt gar nicht bei euch, ich komme zum Herrn Reichhold –, haben Sie gewusst, dass die Telekom über Hoheggers Valora 10 000 € gezahlt hat für die Diplomarbeit des Sohnes von Mathias Reichhold?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, habe ich nicht gewusst.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Na gut. Würden Sie im Nachhinein – das als Schlussfrage – als verantwortlicher Vorstand auch der Meinung sein, dass Sie sorgfältiger hätten sein müssen, auch im Interesse und in Ihrer gesetzlichen, aktienrechtlichen Verpflichtung gegenüber Ihren Aktionären, was die Verwendung von Telekom-Geldern, Firmengeldern durch den Herrn Hohegger betrifft?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Jetzt sage ich es zum letzten Mal, Herr Petzner, wirklich zum letzten Mal: Das Thema ist: Wir haben einen Auftrag vergeben, der ganz einen anderen Hintergrund gehabt hat. Und ich bin gerne bereit, mit Ihnen die Aufträge auch durchzugehen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, das machen wir noch.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Da gibt es viele dieser Themen. Und da kostet ein Auftrag einen bestimmten Preis. Jetzt können Sie sagen, der ist zu hoch oder das ist zu niedrig oder was auch immer. Da gibt es aber auch einen Erfolg zu diesem Auftrag, der sich auch bewerten lässt. Wenn er jetzt aus diesem Vertrag, den wir mit dem Herrn Peter Hohegger geschlossen haben, einen Teil dieses Geldes dazu verwendet, sein Netzwerk zu pflegen und zu sagen, ich brauche gute Kontakte, weil das ist die Hauptaufgabe eines Lobbyisten, dann ist das seine Entscheidung. Und das ist nichts Böses. Das hat weder etwas mit Untreue zu tun noch mit Korruption noch mit sonst irgendetwas. Naja, seien wir ganz ehrlich, das ist leider so.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist Aufgabe der Justiz, das im Rahmen der strafrechtlichen Ermittlungen zu klären. (*Mag. Fischer: Ja, sicher!*) Wir sind hier im politischen Bereich, und da ist es sehr wohl problematisch. Strafrechtlich werden wir sehen. Ich bin für Sie leider nicht zuversichtlich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dass Sie heute hier sind, war ja ein Beschluss, der mehrheitlich zwischen SPÖ und ÖVP gefasst wurde, weil Ihre Aussage war an sich ohnehin schon relativ klar und Ihre Einlassungen. Jetzt haben sich ein paar Punkte natürlich in der Zwischenzeit auch ergeben. Diese Vorgangsweise, die der Herr Kollege Petzner angerissen hat.

Sie schildern es so, es hat den Auftrag für Hohegger gegeben, der musste das und das tun und hat nicht mehr nachgefragt, was er dann im Einzelnen mit manchen Dingen tut. Er hat heute geschildert, bezogen auch auf eine Aussage, die er im BAK gemacht hat, und da ist es darum gegangen, dass ein Verein „Wider die Gewalt“ von Frau Lichter ein Auktionsergebnis gehabt hat für ein Bild für einen Charity-Zweck und für 7 000 €. Auch da sagt Herr Hohegger:

Ich habe gefragt den Rudi Fischer, ob das in Ordnung ist, wenn ich für die Telekom praktisch dieses Sponsoring da durchführe. 7 000 €!

Hat er das bei Ihnen gefragt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann mich wirklich nicht erinnern, ich weiß es nicht. Ich würde das weder abstreiten noch sonst etwas. Aber es ist mir nicht erinnerlich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber Sie sagen, Hohegger hat das Geld bekommen, weil es Aufträge gegeben hat mit klaren Zielen. Und was er dann mit dem Geld gemacht hat, das war nicht der Punkt.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es ist in vielen Themenbereichen auch richtig. Zum Beispiel diese Thematik mit dem Sohn von Herrn Reichhold, das wusste ich nicht. Es gab Themen, da hat er mich nachher informiert und hat gesagt: Du, ich habe dort und dort gesponsert oder ich habe das und das gemacht! Aber das hat Herr Hohegger nicht in unserem Auftrag gemacht, sondern er hat das aus seiner Netzwerkpflege heraus gemacht. Und ich habe das auch nicht anstößig gefunden, weil er im Grunde genommen Boden aufbereitet hat. Wir können das heute anstößig finden, und der Herr Petzner hat es 15 Mal erwähnt: das **System der Gefälligkeiten**, aber das ist so, leider. Das hat Herr Hohegger natürlich als Lobbyist perfekt beherrscht. Das heißt aber nicht, dass grundsätzlich davon auszugehen ist, dass immer der Auftrag der Telekom gekommen ist: Mach das, mach das, mach das!

In einigen Fällen hat Herr Hohegger es abgestimmt, in einigen Fällen sind wir nachher informiert worden, und in einigen Fällen hat er gar nichts gesagt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Anderer Punkt: Engagement Filmhof, Beteiligung an dieser Gesellschaft 25 Prozent die Frau Langthaler. Die Telekom macht sehr viel Kultur- und Sportsponsoring. Das ist eine Kulturinitiative, die damit begonnen hat, dass die Telekom selbst 25 000 € im Jahr gesponsert hat, später ist es ein bisschen mehr geworden. In einem Jahr wurde dann aus unerfindlichen Gründen die Rechnung an die **Valora** gestellt.

Das ist aber gar nicht so jetzt der Punkt, wo ich hin möchte, sondern der Herr Hohegger hat das so geschildert, dass, wie das Sponsor-Ersuchen an die Telekom gekommen ist, man sich da auch mit ihm beraten hat, dass Telekom praktisch gefragt und gesagt hat: Herr Hohegger, ist das etwas, wo wir gescheiterweise sponsern sollen oder nicht? Und er hat dann seinen Segen dazu gegeben und hat gesagt: Ja, liebe Telekom, ich berate dich jetzt, sponsere mit 25 000, das ist dieses Projekt von Frau Langthaler wert.

Frau Langthaler hat gesagt, mit dem Herrn Hohegger hat sie vielleicht außer Grüß Gott einmal im Filmhof, dass der einmal dort gewesen sei, nichts zu tun gehabt. Er berichtet von einem Treffen im Hotel Ambassador zwischen Ihnen, Frau Langthaler und Herrn Hohegger, wo auch das Konzept einmal vorgestellt wurde.

Was können Sie dazu aus eigener Wahrnehmung sagen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe so viele Jahre mit Peter Hohegger zusammengearbeitet und ich kenne ihn heute noch und ich werde ihn morgen auch noch kennen, das möchte ich einmal dazu sagen.

Wenn man sagt, man kennt den Herrn Hohegger, er verwechselt auch ein paar Sachen manchmal. Wir haben über das Projekt gesprochen, persönlich ist mir dieses Meeting im Ambassador nicht erinnerlich. Ich habe vorher erwähnt – ich weiß nicht, Sie waren wahrscheinlich nicht da –, wie das ganze Thema entstanden ist mit der Frau Langthaler, die ich schon sehr, sehr viele Jahre kenne und die auch bei uns im Haus damals die Einführung der ersten Nachhaltigkeitsberichte durchgeführt hatte, und wir uns auch so kannten und sie mich damals ersucht hat, ob es möglich wäre oder ob es denkbar wäre, dass die Telekom ein Sponsoring im Bereich dieses Filmhofs in Mistelbach durchführt. Und ich habe das dann angeschaut und habe gesagt, eigentlich ist das eine witzige Geschichte, weil es ein Projekt ist, das an und für sich nicht

alltäglich ist. Es ist weder Theater, es ist weder Kino, es ist eigentlich so eine Mischung aus vielen unterschiedlichen kulturellen Zusammensetzungen. Und ich habe dann gesagt, ja, wenn wir unsere Freikarten kriegen und wenn das ganz funktioniert und wir werbemäßig bei dem Thema dabei sind, tue ich das gerne. Wir haben das auch die ersten zwei Jahre, glaube ich, über die Telekom Austria ganz normal abgewickelt.

Ich habe dann auch erklärt, warum es dann zu diesem 2008-er Problem gekommen ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Diese Vorgeschichte und so weiter, das kenne ich ja alles. Für mich war nur der Punkt dabei – die Frau Langthaler hat den Vertrag vorgelegt –, wo überall das Logo der Telekom drauf sein muss, und, und, und, dass der Herr Hohegger das heute so dargestellt hat, wie wenn er dazu seinen Sanctus gegeben hätte. Also für ein Sponsoring dieser Größenordnung, wo Politiker involviert sind, muss der Telekom-Vorstand die Beratung des Herrn Hohegger in Anspruch nehmen. – War das so oder nicht?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein. – Wir haben uns sicher bei vielen Themen abgesprochen, bei Themen, die von uns gekommen sind und wo wir den Peter Hohegger ersucht haben, dass Themen durchgeführt werden. Wir haben uns beraten zu der Geschichte. Und wenn der Peter Hohegger gemeint hat, das ist vielleicht taktisch oder strategisch nicht besonders günstig, dann haben wir es nicht gemacht. Oder wir haben es gemacht.

Ich glaube, das war eine ganz normale tagtägliche Zusammenarbeit in diesem Zusammenhang. Das ist jetzt nicht so, dass da der fünfte Vorstand im Schattenbereich gegessen ist und gesagt hat, was da passiert, sondern man hat sich beraten mit einem Externen, der im Grunde genommen sehr viele Jahre mit uns verbracht hat, der uns kennt, der die Themen kennt. – So sehe ich das.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt ein anderer Themenbereich. Der hat mit Herrn Hohegger, zumindest einmal aus erster Sicht, gar nichts zu tun. Es geht dabei um einen ehemaligen Mitarbeiter der Telekom Austria, um den Herrn Dr. Tweraser. Da steht der Verdacht im Raum, dass es auch da eine Finanzierung gegeben hat.

Es ist irgendwann zu einer Auflösung des Dienstverhältnisses gekommen, und da wurde dann im Zuge dieser Auflösung eine freiwillige Abfertigung von 200 000 € bezahlt, und aus einem Stock Option-Programm 2007 sind auch noch 60 000 € zur Anweisung gekommen. Die Frage der Polizei war dabei: Warum erfolgt eine außerordentliche Abfertigung, und noch dazu über eine EURO RSCG, eine Firma, die im Rahmen des EURO-Sponsoring tätig war, wo sich die Telekom ganz stark werbemäßig bei der Fußball-Europameisterschaft eingebracht hat?

Auf diese Konstruktion bringt uns auch die Aussage des Kronzeugen Schieszler. Der sagt, das sei so nicht gewesen.

Und Sie sagen:

„Bei den Vereinbarungen in der Vertragsauflösung mit Tweraser handelte es sich um eine faire Lösung im üblichen Rahmen, welche des Öfteren mit Mitarbeitern der Telekom so gehandhabt wurde.“

Also, dass es so außerordentliche Abfindungen geben würde.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das erscheint außerordentlich, das will ich auch nicht diskutieren. Nur: Man sollte vielleicht auch sagen, dass der Herr Stefan Tweraser 300 000 € Bruttogehalt bei der Telekom bezogen hat, Jahresgehalt, plus Prämien. Es ist ja nicht so, dass der im Grunde genommen nichts verdient hat, sondern der hat

schon ein anständiges Geld verdient, der war schon sehr knapp an den Vorstandsgehältern.

Das heißt, die Trennung von ihm kam für ihn sicher etwas unerwartet, obwohl das gesamte Zusammenarbeiten schon seit längerer Zeit nicht mehr ganz funktioniert hat. Er musste schon das Gefühl haben, dass es passiert. Es ist ja dann passiert.

Man kann sich von Mitarbeitern trennen. Wenn ich von einer fairen Vereinbarung spreche, dann sage ich: Okay! Er hat sich ja zu diesem Zeitpunkt nichts zuschulden kommen lassen. Es ist halt so, dass der Mitarbeiter vielleicht auf Grund seiner menschlichen Qualitäten oder sonstigen Themen nicht in das Team passt. Dann sagt man: Okay, wir trennen uns, es ist so!

Man will ihm aber keinen Schaden zufügen. Er hat gut verdient. Er braucht für so eine Funktion sicher einige Zeit, bis er sie wieder findet. Er hat Glück gehabt, er war dann bei „Google Deutschland“ oder ist es immer noch und hat dann relativ rasch eine Nachfolgeposition gefunden.

Aber unter „fairer Lösung“ gehe ich immer davon aus, dass es halt etwas besser ist als das, was mir kollektivvertragsmäßig zusteht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Welche fairen Lösungen hat es gegeben, wenn es sich dabei wirklich um Angestellte im untersten Bereich gehandelt hat? Da sind durchaus auch einige freigesetzt worden, zum Beispiel auch mit Zustimmung des Herrn Kusin aus dem Betriebsrat, der in den Aufsichtsrat entsendet war.

Welche fairen Lösungen mit einer derartigen Großzügigkeit hat es bis in die unterste Ebene gegeben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Jetzt, glaube ich, sollte man die Kirche im Dorf lassen. – Es gibt natürlich immer faire Lösungen. Es gibt auch faire Lösungen für Mitarbeiter in der dritten oder vierten Berichtsebene, die natürlich nicht den Rahmen erreichen, weil die Mitarbeiter auch nicht so viel verdient haben.

Wenn Sie heute hergehen und sagen, einem Mitarbeiter der 40 000 € oder 50 000 € Jahresverdienst hat, dem wird man keine 200 000 € Abfertigung geben, dem gibt man vielleicht 30 000 € Abfertigung. Und das ist im selben Verhältnis wie 300 000 plus Prämie zu 200 000 plus Prämie.

Die Abschätzbarkeit in diesem Zusammenhang liegt schon dabei, zu sagen: Okay! Was hat der Mitarbeiter denn tatsächlich in den Jahren, die er da war, bewegt? Was hat er gemacht? Was war seine Leistung? Hat er sich etwas zuschulden kommen lassen: ja oder nein?

Er hat das Unternehmen in kritischen Zeiten sehr gut unterstützt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es ist mir schon klar, dass nicht jeder, der 2 000 € brutto im Monat verdient, auf einmal eine freiwillige Abfertigung von 200 000 € bekommt. Ich hoffe, das haben Sie meiner Frage nicht entnommen. (Mag. Rudolf **Fischer:** Nein!)

Mir ist es darum gegangen, ob für **alle** Mitarbeiter auf den unterschiedlichen Ebenen mit diesen Parametern – lange Dienste, verdienstvoll, nichts zuschulden kommen lassen und sonst etwas – immer faire Lösungen gesucht worden sind.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann es jetzt nicht hundertprozentig sagen, denn ich war eigentlich nie für das Personal zuständig. Aber ich muss dazusagen: Ich glaube, in vielen, vielen Fällen ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir kommen zurück zu diesem System der Gefälligkeiten, denn ich habe schon ein bisschen diesen Eindruck. Sie haben das heute mehrfach so dargestellt: Der Hohegger hat halt über die Gelder verfügt, und was soll man machen?

Dann gehen wir noch ein paar weitere konkrete Fälle durch bei diesem System der Gefälligkeiten. Fangen wir an mit Herrn Gaugg.

Der Herr Gaugg hat 36 000 € Telekom-Gelder über Hoheggers Valora bekommen. Hohegger sagt dazu in seiner Einvernahme – Zitat –:

„Die Beauftragung von Herrn Gaugg erfolgte auf Wunsch der Telekom Austria.“

Wer hat sich denn von der Telekom Austria gewünscht, dass der Herr Gaugg mit 36 000 € gesponsert wird?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Keine Ahnung! Ich **nicht!** (Abg. **Petzner:** Sie nicht?) – Wofür war es eigentlich?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist die große Frage, wofür es war. Dazu haben wir den Herrn Hohegger befragt, der hat irgendetwas gesagt mit ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Petzner, Sie sagen nicht alles! Er hat nämlich gesagt, es war angeblich für ein Projekt im Bereich des e-card-Systems. (Abg. **Petzner:** Ja, genau!) Erinnern wir uns! (Abg. **Petzner:** e-card-System!) Genau!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau das wollte ich sagen.

Dann habe ich den Herrn Hohegger hier gefragt, was eine e-card mit einer Handy-SIM-Karte zu tun hat und was der Herr Gaugg da genau geleistet hat im Rahmen e-card-irgendwas, und der Herr Hohegger hat dann nicht mehr weiter gewusst.

Aber gehen wir zum nächsten Fall. Wir legen Ihnen zwei Rechnungen vor.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Es geht da um Rechnungen an die Agentur „Headquarter“. Dazu sagt Hohegger wiederum in seiner Beschuldigtenvernehmung, dass diese Leistung „abgerufen wurde, vielleicht auch von Rudi Fischer oder auch Michael Fischer“.

Entschuldigung, noch einmal **von vorne!** Wir sind bei der **MediaSelect**. Ich war jetzt bei „Headquarter“.

Zwei MediaSelect-Rechnungen haben Sie vorliegen; also nicht von Headquarter, sondern von **MediaSelect**. 190 000 € insgesamt. Und da sagt Hohegger in seiner Beschuldigteneinvernahme – Zitat –:

„Die Leistungen von der MediaSelect wurden direkt an die Telekom Austria geliefert. Es war eine Vorstandsentscheidung von Fischer und Schieszler.“

Was haben Sie denn da entschieden mit dieser MediaSelect Agentur? Und was war denn die Leistung, die die MediaSelect an die Telekom Austria direkt geliefert hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann es nicht sagen, ich weiß es wirklich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Herr Hohegger kann es auch nicht sagen. Er hat es zwar bezahlt, sagt: Ich weiß es nicht, was die Leistung war, ich habe ja nur auf Auftrag von Fischer und Schieszler gehandelt!

Und die Firma MediaSelect hat um 190 000 € direkt an die Telekom Austria geliefert. Dann gehe ich davon aus, dass Sie als Auftraggeber wissen, welche Leistungen da die Firma MediaSelect, die zufälligerweise auch in einem Naheverhältnis zur

Österreichischen Volkspartei steht – da gibt es Personen, die dort auch tätig sind –, was diese MediaSelect für dieses Geld gemacht hat.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es tut mir leid, Sie können mich dreimal fragen, ich kann es nicht beantworten, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich sage Ihnen, was sie gemacht hat: eine Lobbying-Studie.

Warum der Herr Hohegger als Chef-Lobbyist dieses Landes eine Lobbying-Studie von der MediaSelect braucht, ist eine andere Frage, die ich nicht beantworten kann. Mir ist das schleierhaft.

Nächster Fall: Sponsoring Wirtschaftsbund Wien, eines Golfturniers. Antwort von Herrn Hohegger – Zitat –:

„Dieser Zuschuss wurde auf Wunsch der Telekom Austria – namentlich Rudolf Fischer – getätigt.“

Warum haben Sie sich denn vom Herrn Hohegger gewünscht, dass er über seine Valora ein Golfturnier des Wirtschaftsbundes Wien mit 2 000 € sponsert? Vielleicht, weil Sie selbst Golfer sind und kein Jäger wie der Herr Mensdorff? (*Mag. Fischer: Nein! Weil es vielleicht ein „System der Gefälligkeiten“ ist?*) Und was war die Gegenleistung für dieses Sponsoring?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ein Sponsoring eines Turniers ist ein sportlicher Event. Da sponsern Sie einfach den Event. Die Gegenleistung ist die, dass vielleicht Sie selbst mitspielen oder dass Sie einen Flight einladen können, dass sie Kontakte pflegen. Das sind die Gegenleistungen, die normalerweise bei einer sportlichen Veranstaltung auftreten. Das tut mir leid, aber das ist so. Wenn Sie ein Golf-Turnier sponsern oder ein Schi-Rennen sponsern, dann haben sie auch keinen Gegenwert im Sinne von „Was war die Gegenleistung?“

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nächster Fall: „Headquarter“. Jetzt sind wir wirklich bei „**Headquarter**“.

Firma „Headquarter“, Werbeagentur: 24 000 €. Auf die Frage, was dort dafür gemacht wurde, sagte Herr Hohegger – Zitat –:

„Über die Leistung selbst ist mir tatsächlich nichts bekannt – ich bin damals davon ausgegangen, dass die Leistung, wie sie damals in der Rechnung formuliert wurde (Telekom, Druck; ...Telekom Konzept) auch gestimmt hatte.“ Und auf die Frage, wer denn da dahintersteckt oder wer den Auftrag erteilt hat, sagt Hohegger – Zitat –:

„Ich gehe davon aus, dass diese Leistung im Jahre 2008 entweder von der Business Solution (Anton Steinringer) abgerufen wurde oder vielleicht auch“ –

schon wieder einmal! –

„von Rudi Fischer oder auch Michael Fischer.“

Können Sie das irgendwie erklären: im Jahr 2008, 24 000 € „Headquarter“?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich war es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie waren es nicht? (*Mag. Fischer: Ja!*) Dann war es möglicherweise der Herr Michael Fischer oder der Herr Steinringer.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wann war das 2008?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): 2008. Das ist jene Summe, mit der dann letztendlich auch der Haki-Wahlkampf finanziert wurde. (*Mag. Fischer: Wann?*) – Im Jahr 2008.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Na ja, das hat zwölf Monate.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herbst 2008. Wir suchen Ihnen die Rechnungen heraus, wenn Sie wollen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, brauchen Sie nicht, aber ich war es nicht. Wenn es im Herbst 2008 war, dann war es nicht mehr ich, weil ich nicht mehr da war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das sind übrigens die Rechnungen, die Ihnen der Herr Pilz schon vorgelegt hat.

Golf-Turnier – haben wir.

Was ist denn mit diesen Zahlungen, waren Sie auch involviert in die Zahlung an die Firma **White House**, wo 96 000 € verrechnet wurden? (*Mag. Fischer: Nein!*) – Das sagt Ihnen auch nichts.

Breitbandinitiative Kärnten: Da gibt es ein Konzept (*der Redner zeigt dieses*), der Herr Hohegger hat uns das jetzt am Nachmittag geschickt, weil ich ihn dazu befragt habe.

Da gibt es ein Konzept, die haben sich beworben, die Gruppe Hohegger/Com gemeinsam mit der Firma **White House**; so ist die Erklärung des Herrn Hohegger. Die Firma White House bestreitet diese Erklärung, aber man habe sich beworben für die Breitbandinitiative Kärnten – ein erfolgreiches Projekt (*Mag. Fischer: Die wir gewonnen haben, ja!*), muss ich auch anmerken. Die die Firma White House gemeinsam mit Hohegger gewonnen hat, bis dann vom damaligen Landeshauptmann Jörg Haider die Weisung gekommen ist, dass das zurückzuziehen ist, weil er mit Hohegger nichts zu tun haben möchte.

Dann sagt Hohegger darauf, dass diese 96 000 €, die am Ende des Tages von der Firma White House weitergeflossen sind an die Junge Volkspartei, dass diese 96 000 € eine Abschlagszahlung gewesen seien für den zurückgezogenen Auftrag, den man eigentlich schon in der Tasche gehabt hat, seitens des Landes Kärnten für diese Marketing-Kampagne.

Ich frage Sie das auch deswegen, weil bei diesem Konzept, das da damals in Kärnten präsentiert wurde, alle drinnen sind, der Herr Rohr und so weiter. Und da gibt es dann eine Seite (*der Redner zeigt diese*): Auftakt-Pressekonferenz mit hochrangiger Besetzung in Klagenfurt, und da waren von Hohegger und White House vorgeschlagen, offensichtlich per Foto als Teilnehmer dieser Pressekonferenz, der Herr Dr. Haider, die Frau Gabi Schaunig-Kandut, der Herr Dr. Josef Martinz, ÖVP-Parteibobmann, mittlerweile auch auf der Anklagebank, aber das sage ich nur in einem Nebensatz, nach wie vor im Amt, aber das muss die ÖVP klären, und Sie – da ist ein Foto von Ihnen oben. (*Mag. Fischer: Wunderbar!*) – Wunderbar, ja.

Also: Ist es korrekt – weil Sie auch in diesem Konzept vorkommen mit Foto und auch als Teilnehmer dieser Pressekonferenz –, dass diese Zahlung von 96 000 € von der Valora dann an die Firma White House eine Abschlagszahlung für diese verlorene und geplante Werbekampagne im Land Kärnten war?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Petzner, ich weiß es nicht, ich habe mit dem Thema nichts zu tun. Wenn ein Foto von mir in einer Präsentation drinnen steckt – Sie werden hundert Präsentationen finden, wo mein Foto drinnen steckt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie waren als Teilnehmer bei der Pressekonferenz. (*Mag. Fischer: Das mag schon sein! Ja!*) Haben Sie jemals in Sachen Breitbandoffensive Kärnten (*Mag. Fischer: Na sicher war das ein Thema!*), waren Sie jemals in dieses Projekt involviert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, aber nicht mit der White House, ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie im Zusammenhang mit diesem Projekt jemals mit dem von mir sehr geschätzten Manfred Erian zu tun gehabt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja. (*Abg. Petzner: Dann ist es auch logisch...*) Entschuldigung, ich habe auch den Landeshauptmann Haider getroffen in Kärnten, in Velden, zu dem Thema.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann ist es auch logisch, dass Sie in diesem Konzept vorkommen, und es ist unlogisch, dass Sie dann nichts von der White House wissen sollen, die die gesamte Bewerbung dieses Projektes hätte machen sollen, gemeinsam mit Hohegger, auch auf Wunsch der Telekom. Es ist ja damals der Wunsch der Telekom gegenüber dem Land Kärnten geäußert worden, man möge den Auftrag doch diesem Firmenkonsortium White House und Hohegger geben.

Haben Sie das gewusst, dass das der Wunsch der Telekom war?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe mich mit dem Thema in der Vorbereitung nicht wirklich auseinandergesetzt. Wir haben ja alle Bundesländer gehabt mit diesen Themen. Wer da mit wem für wen gearbeitet hat, also ich meine, da überfragen Sie mich jetzt wirklich. Für mich war nur entscheidend, ob wir den Auftrag gewonnen haben oder nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlussfrage: Sie waren nicht der, der versucht hat, dem damaligen zuständigen Abteilungsleiter des Landes Kärnten Dr. Albert Kreiner im Zuge dieser Breitbandoffensive die Agenturen Hohegger und White House als Bewerber dieser Breitbandoffensive aufs Aug' zu drücken, was dann Haider mit einer Weisung verhindert hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kenne diese Herren nicht. Ich habe weder mit denen gesprochen, noch sind sie mir bewusst, noch habe ich sie irgendwann einmal gesehen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mag. Fischer, ich halte den Herrn Dr. Hohegger nicht für so selbstlos, dass er Gefälligkeiten für die Telekom macht, ohne zu verrechnen – aber darauf werden wir noch kommen.

Ich möchte Sie etwas fragen, weil Sie gesagt haben, dass Sie dafür nicht zuständig sind. Aber für das, was ich Sie frage, sind Sie, glaube ich, schon zuständig.

Ich möchte aber vorher aus einem Protokoll Dienstbesprechung Staatsanwaltschaft Wien, Oberstaatsanwaltschaft und Bundesamt für Korruptionsbekämpfung zitieren, da heißt es:

Die Revision –

also die Revision der Telekom –

ergab, dass bei insgesamt 16 Geschäftsfällen mit der Valora AG, die insgesamt 29 Rechnungen betreffen, keine einzige der laut diesen Rechnungen erbrachten Gegenleistungen dokumentiert wurde beziehungsweise Bezug habende Schriftstücke oder Datenträger und dergleichen auffindbar waren.

An sämtlichen festgestellten Geschäftsfällen waren immer nur die obgenannten Beschuldigten beteiligt, und das sind: Ing. Mag. Rudolf Fischer, Mag. Gernot Schieszler und Mag. Wolfgang Frauenholz, der offensichtlich eine Schlüsselrolle in der Geldverteilungsmaschinerie spielt.

Jetzt frage ich Sie, und da komme ich zurück zum „Projekt Flieder“ oder zu einer dieser Studien, nämlich dieser Studie „Screening Telekom“, sagt Ihnen das etwas? (*Mag. Fischer: Mhm!*) – Wissen Sie, was die Deloitte dazu sagt? Wissen Sie wahrscheinlich nicht.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß genau, was man zu der Studie gesagt hat, ich weiß auch, was ich gesagt habe, und das ist das Thema, das sehr stark zusammenhängt mit dem Thema, wo ich mich entschlage.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich möchte es aber trotzdem zitieren (*Mag. Fischer: Gerne!*), was Deloitte feststellt:

Unterschriftenordnung nicht eingehalten; Bestellung, Beauftragung und Rechnungslegung und Freigabe innerhalb **eines** Tages – das ist so nicht üblich –; ein nachträglicher Auftrag, der erteilt wurde; Bezahlung einen Tag nach Rechnungslegung – das ist bei derartigen Unternehmen auch nicht üblich. Schieszler und Frauenholz bestätigen die Abnahme. Es hat keine Präsentation stattgefunden.

Ich frage jetzt Sie: Wer hat Ihres Wissens die Studie erstellt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Bei der Antwort entschlage ich mich, weil sie wirklich mit diesem einen Themenkomplex zusammenhängt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja. Die Studie wurde beauftragt bei der Valora, Volumen 1,8 Millionen € inklusive Mehrwertsteuer.

Im 36. Bericht des Bundesamtes für Korruptionsbekämpfung ist zu lesen:

Nach Erstellung der Studie – Anmerkung des BAK: der Scheinstudie –, welche von Fischer und Colombo unterschrieben und beauftragt wurde, habe ich sie –

also Schieszler –

auf einem Datenträger mitgenommen. Gemeinsam mit Trimmel habe ich die Unterlagen dazu in der ehemaligen Wohnung von Hohegger im 1. Bezirk, ich denke, mit Valora-Logo, ausgedruckt. – Zitatende.

So funktioniert das: Es wird ein Scheinauftrag vergeben, Hohegger kassiert in Wahrheit 1,8 Millionen €, erbringt keine Leistung, weil das Mitarbeiter der Telekom schon erbracht haben, nämlich ein gewisser Manfred Egger und ein Siegfried Mayrhofer.

Mein Kollege Jarolim hat heute zu diesem Fall Herrn Dr. Hohegger gefragt und hat ihm vorgehalten, ob er weiß, dass mit diesem Geld die Euro Invest, Mag. Wanovits, bedient wurde. Und Hohegger hat geantwortet: Das weiß man heute. – So funktioniert die Geldverteilung in der Telekom.

Ich möchte Sie aber noch zu einem anderen Projekt befragen, das Sie auch beauftragt haben, nämlich für den Zeitraum 1. Juli bis 31. August, die Beamtenagentur.

Sie haben vorhin gerade gesagt, Sie sind am 31. oder mit Ende August aus dem Unternehmen ausgeschieden. Die Bestellanforderung zu diesem Vorhaben ist undatiert, die Genehmigung trägt kein Datum, und der Werkvertrag für diese Studie datiert vom September 2008 und wurde von Ihnen unterschrieben. Wie passt das zusammen mit der Tatsache, dass Sie schon Ende August ausgeschieden sind? (*Mag. Fischer: Keine Ahnung!*) – „Keine Ahnung!“ ist ein bisschen wenig an Antwort. Sie müssen ja wissen, wann Sie ausgeschieden sind, das haben Sie selbst bestätigt (*Mag. Fischer: Am 31. August!*), und dass Sie zum Zeitpunkt der Unterschriftsleistung keine Vertretungsbefugnis mehr gehabt haben.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also ich habe sicher nichts unterschrieben, das nach diesem Zeitraum liegt. Das würde ich gerne sehen. Dann hat das irgendjemand mit Datum hinten verändert, aber ich habe sicher nichts unterschrieben nach dem Zeitpunkt 31. August. Da bin ich aus dem Vorstand ausgeschieden.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Es steht so im Bericht von Deloitte, da kann ich Ihnen leider nicht helfen.

Jetzt muss ich Sie fragen: Wissen Sie, wann Peter Hohegger im Jahr 2005 Weihnachtsfeier gehabt hat? – Ich werde es Ihnen sagen, und ich werde Ihnen auch sagen, wer der Weihnachtsmann war. (*Mag. Fischer: Ich nicht!*)

Hohegger hat am 23. Dezember 2005 Weihnachten gefeiert, und der Weihnachtsmann hat einen Namen: Mag. Wolfgang Frauenholz. Ich sage Ihnen, warum.

Er hat an einem Tag Aufträge an die Valora vergeben: Begleitung Ausschreibung IP-Telefonie: 614 000; EU-Präsidentschaft: 400 000; aonTV: 300 000, in Summe 1 314 000.

So geht das in der Telekom. Am 13. Februar 2007 war es ähnlich. Da war es nicht die **Begleitung** Ausschreibung IP-Telefonie, sondern die **Beeinflussung** Ausschreibung IP-Telefonie um 480 000, Regierungslobbying: 450 000, digitales TV in Landeshauptstädten: 495 000, insgesamt 1 425 000.

Frauenholz beauftragt, und bildet das im SAP ab, an zwei Tagen die Firma Valora mit 2 739 000 €.

Da stellt sich für mich schon die Frage, ob das übliche, normale Geschäftsvorgänge sind, wenn Deloitte in dem Bericht „Flieder“ und auch die interne Revision – ich habe es zitiert aus dem Akt – feststellen, zu 16 Aufträgen mit 29 Rechnungen **keine Gegenleistung** zu finden. – Sind das normale Geschäftsvorgänge?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es ist uns oft so passiert, dass wir viele Projekte mit Peter Hohegger abgearbeitet haben und Peter sich dann meistens mit Herrn Frauenholz oder mit dem Gernot zusammengesetzt und gesagt hat: Wir haben noch einige offene Posten, die wir jetzt mehr oder weniger beauftragen müssen! Wir haben nicht jedes Mal, wenn es irgendwelche Aufträge gegeben hat, unmittelbar die Aufträge definiert, sondern das ist einfach entstanden, und dann wurden im Pulk Aufträge vergeben für die einzelnen Projekte, die wir abgearbeitet oder gerade vor uns gehabt haben.

Das war ein Mechanismus, der sicher nicht leicht verständlich ist, das verstehe ich, aber der nichtsdestotrotz eigentlich nur der schriftliche Nachvollzug von dem war, was wir beauftragt haben; an den Themen haben wir auch gearbeitet.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Also ich kann es nicht nachvollziehen, ich halte das auch nicht für sehr glaubwürdig, aber das ist mein persönliches Problem.

Sie kennen doch Herrn Martin Bredl. (*Mag. Fischer: Ja!*) Er wird von der internen Revision auch zu diesen Valora-Geschäftsfällen befragt, und er sagt:

Aus meiner Sicht könnte das Fatale in der Zusammenarbeit zwischen Peter Hohegger und Rudolf Fischer gewesen sein, dass das fachlich zuständige Personal nicht oder nur teilweise involviert war und sich so die Zusammenarbeit verselbständigte. In Erinnerung ist mir die sehr enge Freundschaft zwischen Peter Hohegger und Rudolf Fischer. – Zitatende.

Zwei Fragen dazu: Warum wurden die internen Abteilungen – wir haben das Thema schon einmal gehabt – nicht einbezogen? Wie ist oder war tatsächlich Ihr Freundschaftsverhältnis zu Peter Hohegger?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, wenn man mit jemandem viele Jahre zusammenarbeitet in dem Bereich eines sehr wichtigen strategischen Themas und die Chemie passt, dann spricht nichts dagegen, dass man sich mit diesem Menschen

unter Umständen auch privat trifft. Wenn man heute sagt, ich habe eine enge Freundschaft mit ihm gepflogen, dann war es nicht so, dass ich jede Woche und jeden Tag mit Herrn Peter Hochegger fortgegangen bin. Wir haben uns gut gekannt – ich sehe ihn jetzt leider nicht mehr seit drei Jahren –, wir hatten eine Basis, wo wir uns gern getroffen haben. Wir sind gerne Abendessen gegangen, wir sind auch gerne gemeinsam auf Veranstaltungen gegangen. Das war ganz normal. Ich hatte ein sehr gutes und offenes Verhältnis und hätte mit ihm wahrscheinlich auch die vielen Themen, die wir gehabt hätten, nicht abgearbeitet.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Können Sie noch etwas sagen zur fehlenden Einbindung Ihres Personals?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe das, glaube ich, schon beantwortet. Die Menschen vergessen sehr schnell und haben ein subjektives Gedächtnis. Es gibt sehr viele Menschen, die mit Herrn Peter Hochegger in der Vergangenheit sehr intensive Beziehungen gepflegt haben. Es ist mir vollkommen egal, ob die Leute das jetzt abstreiten oder nicht, das war so! Peter Hochegger war eine schillernde Figur und hat acht bis neun Jahre lang die PR-Szene und die Lobbying-Szene in Österreich bewegt.

Das kann man jetzt abstreiten oder nicht, die Menschen werden sagen, sie kennen ihn nicht und sind froh, dass sie ihm nie über den Weg gelaufen sind.

Ich kann Ihnen nur sagen, es gibt genug Mitarbeiter bei uns im Haus – und Herr Martin Bredl gehört dazu, glauben Sie mir das! –, die sehr engen Kontakt mit Peter Hochegger hatten.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Aber Sie geben schon zu, dass diese enge Freundschaft zu Peter Hochegger und die Beauftragung in den Volumina, die wir hier im Ausschuss schon dargelegt haben, auch unter der Tatsache, dass oft kein Vergleichsangebot für andere PR- und Beratungsagenturen eingeholt wurde, ein sehr schales Licht wirft?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Für einen Außenstehenden mag das sein, das kann ohne Weiteres sein, aber wir haben Themen bearbeitet, die sehr im taktisch-strategischen Bereich des Unternehmens gelegen sind, und da schreibt man nicht ununterbrochen einen neuen Vertrag. Auch wenn es darum geht, die Ausschreibung beim Bund – und ich spreche das ganz offen an – zu beeinflussen oder zu verändern, dann werden Sie nicht sagen: Jetzt mache ich eine Ausschreibung für die Beeinflussung der Ausschreibung des Bundes! Das macht vielleicht ein Idiot, aber ich nicht.

Also bedient man sich jener Menschen, die man kennt, die die Leute kennen, die Geld investiert haben für ihr Netzwerk, für das Netzwerk der Gefälligkeiten, und versucht, ein Thema umzusetzen. Das ist – ich habe das eingangs erwähnt –, entschuldigen Sie, meine Verantwortung als Vorstand, wenn ich die Interessen des Unternehmens nicht vertrete. Und wenn der Bund eine Ausschreibung macht, wo ich im Vorhinein weiß, dass das Unternehmen diese Ausschreibung verliert, weil es in seiner Konzeption diesen Auftrag de facto nicht gewinnen kann, weil es regulatorisch nicht möglich ist, dann muss man eine Alternativ-Variante suchen.

Meine Alternativ-Variante war die, dass ich mit Peter Hochegger und mit unseren Vertriebsleuten gemeinsam ein System umzusetzen versucht habe, das dann Gott sei Dank erfolgreich war, IP-Telefonie im Bund einzuführen mit einem einheitlichen Rufnummernplan. Damit waren wir ausschreibungskonform, wir waren wettbewerbsfähig, und wir waren nicht, so wie es heute irgendjemand formuliert hat, „technisch nicht fit“ für das Thema.

So einfach sind die Themen. Wir versuchen, alles hineinzuzinterpretieren. Das ist ein Auftrag für mich, der 10 Millionen € bedeutet, und ich kann den Bund als Eigentümer und als Kunde nicht verlieren. Das muss man schon verstehen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mag. Fischer, Sie zeichnen da ein Sittenbild, das es offensichtlich auf korrektem Weg nicht gäbe. (*Mag. Fischer: Das habe ich aber eingangs erwähnt, oder? Es haben wahrscheinlich nur wenige zugehört!*) – Ich habe Ihnen schon gut zugehört.

Das ist in Wirklichkeit beschämend, und genau das gehört abgestellt. (*Mag. Fischer: Absolut, ja!*) Der Ausschuss ist auch angetreten, um genau diese Sümpfe, wie es Rudolf Kirchschräger schon gesagt hat, trockenenzulegen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich halte Ihnen kurze Zitate in Richtung Bauernbund aus Beschuldigtenvernehmungen von Herrn Hohegger vor. Die erste vom 6. Juni 2011, im Zusammenhang mit Breitbandausbau und Regulierungsfragen – ich zitiere –:

Nach diesem Gespräch habe ich vorgeschlagen, bei wesentlichen Kommunikationsaktivitäten der TA bezüglich Breitbandausbau und Regulierungsfragen intensiv mit Fritz Grillitsch und den beiden genannten Organisationen –

also Bauernbund und Telekom Austria –

zusammenzuarbeiten. Ich habe Rudolf Fischer vorgeschlagen, sich in regelmäßigen Abständen mit Fritz Grillitsch zu treffen und auszutauschen. – Zitatende.

In einer zweiten Beschuldigtenvernehmung vom 5. Juli 2011 heißt es etwas konkreter – auch wieder Hohegger –:

Auch Rudi Fischer hat sich mit ihm –

also mit Grillitsch –

mehrmals getroffen, und es wurde eine intensive Kooperation zwischen Telekom Austria und dem „Forum Land“ vereinbart. – Zitatende.

Vorher führt Hohegger noch aus:

Da der Bauernbund-Präsident Grillitsch auch eine starke Position innerhalb der ÖVP hatte, war er für die Aufgabenstellung und Zielsetzung ein wichtiger Verbündeter. – Zitatende.

Was können Sie uns zu dieser vereinbarten intensiven Kooperation zwischen Telekom Austria und dem „Forum Land“ berichten?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das „Forum Land“ war für uns deshalb ein wichtiger Partner, weil es eigentlich ein Bündnis ist, das im Wesentlichen eine sehr, sehr breite Gruppe vertritt: die Bauern in Österreich, den ländlichen Bereich, und den sollte man nicht vergessen. Wir haben dort sehr oft das Problem infrastrukturpolitischer Mängel, sei es jetzt im Straßenverkehr, im Schienenverkehr oder in der Telekommunikation. Wir haben in den einzelnen Bereichen gemeinsam Veranstaltungen durchgeführt, bei denen Vorstände von den ÖBB, Vorstände von der ASFINAG und auch ich anwesend waren. Wir haben dort Präsentationen abgehalten, haben versucht, positive Stimmung zu machen für unterschiedliche Projekte, die durchgeführt werden – natürlich auch mit dem Hintergedanken, dass wir Kunden gewinnen können; das ist auch ganz normal.

Herr Grillitsch hat uns sehr unterstützt bei Regulierungsfragen, weil er versucht hat, die Themen, die auch aus seiner Sicht wichtig waren, aufzunehmen. Ich habe mich in regelmäßigen Abständen auch mit vielen anderen getroffen. Für mich war das ein Thema genauso wie der Gemeindebund, nichts anderes.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es hat auch Vereinbarungen gegeben über Finanzrahmen. – Können Sie sich daran erinnern, in welchem Umfang sich diese Vereinbarungen bewegt haben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe es nur gelesen, ich kann mich nicht erinnern. Ich habe diese Vereinbarungen auch mit Herrn Grillitsch persönlich nie abgeschlossen, sondern sie wurden in einer normalen Kooperation im Haus durchgeführt. Ich weiß nicht, wer das konkret mit ihm gemacht hat. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das waren konkrete Kooperationsvereinbarungen, über die Grillitsch in seiner Zeugenvernehmung vom 30. März 2012 Folgendes sagt:

Ursprünglich wurde diese Kooperationsvereinbarung zwischen mir und gläublich Rudolf Fischer und/oder Gernot Schieszler oder auch beiden vereinbart. – Zitatende.

Das möchte ich ein bisschen konkreter wissen. Das Ganze dürfte begonnen haben im Jahr 2005. – Korrigieren Sie mich, wenn das nicht stimmt! (*Mag. Fischer: Kann möglich sein, ja!*)

Wer hat mit Herrn Grillitsch diese erste Kooperationsvereinbarung geschlossen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann es nicht sagen. Vielleicht waren wir es wirklich beide. Vielleicht sind wir zu Dritt beim Abendessen gesessen und haben diese Vereinbarung getroffen. Das kann ohne Weiteres möglich sein, ich will das nicht abstreiten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Waren Sie dabei, als diese Vereinbarung getroffen worden ist?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß nicht, ob ich an diesem Tag, zu diesem Zeitpunkt im Jahr 2005 mit Herrn Grillitsch und Herrn Schieszler gemeinsam beim Abendessen gesessen bin. Ich weiß es nicht!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist es richtig, dass es sich um jährliche Kooperationsvereinbarungen gehandelt hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Soweit ich weiß, haben wir diese Kooperation fürs erste Jahr beschlossen und haben dann wahrscheinlich irgendwie revolvierend das ganze Thema weitergeführt. Es ist ja nicht nur so, dass ich und Herr Schieszler mit Herrn Grillitsch gesprochen haben, sondern er war ja auch mit anderen Mitarbeitern bei uns im Haus unterwegs – namentlich auch mit Herrn Mag. Schmutz, der für den Privatkundenvertrieb zuständig war – das war eine Kundenbereichsgruppe –, auch mit Herrn Anton Steinringer, der im Key-Account-Bereich tätig war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sagen, der Zweck war der Breitbandausbau?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nicht nur. Der Zweck war, dass wir erstens einmal die Nähe zu dem gesamten Bereich des Bauernbundes bekommen, dass wir die Möglichkeit haben, uns auch zu präsentieren in diesem Rahmen; genau so wie wir es beim Gemeindebund gemacht haben. Das ist für mich genau das Gleiche.

Wir haben in dem Zusammenhang natürlich versucht, die Kundengruppe der Bauern im ländlichen Bereich mit bestimmten Produkten anzusprechen. Fragen Sie Herrn Grillitsch, wir haben in vielen Bereichen geholfen, die Infrastruktur zu verbessern! Es gab sogar sehr positive Beispiele, die dann dazu geführt haben, dass Unternehmer und Bauern aufgrund ihrer Möglichkeit, Breitbandinternet zu nutzen, auch ihre **Umsätze** steigern konnten, weil sie im Wesentlichen das Netz genutzt haben.

Ich sehe daran überhaupt nichts Verwerfliches, wenn man eine Kooperation mit einem Bund macht, der im Wesentlichen sehr, sehr viele Menschen vertritt.

Vielleicht wollen Sie das nicht hören, aber ich sage es, weil das genauso ist: Ich habe auch mit dem Pensionisten-Verein gearbeitet. Wir haben versucht, gemeinsam ein „Telefon für Pensionisten“ zu gestalten. Wir haben das „Internet für Senioren“ ins Leben gerufen.

Wir haben genauso im Gemeindebund gearbeitet und überlegt: Wo können wir den Bürgermeister bewegen, Infrastruktur durchzuführen?

Ich verstehe nicht, was daran immer so Schreckliches sein soll und was das mit Korruption und mit Schmiergeld zu tun hat. – Vielleicht erklären Sie mir das einmal, Herr Pilz, ich möchte das wirklich gerne verstehen!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie können gerne einmal einen eigenen Untersuchungsausschuss für die Fragen, die Sie nicht verstehen, einrichten. (Mag. Fischer: *Da hätte ich viele!*) Solange **wir** in diesem Untersuchungsausschuss sind, werde **ich** Fragen stellen – und **Sie** so freundlich sein und sie **beantworten**.

Ich sage Ihnen noch etwas, das mir aufgefallen ist. Wenn der Schwerpunkt wirklich Breitbandausbau war, dann ist eines auffällig: Es gibt eine einzige Rechnung mit Leistungsnachweisen, die ich dem Breitbandausbau zuordnen würde und von der ich sagen würde, es deutet alles darauf hin, dass entsprechende Leistungen erbracht worden sind. Das ist seltsamerweise die einzige Rechnung, die über Valora gelaufen ist. Das ist eine Rechnung über 20 000 € für Informationsveranstaltungen für den Breitbandausbau im ländlichen Raum. Wir haben uns das angesehen, es gibt wirklich sechs Veranstaltungen. Das ist relativ gut dokumentiert.

Sonst gibt es: Rechnung gemäß Sponsorenvereinbarung für 2007

Werbepauschale für die Beibehaltung des Werbebanners auf der „Forum Land“-Homepage, 10 000 €,

Aktion „Land hilft“ – nicht dem Breitband, sondern einfach „Land hilft“ –, 35 000,

Pressekonferenz – haben wir heute schon zitiert – zum Thema Breitband, 20 000,

Veranstaltung mit LEADER-Topregionen, 35 000.

Das macht in Summe 100 000 €.

Wenn man sich die jährlichen Leistungsvereinbarungen anschaut – zumindest soweit sie uns vorliegen im Entwurf oder in der Abrechnung –, entsteht der Eindruck, dass offensichtlich ziemlich genau klar war, dass es auf einmal 100 000 € und meistens auf 150 000 € hinkommt und dann halt die Posten verschieden aufgeteilt werden. Aber an konkreten Breitbandgeschichten, bis auf diese eine Pressekonferenz um 20 000 €, findet sich da nichts, und das ist das Auffällige.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Aber was verstehen Sie unter „konkrete Breitbandgeschichten“? Sollen wir jetzt mit einem Banner herumrennen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, das ist ein Missverständnis. (Mag. Fischer: *Wir reden aneinander vorbei, oder?*) – Wir führen da **kein Zwiegespräch**; dieses Missverständnis beenden wir gleich wieder!

Da diese Rechnungen an den Vorstand Mag. Gernot Schieszler gerichtet werden, möchte ich Sie fragen (Mag. Fischer: *Ich kenne diese Rechnungen nicht, wenn Sie mich danach fragen!*) – ja eben, das wollte ich Sie fragen, und deshalb ist es wahrscheinlich auch relativ sinnlos, Sie zu Details des Rechnungsinhaltes zu befragen.

Wir müssen eben warten, bis die Staatsanwaltschaft uns ein Signal gibt, dass wir diese Bereiche befragen.

Ich möchte Sie noch etwas anderes fragen. Wir haben Herrn Rumpold und andere Auskunftspersonen sehr ausführlich dazu befragt, dass im Jahr 2004 der mediaConnection Austria Aufträge erteilt worden sind im Wert von insgesamt brutto 600 000 € für sogenannte Projektstudien. – Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Da muss ich mich leider entschlagen, weil ich nächste Woche, am 20. April, eine Einvernahme zu diesem Thema beim Staatsanwalt habe, und bevor ich dort keine Aussage getätigt habe, möchte ich dazu keine Äußerung abgeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In diesem Fall, in Kenntnis der Rechnung und der Vorgänge, habe ich auch das allergrößte Verständnis dafür.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Fischer, Sie haben dankenswerterweise dargestellt, dass es verschiedenste Bereiche gegeben hat, mit denen Sie im Zusammenhang mit dem Infrastrukturausbau zusammengearbeitet haben. Ich möchte grundsätzlich festhalten, dass ich ganz massiv für den Ausbau der Breitbandtechnologie eintrete und auch eingetreten bin, weil ich das als für eine der effizientesten Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum halte. Sie ist nur finanziell wesentlich aufwendiger, als das im städtischen Bereich der Fall ist, und das ist eine gravierende Benachteiligung des ländlichen Raumes, denn die Bürger auf dem Land müssen auch für den U-Bahn-Ausbau in Wien bezahlen. Daher ist es legitim, dass es auch finanzielle Mittel für diese wichtige Infrastruktur der Menschen auf dem Land gibt.

Sie haben die verschiedenen Veranstaltungen angesprochen, und ich würde Sie bitten, in Bezug auf Effizienz Vergleiche herzustellen. Es hat das Erntedankfest gegeben, und mir liegen hier Fotos vor aus den Jahren 2006, 2007, 2008, 2009, Bilder vom Heldenplatz, wo selbst die große Reiterstatue klein aussieht im Vergleich zu der Menschenmenge, die dort anwesend war. Kennen Sie andere Veranstaltungen, die eine derartige Publikumswirksamkeit hatten? – Ich sehe hier auch die großen Container beziehungsweise Beratungseinrichtungen, Beratungsstände, Logos und Ähnliches von Ihrer Firma.

Hat es andere Veranstaltungen gegeben, wie zum Beispiel das Donauinselfest oder Ähnliches, das Sie auch gesponsert haben und das auch diese Breitenwirkung hatte?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich war leider selbst nie auf dem Fest, aber ich muss sagen, es ist ein massiver Menschenauflauf.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, können Sie auch bestätigen, dass es – soweit mir bekannt ist – in einem Bundesland, konkret in der Steiermark, in *jedem* Bezirk eine Veranstaltung gegeben hat, wo gut organisiert, strukturiert Ihre Produkte präsentiert wurden, wo Diskussionen über die Sinnhaftigkeit dieser zukunftssträchtigen Technologie abgehalten wurden, wo man sich damit schlicht und ergreifend auseinandergesetzt hat? Können Sie das bestätigen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist absolut richtig, ja.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, Sie können bestätigen, dass es sich hierbei um einen adäquaten Werbewert für das, was gemacht wurde, handelt.

Sie haben ja auch den Vergleich zu verschiedenen anderen Einrichtungen, zu den Senioren, zum Gemeindebund und Ähnlichem gezogen.

Hat es eine derartige Aktivität auch mit dem Städtebund gegeben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ich jetzt im Moment nicht sagen. Ich weiß nur, wir haben sehr, sehr viel mit dem Gemeindebund, mit dem „Forum Land“, also mit dem Bauernbund und natürlich auch mit den Senioren gearbeitet. Für uns war gerade bei dem Thema des „Forum Land“ eines wichtig, es waren eigentlich zwei Themen wichtig. Das eine ist: Im ländlichen Raum gab es zwangsläufig nur sehr, sehr wenig Wettbewerb, weil die Investitionen zu hoch sind. Die haben sich natürlich im Wesentlichen im urbanen Bereich beschäftigt und nicht im ländlichen Bereich. Das heißt, es kam natürlich zu uns immer wieder die Anfrage, ob wir Internet-Breitbandausbau machen.

Für uns war das wahnsinnig schwer, weil natürlich der Ausbau – wie Sie es vorher erwähnt haben – eine sehr teure Angelegenheit ist und wir natürlich nicht in jeder Bezirkshauptmannschaft alle Ortschaften mit Internet auskleiden.

Dazu kam es – und das war natürlich auch eine Hilfe, die über dem Bauernbund kam – im Endeffekt dann zu der österreichweiten Ausschreibung des Internet-Breitbandausbaus, wo es dann die Förderungen vom Bund und den Ländern gab, um natürlich auch den ländlichen Raum entsprechend zu stützen. – Das Ganze waren ja Rädchen, die in sich gegriffen haben. Und im Endeffekt, glaube ich, hat ganz Österreich davon profitiert.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das sehe ich als eine sehr sinnhafte Vorgangsweise für den ländlichen Raum.

Welche anderen Unternehmen hatten reges Interesse, im ländlichen Raum eine derartige Infrastruktur mit hohen Kosten zu realisieren, außer Ihr Unternehmen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Da kann ich nur sagen: keines.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, es hat eigentlich keine Alternative dazu gegeben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es hat lokale Betreiber gegeben – das ist richtig –, die natürlich in den einzelnen Bereichen gearbeitet haben. Aber es nützt nichts, wenn man in der Ortschaft A einen Betreiber hat, der vielleicht ein lokaler Elektrohändler ist und dort ein Kabelnetz aufbaut und ein Service anbietet, wenn dann in der gesamten Region sonst nichts funktioniert.

Das heißt, wir waren in vielen Bereichen – und das ist ja auch eines der Themen, warum wir immer wieder von der Infrastrukturpolitik gesprochen haben – diejenigen, die im ländlichen Raum oder auch in vielen weißen Flecken – und wir haben ja viele weiße Flecken in Österreich gehabt – die Einzigen waren, die das Geld in die Hand genommen haben und investiert haben.

Deswegen haben wir uns auch vehement mit dem Thema **Regulierungspolitik** auseinandergesetzt und auch versucht, da zu lobbyieren, denn hier wurde dem Unternehmen natürlich – klar! – aufgrund des Wettbewerbs und der Spielregeln Geld entzogen, das natürlich für Investitionen gerade in den schwachen Bereichen benötigt würde. Für uns war das ein geschlossener Kreislauf, den man nicht immer so voneinander trennen kann. Alle diese Themen haben irgendwie zusammengewirkt.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, um es auf den Punkt zu bringen: Synergien jener aktiven Gruppierungen, die am Land tätig sind, nutzen, um – mangels Alternative – diese Technologie umsetzen zu können? (*Mag. Fischer: Absolut, ja!*) – Danke, keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wir waren zuerst gerade beim Themenkomplex vom Herrn Tweraser und der Aufkündigung seines Dienstverhältnisses. Da hat es ja diese 200 000 € freiwillig gegeben und dann noch die 60 000 € aus dem Stock Option-Programm.

Jetzt gibt es da noch einen anderen Verdacht, dass nämlich da noch mehr bezahlt worden sei, nämlich über eine Firma **Euro RSCG**, die laufend auch mit der Telekom verschiedene Dinge zu tun gehabt hat. Dazu mache ich jetzt einmal nur folgende Chronologie, die sich aus dem Akt heraus ergibt:

Am 20.6.2007 schickt die Euro RSCG Vienna, mit der man vor allem hinsichtlich der Bewerbung bei der EURO in Zusammenarbeit ist, eine Rechnung über 585 600 € an die Telekom, was in Folge auch bezahlt wird. Zahlungsziel war innerhalb von 20 Tagen. Es dürfte ein bisschen früher gewesen sein.

Am 9.7.2007, also zwei bis drei Wochen später, wird die einvernehmliche Auflösung des Dienstvertrages zwischen Telekom und dem Herrn Tweraser mit 30. September 2007 vereinbart – da sind auch diese 200 000 € freiwillige Abfertigung drinnen und 60 000 € aus den Optionen. Die wird unterfertigt von Schieszler, von Herrn Tweraser und einem Prokuristen.

Ganz kurz darauf – ich verweise auf einen Firmenbuchauszug, der auch den anderen Fraktionen und auch Ihnen vorgelegt worden ist – zeigt sich, dass am 5. Oktober 2007 – also fünf Tage später; Ende der Beschäftigung war am 30. September 2007 – der Herr Tweraser alleine eine Gesellschaft, eine GmbH, damals die **Gekko Beratungs GmbH**, gründet.

Diese kurz nach Ende des Dienstes gegründete Gesellschaft legt dann am 5.11.2007 eine Rechnung an die Euro RSCG Vienna über 360 000 €, am 22.1. eine Rechnung über 105 600 € und ebenfalls am 22.1.2008 über 120 000 €, macht in Summe 585 600 € – also exakt jenen Betrag, den wenige Monate zuvor die Euro RSCG Vienna bekommen hat, also kurz vor der einvernehmlichen Auflösung. Und der Herr Schieszler sagt dazu, der Herr Tweraser sei gekommen und habe gesagt, er könne mit Fischer nicht mehr arbeiten, das gehe jetzt auf eine Beendigung zu, er würde jetzt wirtschaftlich ruiniert werden, und ob es denn etwas anderes geben könne.

Herr Schieszler sagt, ja, er hat jetzt die Leistungen auch bewertet. Außerdem wolle Herr Nemšić diesen Posten, der dort frei wird, mit dem Herrn Ametsreiter besetzen. – Tweraser: Bitte, hilf mir! – Und der Herr Schieszler hat dann gesagt: Ja, wir helfen dir, aber es geht halt nicht so direkt. Ich meine, 260 000 € offiziell und freiwillig und Stock-Option, das ist ohnedies schon sehr viel. Ich helfe dir, wir helfen dir, wie auch immer.

Dann kommt es tatsächlich laut Aussage von Schieszler, des Kronzeugen, dazu, dass noch zusätzlich 585 600 € über diese Scheinrechnungen an den Herrn Tweraser fließen. Insgesamt sind es also 845 600 €, die, mit Unterstützung des Herrn Schieszler, bei der Auflösung dieses Dienstverhältnisses an den Herrn Tweraser fließen.

Sie sind dazu gefragt worden, und Sie haben auch gemeint, diese Hintergründe für die Beendigung des Dienstverhältnisses – dass es nicht mehr funktioniert hat, vor allem auch seit Sundt weg ist und so weiter – bestätigen Sie, auch die Lösung haben Sie in meiner ersten Fragerunde ja bestätigt, dass diese 260 000 € in Ordnung sind aufgrund eines fairen Verhaltens der Telekom, aber mit diesen 585 600 € haben Sie absolut nichts zu tun. Sie hätten so etwas auch nie bewilligt oder unterschrieben. – Ist das richtig so?

Inq. Mag. Rudolf Fischer: Das ist richtig, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Hat der Herr Schieszler das Pouvoir gehabt, bei so einer Sponsoring-Sache über einen Betrag von 585 600 € alleine zu verfügen?

Inq. Mag. Rudolf Fischer: Der Herr Schieszler war damals im Vorstand, oder **war** Vorstand. (**Abg. Dr. Rosenkranz:** Ja!) Also ich weiß nicht, wer sonst noch

unterschrieben hat, aber ich glaube, soweit ich das gesehen habe – ich kann es aber jetzt nicht verifizieren –, waren das der Herr Schieszler und der Tweraser, die was unterschrieben haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die haben die Vereinbarung über die einvernehmliche Auflösung unterschrieben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Genau. Die beiden können das unterschreiben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Natürlich, es ist logisch, dass der Dienstgeber und der Dienstnehmer eine einvernehmliche Auflösung unterschreiben. Aber diese Sponsoring-Sache: Herr Tweraser hat nämlich überhaupt nichts unterschrieben, der hat nur dann Rechnungen gelegt an diese Euro RSCG Firma.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Aber irgendjemand muss die Beauftragung an die Euro RSCG unterschrieben haben, und das kann der Schieszler sicher nicht alleine gemacht haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Der Auftrag ist nämlich leider nicht da. Es gibt nämlich nur auf einmal eine Rechnung, die die RSCG hier vorgelegt hat, kurz bevor es zur Auflösung gekommen ist. – Man sieht nur, wie über Scheinrechnungen, auch in anderen Bereichen, gearbeitet wird, und die Aufsicht, die hier Platz gegriffen hat, ist derart lückenhaft, dass Beträge von 585 000 € oder sonst was überhaupt nicht wirklich auffallen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe das bei meiner Einvernahme auch gesagt: Wenn das Thema dem Projekt EURO zugerechnet wurde – und das ist nur meine Vermutung, also nicht eine persönliche Wahrnehmung, sondern nur eine **Vermutung** –, dann ist es nicht aufgefallen, denn das ganze Projekt hat über 20 Millionen € gekostet, mit allem Drum und Dran.

Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dieser Rahmen, diese 20 Millionen € des gesamten Projektes, der wurde wahrscheinlich vom Vorstand kollektiv in der Größenordnung verabschiedet?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das Budgetvolumen, ja, aber nicht die Einzelpositionen.

Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, eben. Dazu komme ich jetzt weiter: Bei den Einzelpositionen, wer war dann **dafür** verantwortlich, dass das ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Normalerweise die einzelnen Projektbeauftragten. Zum Beispiel der Hannes Ametsreiter hat sich gekümmert um das Burgtheater – das war ja ein relativ großer Brocken –, ich glaube, auch um das Thema der FIFA-Zusammenarbeit. Dann ist es natürlich im Bereich des Marketings gegangen um die ganzen Themata Transparente, denn die sind ja auch definiert, wo sie stehen dürfen. Also da sind dann bei dem Projekt, ich weiß nicht, wahrscheinlich 50 Leute eingebunden gewesen.

Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aus Ihrer Erinnerung: Wofür war da Schieszler zuständig in der Abwicklung EURO?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Für die Finanzierung. Er war Finanzvorstand.

Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Danke. Keine weiteren Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke. Das trifft sich mit dem Zeitbudget. – Nächster ist Herr Abgeordneter Petzner. – Könnte mich die Kollegin Tamandl wieder kurz entlasten? (*Abg. Tamandl übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Immer wenn ich drankomme, übernimmt die Frau Tamandl den Vorsitz. Aber mir gefällt das sehr. Ich hoffe, das ist Zufall und keine Absicht, dass die Frau Moser offensichtlich immer weg muss, wenn ich drankomme.

Herr Fischer, wir kommen weiter zu diesem **System der Gefälligkeiten**. Nachdem Sie als Stichwort für konkrete Fälle „Events“ angegeben haben, bringe ich einen weiteren Fall von vielen, die ich schon gebracht habe.

Es geht hier um den einzigen Fall – und daher ist er besonders spannend –, wo der Beschuldigte Hohegger in einer Beschuldigtenvernehmung vom 26. September 2011 von einer **verdeckten Parteienfinanzierung** spricht und seine ursprünglich gemachten Angaben wie folgt korrigiert:

Es geht hier um eine Zahlung in Höhe von 20 000 €, eingefädelt auch vom Teppichhändler Ali Rahimi im Jahr 2006, Wahljahr des oppositionellen Gusenbauer, der mit seinem Wahlkampfslogan „Wohlstand muss gerecht verteilt werden“ – heute wissen wir, dass er das offensichtlich auch ein bisserl anders gemeint hat, als er es plakatiert hat – dann auch ins Bundeskanzleramt eingezogen ist.

Es wurde Wohlstand verteilt, nämlich Wohlstand weg von den Telekom-Aktionären hin zur damaligen Gusenbauer-SPÖ, weil hier eben 20 000 €, über Rahimi organisiert, geflossen sind. Dazu hat man dann in den Räumlichkeiten des Herrn Rahimi ausgemacht, wie die Rechnung und deren Inhalt zu definieren sind, und man hat eine Rechnung vorgelegt für eine Studie – Zitat –: „Werbewirksamkeit von Gratiszeitungen“.

Hohegger sagt hier, Ziel war einzig und allein der Geldtransfer, nämlich in Richtung SPÖ, und er sagt, die Gegenleistung war quasi das **Wohlwollen der SPÖ**. Und er sagt jetzt vor allem – Zitat –:

Bescheid wussten wahrscheinlich Fischer, auf jeden Fall Schieszler. – Zitatende.

Haben Sie Bescheid gewusst darüber, dass über den Echo-Verlag 20 000 € in Richtung des Herrn Gusenbauer fließen sollen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Habe ich nicht, nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Obwohl, Sie waren sogar, glaube ich, 2006 in irgendeinem Beratungsgremium oder so vom Herrn Gusenbauer. Irgendwo habe ich das gelesen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, aber nur ganz kurz, bezüglich Infrastrukturfragen. Aber ich kenne das Thema nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Vielleicht kennen Sie die Studie „Werbewirksamkeit von Gratiszeitungen“?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Kann ich gleich beantworten: Kenne ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Herr Hohegger kennt die Studie auch nicht.

Das ist wieder, ich meine: Da haben wir 20 000 €. (*Mag. Fischer: Ich verstehe Ihren Unmut, aber ich kann nichts dafür! ... halt jemand anderen! Ich kenne sie nicht!*) Hohegger sagt: Fischer hat es angeschafft; die Studie kenne ich nicht, die ist direkt an die TA geliefert worden. – Sie erklären uns wieder, Sie wissen von nichts. Die Studie kennen Sie auch nicht. – Also ich weiß nicht.

Gut, probieren wir den nächsten Fall, denn da kommen Sie jetzt wirklich vor – und jetzt sollte bei der ÖVP ein Glas umfallen. Und zwar schreibt da der Michael Fischer am 14. November 2007 an den Schieszler Gernot – Zitat –:

„Lieber Gernot!

Rudi Fischer hat € 100.000,- via Peter Hochegger an die ÖVP-Bundespartei für 2007 zugesagt.

Mit der Bitte um Berücksichtigung.

Liebe Grüße,

Michael“

Das ist jener Michael Fischer, mit dem Sie weder verwandt noch verschwägert sind, aber der von der ÖVP direkt in die Telekom-Affairs-Abteilung gewechselt ist.

Was können Sie denn zu diesem Mail sagen? Denn Sie werden da jetzt namentlich genannt von einem Telekom-Mitarbeiter.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist richtig, ja. Ich habe auch mit dem Michi Fischer, als der damals noch bei der ÖVP war, über viele Themen gesprochen, und es kam wahrscheinlich auch das Ersuchen, das eine oder andere unterstützend zu tun, auch im Zusammenhang mit irgendwelchen Werbeeinschaltungen. Wir werden uns wahrscheinlich ... – Ich kann gar nicht mehr sagen, über welchen Zeitraum. Ich weiß es nicht. Da steht nur ein Betrag von 100 000 €.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da geht es nicht um Werbeeinschaltungen, da geht es um die ÖVP-Bundespartei für 2007.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das können Sie nicht sagen, Herr Petzner, denn Sie wissen es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich lese das Mail vor! Das steht im Mail drinnen!

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, da steht: 100 000 € zugesagt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, an die ÖVP-Bundespartei für 2007.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Heißt das jetzt, dass ich 100 000 € in einem Sackerl nehme und zur ÖVP-Bundeszentrale gehe und die 100 000 € ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, das heißt es nicht, aber ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Eben. Und ich weiß es auch nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, was heißt es denn *dann?* Was ist denn mit den 100 000 € ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wenn so etwas freigegeben wird, dann geht das normalerweise entweder über Einschaltungen in Zeitungen, über Editorials, über Sponsoring von Veranstaltungen (*Abg. Petzner: Gut! Gut!*) oder sonstige Themen, aber nicht ... (*Abg. Petzner: Der Herr ...*)

Obfrau-Stellvertreterin Christine Tamandl: Herr Petzner, lassen Sie vielleicht einmal den Herrn Mag. Fischer ausreden! Sie haben eine Frage gestellt, also darf er auch, bitte, eine Antwort formulieren.

Bitte, Herr Mag. Fischer.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also der Grundgedanke bei solchen Themen ist nie, jetzt herzuzugehen und zu sagen, der Herr Hochegger gibt 100 000 € her, geht mit einem Tascherl zur ÖVP und legt es auf den Tisch, sondern dort werden normalerweise Leistungen vereinbart, und der Gesamtbetrag wird einmal definiert. Und so ist es. Und ich habe mich da nicht darum gekümmert, ob diese 100 000 € in zehn kleinen

Scheiben abgearbeitet werden oder ob eine große Veranstaltung gesponsert wird. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dass bei der Telekom auch Geld im Plastiksackerl in irgendwelchen Wiener Seitengassen am Naschmarkt im Auto in bar transferiert wurde, das wissen wir seit der Stock Options-Affäre. Da ist das nämlich auch passiert, unter Beteiligung des Herrn Hohegger und des Herrn Wanovits. Und Sie sind einer der Profiteure der Kursmanipulation.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Aber ohne Plastiksackerl. Ohne Plastiksackerl!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber im Auto übergeben.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Auch nicht! Ich war nie in einem Auto!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber trotzdem – weil Sie sagen, es ist nie vorgekommen –: In einer Seitengasse mehrere Hunderttausend Euro in einem Auto heimlich zu übergeben ist, glaube ich, nicht unbedingt üblich. Zumindest ich mache das nicht, und ich bin auch froh darüber. Ich habe auch leider nicht so viel Geld.

Aber noch einmal zurück: Sie haben ja persönlich hier laut Fischer Michael via Hohegger an die ÖVP-Bundepartei für 2007 100 000 € zugesagt. – Wem gegenüber haben Sie das zugesagt in der ÖVP? Was hat denn die ÖVP für Gegenleistungen angeboten? Wie ist es überhaupt dazu gekommen, dass Sie der ÖVP-Bundepartei für 2007 100 000 € zusagen? – Wer war denn damals Obmann? Das wechselt bei denen so oft.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Jetzt sind wir wieder genau bei dem Punkt ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist da der Molterer gekommen und hat gesagt: Rudi, ich brauche einmal 100 000 €, und Sie haben gesagt: Ja, machen wir über den Hohegger!? – Oder wie ist das gelaufen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: So ganz locker funktioniert das auch nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Na, dann erklären Sie uns, wie es gelaufen ist.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Aber ich muss ehrlich sagen, ich glaube, ich brauche über das Problem der Parteienfinanzierung hier nicht zu diskutieren. Wir haben ja auch keine Parteienfinanzierung durchge... (*Abg. Petzner: Ich frage Sie zu diesem ...!*) – Ich habe das vorher beantwortet! Ich habe im Grund genommen gesagt: Es gab ein Gespräch zwischen dem Michi Fischer und mir, vielleicht war auch noch jemand anderer von der ÖVP dabei, und wir haben über ein Sponsoring gesprochen oder über eine Unterstützung. Und normalerweise laufen diese Themen, wenn man eine Gesamtzusage eines Betrages macht, abgearbeitet über unterschiedliche Projekte.

Das ist nicht so – noch einmal, und ich weise das wirklich zurück –, dass der Peter Hohegger dann 100 000 € an die ÖVP auszahlt, sondern da werden Projekte definiert. Aber um die habe *ich* mich nicht mehr gekümmert, deswegen dieses Mail, wo drinnen steht: Michi Fischer, bitte berücksichtigen! – Und dann hat er sich mit dem Gernot wahrscheinlich zusammengesetzt, oder mit irgendjemandem, und hat einmal versucht zu definieren: Wie können wir das Thema füllen? – So einfach ist das.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also, so wie ich das Mail lese – und das schreibt er auch, der Gernot schreibt an den Michael, der Rudi Fischer hat 100 000 € den Schwarzen zugesagt –: Wir sagen einmal zu, und dann schauen wir: Mit welchen Leistungen können wir es denn begründen, dass wir denen 100 000 € zahlen? – Das haben Sie ja selber jetzt so gesagt: Der Herr Fischer und der Herr Schieszler werden sich dann darum gekümmert haben, was wir kriegen für die 100 000 €.

Das mache ich ja vorher, wenn ich 100 000 € in Richtung einer Partei zusage, oder? – Also ich würde das so machen an Ihrer Stelle. Sie haben es nicht gemacht. Sie haben zuerst die 100 000 € zugesagt und dann geschaut: Na, was kriegen wir vielleicht dafür?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, nicht: Was kriegen wir dann vielleicht dafür?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben gerade gesagt, es war dann Aufgabe des Herrn Michael Fischer und des Herrn Schieszler, zu klären, was die Gegenleistungen für diese 100 000 € sind. Sie haben sich da nicht mehr darum gekümmert, obwohl Sie die 100 000 € selber zugesagt haben. – Also das ist eine Misswirtschaft.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann auch heute gar nicht sagen, ob diese 100 000 € dann tatsächlich umgesetzt wurden. Oder haben Sie einen Beleg dafür, dass die umgesetzt wurden, Herr Petzner? (*Abg. Petzner: Was?*) Haben Sie einen Beleg dafür, dass die 100 000 € überhaupt umgesetzt worden sind? – Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Laut den bisherigen Ergebnissen des Untersuchungsausschusses schon, ja; unter anderem zur ÖVP. (*Mag. Fischer: Also ich weiß es nicht!*)

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Gehen wir zu einem anderen konkreten Fall, zum nächsten. Wir legen Ihnen eine Mail vor, wo Ihnen wieder der Michael Fischer schreibt, damals noch von einer ÖVP-Adresse, Michael.Fischer@oevp.at, direkt an den Rudi Fischer, in Kopie an den Michael Jungwirth, alles sozusagen schwarze Kameraden. Betreff: „märchensommer“.

„Lieber Rudi! Nina Blum, die Tochter von Wolfgang Schüssel, hat mit ihrem Theaterprojekt bei euch um ein Sponsoring angesucht (Schreiben anbei). Ihre Anfrage wurde aber abgelehnt. Sie ist jetzt an mich herangetreten, da ich ihr immer wieder im Sponsorbereich geholfen habe und hat um meine Unterstützung gebeten. Vielleicht kannst du das Projekt mit 2 000 - 3 000 € unterstützen. Das würde schon sehr, sehr helfen. Kannst du dir das anschauen?!

Danke dir. Alles Liebe – Michi“

Haben Sie sich das angeschaut?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann mich an das nicht wirklich erinnern, um ehrlich zu sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das Mail ist aber direkt an Sie gegangen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wissen Sie, wie viele Mails ich am Tag gekriegt habe?!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich kriege auch viele Mails am Tag! – Wenn ich ein Mail bekomme, wo ich aufgefordert werde, die Tochter des ehemaligen Bundeskanzlers dieser Republik finanziell zu unterstützen, dann erinnere ich mich an so ein Mail **tausendprozentig**.

Sie können sich an dieses Mail nicht erinnern? Oder können Sie dazu irgendwelche Angaben machen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann mich an das Mail nicht mehr erinnern, aber wenn ich es bekommen habe, dann werde ich es wahrscheinlich irgendjemandem weitergegeben und gesagt haben, er soll sich das anschauen. Ich habe das sicher nicht beantwortet und habe sicher nicht den Herrn Bundeskanzler angerufen und gesagt: Für deine Tochter kriegst du jetzt 2 000 €!

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Petzner, eigentlich sind die 5 Minuten zu Ende. Bitte eine Schlussfrage, aber bitte, eine Frage zu formulieren, nicht wieder schwadronieren und auf die Frage vergessen. – Bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich verspreche es: Es ist eine Frage. – Die ÖVP ist doch nervös geworden. Ich habe es ja befürchtet.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich bin nicht nervös, Herr Kollege Petzner, sondern ich muss ehrlich sagen, es ist jetzt das zweite Mal, dass Sie hier versuchen, Kinder von Politikern in die Diskussion einzubeziehen.

Ich muss gestehen, dass ich das einigermaßen stilllos finde. Sie haben auch gestern, nämlich aufgrund einer Unterlage des Herrn Schieszler, die in der Einvernahme gegenüber dem Herrn Abgeordneten Grillitsch vorgehalten wurde, wo sich auch ein Hinweis in einer Unterlage des Herrn Schieszler, den Sie nicht bereit sind, sofort zu laden, fand: Tochter von Grillitsch ab März 150 000 pro Jahr, und haben das öffentlich gemacht.

Das findet sich heute auch in Tageszeitungen, was einigermaßen problematisch für die betroffenen Personen ist. Was Sie dann nicht weiter zitiert haben ist, dass selbst Herr Schieszler dann, etwas weiter unten im Protokoll, in der Einvernahme sagt:

Die Tochter von Grillitsch ist nie angestellt worden oder hat andere Vorteile aus der Telekom Austria bezogen.

Ich sage nur, dass es einigermaßen unfair ist, solche Dinge halb zu zitieren. Das führt dann natürlich zu einer Berichterstattung. Man patzt damit Leute an, ohne dass man aber den ganzen Text hier ordentlich zur Kenntnis bringt. Das, muss ich wirklich sagen, ist vom Stil her jedenfalls sehr zu hinterfragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich habe nur eine kurze Frage. Herr Kollege Amon hat zum Kollegen Petzner gemeint, dass dieser nicht bereit wäre, Herrn Schieszler zu laden. Ist ein Antrag eingebracht, zu irgendeinem konkreten Termin den Herrn Schieszler zu laden? Mir ist das nämlich nicht bekannt. Mir ist nur die Einigung bekannt, dass einmal der Staatsanwaltschaft mitgeteilt wird, sie solle einen möglichen Termin im Juni für uns nennen. Aber sonst kenne ich keinen Antrag, den irgendwer von uns hätte ablehnen können.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Ich glaube, es ist sehr sinnvoll, diesen Punkt jetzt anzumerken, dass Abgeordneter Amon einerseits die Ladung von Auskunftspersonen zu der ihn betreffenden Affäre, aber auch zu anderen Affären, die Bünde der ÖVP betreffen, ablehnt, das gleichzeitig mit der Ladung von Schieszler junktimiert, aber nicht bereit ist, einen Ladungsantrag Schieszler hier einzubringen.

Ich ersuche, das dann später in einer Fraktionsführerbesprechung beziehungsweise in einer Geschäftsordnungssitzung einmal zu klären.

Zweite Anmerkung: Sollte es zu einem verfrühten Versuch, ohne Koordinierung mit der Staatsanwaltschaft, in Bezug auf Ladung des Kronzeugen Schieszler kommen, sollte im Ausschuss hier schon im Protokoll festgehalten werden, dass das dann bei allem, was wir über den Kronzeugen und über die Absichten und Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Wien wissen, eine bewusste und möglicherweise vorsätzliche Gefährdung dieses Kronzeugen und der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen ist. – Danke.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Da nach meinem Wissensstand nachher ohnehin noch eine Geschäftsordnungssitzung stattfindet, kann das sicherlich dann noch erörtert werden.

Kollege Petzner hat jetzt noch eine kurze Nachfrage.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir kommen zurück zur Frau Blum; bei der waren wir ja eigentlich. – Also an das Mail können Sie sich nicht erinnern.

Schlussfrage ganz kurz. – Solche Mails, die zwei, die ich Ihnen jetzt exemplarisch vorgelegt habe, die immer von derselben Person kommen, nämlich Michael Fischer: Sind solche Mails mit Wünschen, wie eben Finanzierung eines Theaterprojektes, irgendein Tour-Bus oder auch Finanzierungen gegenüber Parteien, waren solche Wunschmails aus der schwarzen Reichshälfte die Ausnahme oder haben Sie solche Mails öfter bekommen? Und wenn ja, können Sie ungefähr sagen, wie viele Mails Sie in einem Monat oder in einem Jahr mit solchen Wünschen an das „Telekom-Christkind“ seitens der ÖVP-Kinder erhalten haben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nachdem ich nicht der einzige Vorstand in dem Unternehmen bin, weiß ich nicht, wie viele wirklich gesamt ins Unternehmen geflossen sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie, wie viele **Sie** bekommen haben.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe sicher einige Dutzend zu den unterschiedlichsten Themen bekommen. Die sind aber nicht nur von der ÖVP gekommen, sondern es sind Ansuchen gewesen, die genereller Natur von anderen parteinahen Organisationen gewesen sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Einige Dutzend pro Monat, pro Jahr?

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Kollege Petzner, die Frage ist gestellt! Herr Mag. Fischer beantwortet sie.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Entschuldigen Sie: Jetzt fragen Sie mich Sachen ... – Ich kann es nicht beantworten. Aber es waren genug.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es waren genug – einige Dutzend. Passt schon, danke.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ein anderes Thema. Herr Mag. Fischer, kennen Sie Herrn Alfons Mensdorff-Pouilly? (*Mag. Fischer: Ja!*) – Wann, wo und wie haben Sie ihn kennengelernt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, ich kenne ihn schon seit acht oder neun Jahren, und kennengelernt haben wir uns irgendwo bei einer Veranstaltung. Aber ich kann nicht mehr genau sagen, wo es war.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mensdorff-Pouilly wurde am 21.9.2011 als Beschuldigter einvernommen, und da sagt er:

Die Telekom hat gerade in Osteuropa mit ihren Minderheitsbeteiligungen Probleme gehabt, weil die wirklichen Machthaber in diesen Unternehmungen oftmals noch immer die Politik und die einzelnen Länder, die meistens noch immer Mehrheitseigentümer waren ... – Durch diese Konstellation hätte die Telekom Probleme gehabt, ihre Interessen durchzusetzen und erlitt dadurch Verluste. – Zitatende.

Können Sie uns Auskunft geben, in welchen Ländern Verluste entstanden sind?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann es schwer beantworten, weil ich im Festnetz keine Auslandsbeteiligungen hatte.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie waren in die Mobil-Sparte nicht involviert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, mir war bewusst, dass die Mobilkommunikation ... – Das hängt jetzt – wir haben in Kroatien gut begonnen – natürlich auch von den Jahren ab. Ich weiß gar nicht einmal mehr, auf welche Jahre er sich bezieht, denn wir haben in unterschiedlichen Zyklen unsere Investitionen durchgeführt.

Kroatien ist naturgemäß als Erstes gewesen. Das war, glaube ich, schon 2000, ein Greenfield-Projekt. Da fährt man am Anfang Verluste ein, und dann erholt es sich – wir sind dann Marktführer gewesen.

Slowenien wurde zugekauft, ich glaube, der zweite Betreiber. Da macht man auch naturgemäß am Anfang Verluste.

Dann kam Bulgarien. Das war ein gestandenes Unternehmen, da gab es keine Verluste.

Es ist dann irgendwann einmal in den späteren Jahren die dritte Lizenz in Serbien dazugekommen, Mazedonien. Bei diesen Unternehmen gab es natürlich am Anfang Verluste, speziell wenn sie eine dritte Lizenz haben.

Und dann kam Weißrussland, wobei Weißrussland ein funktionierendes Unternehmen war, leidet aber jetzt durch die Rubelabwertung.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ihre Aussage ist interessant, dass Sie eigentlich als Festnetzchef mit der Mobilkom nicht so viel zu tun gehabt haben, denn Mensdorff-Pouilly gibt an:

Ab dem Jahr 2005 begann ich Gespräche mit hauptsächlich Mag. Ing. Rudolf Fischer, und er merkt an, dass er immer, wenn er von der Telekom Austria spricht, von der Festnetzsparte (und deren ausländischen Töchtern) spricht. Anfangs belanglose Gespräche, aber irgendwann ist es dann mehr geworden.

Zum Beispiel in Tschechien. Da gibt Mensdorff-Pouilly an:

Die anderen Anbieter, zum Beispiel die Deutschen, hatten aber schon wieder viel mehr Informationen, wie es weitergehen würde, die Telekom jedoch nicht. Das war der Grund, warum Mag. Fischer auf mich zukam und meinte, ich müsse etwas machen. – Zitatende.

Wie darf man sich das vorstellen? Jetzt sagen Sie, Sie sind eigentlich für das Ausland gar nicht zuständig, weil das Festnetz Österreich nicht im Ausland firmiert. Und dann kommen Sie zu einem bekannten **Landwirt aus Luisling**, wie er sich gerne bezeichnet, und sagen ihm: Du musst etwas machen!

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wir haben natürlich zu dem Zeitpunkt immer wieder versucht, und es war auch Aufgabe, aus dem Festnetz heraus Möglichkeiten der Geschäftserweiterung zu finden. Das ist das Thema, das wir schon verfolgt haben. Ob das jetzt in Österreich ist oder im Ausland – wir hätten es genauso gemacht. Wir wollten nur nicht, dass wir in jene Bereiche hineinstoßen, wo unter Umständen die Mobilkom schon aktiv ist oder wo sich die Strategien unter Umständen überschneiden.

Alfons Mensdorff-Pouilly hat für einige Themen Aktivitäten gesetzt, aber ich möchte sagen, das hängt nicht unmittelbar mit diesem Thema zusammen, und ich glaube auch nicht, dass das unter die Punkte 1.a bis 1.f fällt und möchte mich daher bei der Sache jetzt konkret einmal entschlagen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das werden wir noch sehen, ob das mit dem Thema zusammenhängt oder mit etwas anderem.

Bis Ende 2007, sagt Alfons Mensdorff-Pouilly weiter, war er in dieser Form – also diese belanglosen Gespräche – tätig, und er hat Sie dann angesprochen, dass er jetzt drei Jahre ohne Bezahlung gearbeitet hat, und jetzt hätte er gerne etwas, er hat ja der Telekom schon sehr viel Geld erspart. – Ein konkretes Beispiel fällt mir gerade nicht ein, sagt er, aber wahrscheinlich weiß es Mag. Fischer besser, weil es sein Geschäft war. – Zitatende.

Jetzt frage ich Sie: Wo hat Sie Mensdorff-Pouilly so großartig unterstützt? Ihm ist es entfallen, aber Sie werden es wissen.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, das ist mir auch entfallen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ist Ihnen auch entfallen.

Und diese wirklich hervorragenden Geschäfte, die haben Sie dann dazu verleitet, sage ich, einen Vertrag mit ihm abzuschließen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Alfons Mensdorff-Pouilly hat in den Jahren einiges für uns getan, und jetzt möchte ich aber trotzdem mein Entschlagsrecht in Anspruch nehmen, weil dieses Thema auch noch nicht einvernommen wurde und ich dazu auch keine weiteren Ausführungen machen möchte. Es hängt auch sicher mit einem Thema zusammen, wo wir uns ohnehin noch begegnen werden.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Dann sind Sie von mir erlöst.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Sind Sie fertig, Herr Kollege Kuzdas? – Nächster ist der Herr Kollege Pilz. – Keine Frage. Dann darf ich den Vorsitz wieder der Frau Vorsitzenden übergeben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt – da es keine weiteren Zusatzfragen gibt – der Auskunftsperson **Mag. Rudolf Fischer**, verabschiedet diese – und leitet sodann zum **nichtöffentlichen** Teil der Sitzung über.

17.54

*(Fortsetzung: 17.55 Uhr bis 18.03 Uhr – und damit bis Schluss der Sitzung – unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit; gesonderte Auszugsweise Darstellung; „nichtöffentlicher Teil“.**)*
